





sern unsere Arbeitsbeums

SELFIE-AKTION: UNSERE WERTE - DEINE WERTE



Was macht deine IGBCE aus? Was ist dir wichtig? Was verkörpert Gewerkschaft für dich? Wir wollen, dass du es aufschreibst und dein Bild dazu hochlädst. Dafür haben wir einen Selfie-Generator und Wertebegriffe als Beispiele für dich zusammengestellt. Mach mit und erzähl uns, was die IGBCE für dich bedeutet!

nab manalais



Unter allen Teilnehmenden verlosen wir ein Apple iPad 10.

unserewerte.igbce.de





Je später, desto aktueller

ie Deutsche Post trifft (diesmal) keine Schuld. Dass du deine neue Profil-Ausgabe ein paar Tage später als üblich in den Händen hältst, liegt an der Redaktion. Für uns war klar: Die Forderungsempfehlung des Hauptvorstands für die anstehende Chemie-Tarifrunde muss noch mit ins Heft! Auch wenn sie erst am 30. Januar beschlossen wurde. Deshalb haben wir den Redaktionsschluss entsprechend verschoben. Ich hoffe, du siehst uns das nach. Im Gegenzug bekommst du hier noch alle Informationen zur Chemierunde druckfrisch.

Diese Forderungsempfehlung ist ja nicht nur relevant für Hunderttausende Beschäftigte und so manche Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner in der Chemie. Sie setzt auch immer ein wenig den Rahmen für folgende Tarifrunden in anderen IGBCE-Branchen. In gewisser Weise geht sie uns also alle an. Und dass im Moment auch alle Bedarf an Reallohnverbesserungen haben, ist nach mehr als zwei Jahren mit Rekordinflation keine Überraschung. Entsprechend groß ist derzeit die Aufmerksamkeit für Tarifpolitik – gut so, denn sie ist ein Pfeiler unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.



Lars Ruzic, Chefredakteur lars.ruzic@igbce.de

Schulterblick

Aus der Produktion dieser Ausgabe

In voller Montur

Mit Grubenhemd und Grubenjacke: Für die Filmaufnahmen am Arbeitsplatz von Holger Reum (links) bei K+S musste unser Videoredak-

teur **Daniel Krist** (rechts) Pulli und Sneaker gegen die typische Bergmannskleidung eintauschen.



Schreck lass nach

Beim Besuch im Kern kraftwerk Greifswald erschrak die Besuchergruppe, als sie den Reaktor 6 betrat. Der Grund: eine **lebens-**

große Puppe in Schutzmontur, die hinter der Tür auftauchte. Auch in einem stillgelegten AKW hinterließ die Begegnung ein mulmiges Gefühl.

Beeindruckend

Hoch oben auf dem Braunkohlebagger kann man aufgrund der Höhe schon einmal ins Schwitzen geraten. Nicht so

unsere Autorin **Susanne Rohlfing,** die sich
auch von einem
Stahlkoloss nicht aus
der Ruhe bringen
lässt. Die Geschichte
dazu findest du auf
Seite 26.



Inhalt

Februar | März 2024







ARBEIT & GESELLSCHAFT

Zurück zum Optimismus

Die massiven Preissteigerungen der jüngeren Vergangenheit haben in der Chemie die Tariferfolge eines ganzen Jahrzehnts aufgezehrt.
Längst spüren die Beschäftigten die Reallohnverluste, prägt Pessimismus das Bild. Mit der Forderungsempfehlung für die neue Tarifrunde will die IGBCE gegensteuern.

News Politik & Soziales 18

Lokomotive ohne Dampf?

Im neuen "Kompass"-Talk diskutierten IGBCE-Chef Michael Vassiliadis und Christian Kern, einst österreichischer Bundeskanzler, über die deutschen und die europäischen Herausforderungen in der Transformation.

News Branchen & Betriebe 24





MENSCHEN & GEMEINSCHAFT

Cornelius' Extraschicht

Ab Oktober 2023 sollte für Cornelius Büttgenbach wegen des Kohleausstiegs eigentlich Schluss sein als Elektriker bei RWE, da er Anspruch auf Anpassungsgeld (APG) hat. Doch der Ukraine-Krieg änderte alles. **26**

Strahlende Geschichte

Zwanzig Kilometer von Greifswald entfernt sollte vor der Wende eines der größten Kernkraftwerke der Welt entstehen. Heute können Besucherinnen und Besucher hier einen Blick in das Innere eines Reaktors werfen.

Es läuft nicht rund Gleich mehrere Werke in Deutschland für Pkw- und Lkw-Reifen sollen schließen – die Branche ist in Aufruhr. Was macht das mit Betroffenen, was kann die IGBCE tun – und welche Lösungen gibt es?

PRAXIS & WISSEN

Eine Frage des Vertrauens

Was machen eigentlich Vertrauensleute? Ein Überblick. **40**

Wie viel ist erlaubt? Auch im Büro und in der Werkshalle treffen verschiedene politische Meinungen aufeinander. Was ist erlaubt, wann drohen Konsequenzen? 42

Samtweich und knallhart

Weleda ist ein Unikum der Unternehmenswelt. Als Arbeitgeber schwimmt der Naturkosmetikhersteller mit dem Strom.

Höheres Risiko? *Profil* erklärt, warum die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Medizin gravierende Folgen haben kann. **48**

Die Basis stimmt ab Die IGBCE-Ortsgruppenvorstände werden neu gewählt. **5**0



VOR ORT

Auf diesen Seiten berichten die Landesbezirke über regionale Themen, Aktionen und Veranstaltungen sowie Personen und Projekte. **52**



WEITERE INHALTE

Mein Arbeitsplatz	06
Meine IGBCE	08
Dialog Impressum	10
Unterhaltung	56
Feierabend	58

igbce-profil.de









Mobiles Arbeiten

Manchmal nicht möglich

Euer Bericht über das mobile Arbeiten ist schon interessant. Aber: Wie sieht es mit den Kollegen und Kolleginnen aus, welche nicht mobil arbeiten können, weil sie in der Produktion oder Instandhaltung beschäftigt sind. An uns wird nicht gedacht. Es wäre an der Zeit, dass diese eine Erstattung in Freizeit, Gutscheinen, Gutstunden oder Ähnliches erhalten. Das sind die Menschen, die einen Betrieb vor Ort am Laufen halten. Ich krieg langsam einen Hals, wenn ich von anderen Kollegen nur belächelt werde. Beim mobilen Arbeiten hat man die Möglichkeit, Termine auch mal tagsüber wahrzunehmen. Denkt bei den nächsten Tarifverhandlungen auch mal an uns.

Außerdem wird es langsam mal Zeit, dass Mitglieder in der Gewerkschaft bessergestellt werden als Nichtmitglieder. (Aussage von Nichtmitgliedern: Warum soll ich zur Gewerkschaft? Ich krieg doch eh die Lohnerhöhung.) Macht euch hierüber mal Gedanken.



Faktencheck

Direkter Vergleich

■ Mit Interesse habe ich den Faktencheck der AfD gelesen. Dabei habe ich festgestellt, dass Sie die anderen Parteien komplett vergessen haben! Aus redaktioneller Sicht wäre es SEHR wichtig, alle Parteien in den Faktencheck und im direkten Vergleich darzustellen!



Kai Müller

In der nächsten Profil wird es einen umfassenden Programmcheck der Parteien zur Europawahl geben – wie schon zur Bundestagswahl 2021.

Faktencheck

Gelungen

Danke für den Faktencheck AfD in der neuesten Ausgabe, ich finde die Einordnung der Positionen dieser unsäglichen Partei sehr gelungen und wichtig.



Josef Perschl

Euren Bericht "Faktencheck AfD" finde ich sehr gut. Ich würde diese Fakten gern als Grundlage zur Diskussion benutzen, da ich nicht möchte, dass diese Partei an die Macht kommt.



Ewald Schröck

IGBCE im Netz

Folge uns, schreib uns oder kommentiere unsere Beiträge bei Facebook, Instagram, Twitter, Linkedin und Youtube. Wir freuen uns über Anregungen, Lob und Kritik.



profil@igbce.de







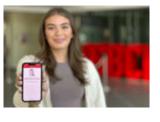


industriegewerkschaft-igbce

Umfrage zu Gleichstellung

In Deutschland sind Frauen und Männer zwar rechtlich gleichgestellt. Dennoch haben sie im Arbeitsleben oft nicht die gleichen Chancen. Wie weit ist Deutschland in Sachen Gleichstellung? Darum dreht sich die neue

"Umfrage des Monats", die im Februar startet. Wie immer nur für Mitglieder in der "Meine IGBCE"-App. Wie immer mit der Chance auf ein iPad. Du hast die App noch nicht? Einfach QR-Code scannen!

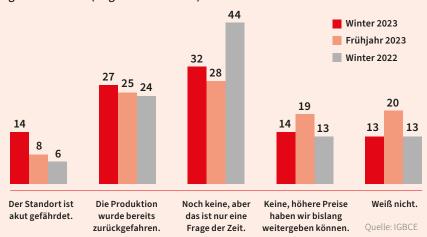




Umfrage des Monats

Die Sorgen werden größer

"Lage im Betrieb: Die Energiepreise liegen für die Unternehmen bei einem Vielfachen früherer Jahre. Welche Auswirkungen hat das auf deinen Betrieb ganz konkret?" (Angaben in Prozent)



mmer mehr Beschäftigte blicken kritisch auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland und in ihrem Betrieb. Das ist das Ergebnis der jüngsten Mitgliederumfrage in der "Meine IGBCE"-App zur aktuellen Lage sowie zum persönlichen und zum wirtschaftlichen Ausblick auf 2024, an der sich mehr als 3.300 IGBCE-Mitglieder beteiligt haben. So beurteilen 55 Prozent der Befragten ihre persönliche wirtschaftliche Situation schlechter als vor einem Jahr, nur neun Prozent sehen sie besser als vor einem Jahr (unverändert: 34 Prozent; weiß nicht: zwei Prozent). Knapp zwei Drittel (59 Prozent) blicken persönlich eher pessimistisch oder sehr pessimistisch auf 2024 (sehr oder eher optimistisch: 37 Prozent).

Die wirtschaftliche Lage im eigenen Betrieb bewerten 54 Prozent schlechter als vor einem Jahr, besser lediglich zwölf Prozent. Auf den Standort Deutschland blickten eher oder sehr pessimistisch sogar satte 78 Prozent der Befragten, sehr oder eher optimistisch hingegen nur 18 Prozent. Die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf den eigenen Betrieb werden im Jahresverlauf zudem deutlich negativer bewertet: Gaben vor einem Jahr 30 Prozent der Befragten an, dass bereits die Produktion zurückgefahren werde oder der Standort akut gefährdet sei, liegt der Wert nun bei 41 Prozent. Dementsprechend wächst auch die Sorge, dass Arbeitsplätze gestrichen werden könnten: Schätzten im Winter 2022 26 Prozent der Teilnehmenden die Gefahr für einen Jobabbau im eigenen Betrieb als sehr groß oder groß ein, waren es im Dezember 2023 bereits 38 Prozent. Mit Blick auf die gesamte Industrie gehen sogar 59 Prozent von einer großen oder sehr großen Gefahr für Jobverluste aus (Winter 2022: 47 Prozent). Ein Viertel der Befragten bezweifelt inzwischen, dass die eigene Branche auch in zehn Jahren noch in Deutschland produziert.

Die Gewinnerin des iPads ist **Anja Plarr** aus Arzbach. Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

Profil – das Mitgliedermagazin der IGBCE

Herausgeber

Michael Vassiliadis

Chefredakteur (V.i.S.d.P.)

Lars Ruzic

Chefinnen vom Dienst

Katja Pflüger, Inken Hägermann (stv.)

Redaktionelle Mitarbeit

Petra Adolph, Karin Aigner, Nadine Bloemers, Ömer Kirli, Michael Kniess, Leo Kölzer, Daniel Krist, Jonas Lang, Wolfgang Lenders, Boris Loew, Michaela Ludwig, Isabel Niesmann, Julia Osterwald, Dennis Priegnitz, Axel-Stefan Sonntag, Patrick Witzl, Aman Yoseph

Redaktionsassistenz

Simone Wöckener, Tania Rössner

Redaktionsanschrift

Königsworther Platz 6 30167 Hannover Telefon: 05117631-306/-354 E-Mail: profil@igbce.de igbce.de

Der Kontakt ist ausschließlich für Fragen und Hinweise an die Redaktion zu verwenden. Bei Fragen zur Mitgliedschaft wende dich bitte an deinen Bezirk.

Partner für Konzeption, Design und Content-Produktion

publish! Medienkonzepte GmbH Bad Salzbrunner Straße 2 30539 Hannover

Gesamtherstellung und -vertrieb

Westend Druckereibetriebe GmbH Westendstraße 1, 45143 Essen

Zusendungen

Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis

Für IGBCE-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe

30. Januar 2024

Druckauflage: 556.654 (IV/2023) Gedruckt auf chlorfreiem Papier.



Bei der Produktion werden sowohl Materialien aus FSC®-zertifizierten Wäldern und/oder Recyclingmaterial als auch Material aus kontrollierten Quellen verwendet.

Erscheinungsweise

Profil erscheint sechsmal im Jahr mit acht Regionalausgaben für Bayern, Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen, Nord, Nordost, Nordrhein, Rheinland-Pfalz/ Saarland und Westfalen.



Zurück zum **Optimismus**



Text Lars Ruzic - Foto Michael Heck

Die massiven Preissteigerungen der jüngeren Vergangenheit haben in der Chemie die Tariferfolge eines ganzen Jahrzehnts aufgezehrt. Die Entlastung durch die Inflationsausgleichsprämie ist Vergangenheit. Längst spüren die Beschäftigten die Reallohnverluste, prägt Pessimismus das Bild. Mit der Forderungsempfehlung für die neue Tarifrunde will die IGBCE gegensteuern.

s ist Druck auf dem Kessel. Die Beschäftigten in den IGBCE-Branchen spüren, wie sehr ihnen die Inflation der vergangenen zwei Jahre Löcher ins Portemonnaie gebrannt hat. Drei von vier müssen sich beim Haushaltsbudget einschränken. Eine Mehrheit von 55 Prozent beurteilt ihre persönliche wirtschaftliche Situation als schlechter als vor einem Jahr. Das hat die jüngste IGBCE-Umfrage unter Mitgliedern ergeben.

Britta Sorge bringt es auf den Punkt: "Die Preise sind davongaloppiert, gerade bei Lebensmitteln, Sprit oder Energie." Die Wirkung des eigens für die Krise geschaffenen Instruments

der Inflationsausgleichsprämie habe Entlastung gebracht, aber



Laufzeit des Tarifvertrags. "Das ist binnen weniger Monate verpufft", sagt die Betriebsrätin im Evonik-Chemiepark in Marl. "Deshalb braucht es jetzt deutlich mehr Entgelt - und zwar auf Dauer!"

Die Bundesregierung hatte seinerzeit ermöglicht, eine von den Tarifparteien auszuhandelnde Prämie von bis zu 3.000 Euro steuerund abgabenfrei zu stellen. Diesen Spielraum hat die IGBCE in vielen Branchen voll ausgenutzt. Der Tarifabschluss in der chemisch-pharmazeutischen Industrie aus dem Oktober 2022 war der erste große Flächentarifvertrag, der diese Prämie enthielt. Sie kann nicht noch einmal aufgelegt werden. Das würde auch nicht mehr helfen, denn die Preise haben sich längst dauerhaft auf einem höheren Niveau eingependelt.

Die Folge für die Beschäftigten: Reallohnverluste. "Die Inflation hat die Tariferfolge eines

ganzen Jahrzehnts aufgefressen", umschreibt es Tarifvorstand Oliver Heinrich. "Das kann so nicht bleiben." Beispiel: Noch 2020 lagen die Entgelte in der Chemie gut 13 Prozentpunkte höher als die Preissteigerungen. Heute ist der Abstand auf null zusammengeschrumpft. Es gibt also Nachholbedarf.

Preistreiber belasten Beschäftigte

Inzwischen liegen die Inflationsraten zwar wieder deutlich niedriger, aber gerade erst zum Jahreswechsel sind neue Preistreiber hinzugekommen: Auslaufen der Preisbremsen, höhere Mehrwertsteuer für Gas und Gastronomie, höhere CO₂-Abgaben für Sprit und Heizung - das alles belastet die Beschäftigten zusätzlich. Und vom versprochenen Klimageld als Kompensation ist weit und breit nichts zu sehen.

Auch das ist ein Grund, weshalb die Stimmung in der klassischen Mittelschicht mies ist, zu der die

IGBCE-Mitglieder traditionell gehören. 59 Prozent der befragten Mitglieder blicken für sich persönlich "eher pessimistisch" oder "sehr pessimistisch" ins neue Jahr. Es ist ein Spiegel der Gemütslage der Republik. Die IGBCE sieht daher auch die Tarifparteien in der Verantwortung, dem etwas entgegenzusetzen. "Wir wollen den Menschen den Optimismus zurückbringen und die Binnennachfrage stärken", sagt Heinrich. "Das hilft nicht nur unseren Mitgliedern, sondern auch dem Wirtschaftsstandort."

Die Chance dafür ist jetzt. In der größten IGBCE-Branche - der chemisch-pharmazeutischen Industrie - steht die nächste Tarifrunde an. 585.000 Beschäftigte und ihre Familien betrifft das. Der Hauptvorstand der IGBCE hat gerade seine Forderungsempfehlung beschlossen. Wichtigster Punkt: eine "Erhöhung der Einkommen und Ausbildungsvergütungen für unsere Mitglieder, die bei Berücksichtigung der hohen Inflation und dem Entfall der Inflationsausgleichsprämie eine nachhaltige Reallohnentwicklung im Fokus hat". Den Rahmen für diese Forderung sieht der Hauptvorstand bei sechs bis sieben Prozent.

"Dies ist eine Forderungsempfehlung mit Maß und Mitte", sagt Heinrich, der gleichzeitig IGBCE-Verhandlungsführer für die Chemie ist. "Sie überfordert auf Unternehmensseite niemanden – aber hilft auf Belegschaftsseite vielen." Mit der Forderung konzentriere man sich auf die Bekämpfung der Reallohnverluste – "nicht mehr, aber auch nicht weniger".

Keine Spur von genereller Krise

Gleichzeitig warnte er die Arbeitgeber davor, voreilig einem Krisenabschluss das Wort zu reden und zu behaupten, dass es nichts zu verteilen gebe. Die IGBCE kenne die Lage der Branche sehr gut. Schwierig sei

Tarifrunde Chemie 2024

Forderungsempfehlung des Hauptvorstands

30.1.2024

1.2. bis 22.3.2024 Die Bundestarifkommission Chemie beschließt die endgültige Forderung

10.4.2024

Forderungsdiskussion in den Betrieben. Darauf basierend fassen die regionalen Tarifkommissionen ihre regionalen Forderungsbeschlüsse.



Die Arbeitgeber sollten sich hüten, alle in die Krise zu reden.

Daniel Becker, Vorsitzender Vertrauenskörper sie vor allem in den energieintensiven Industrien, die Geschäfte der Pharma- oder Konsumgüterindustrie etwa liefen glänzend.

"Wir wachsen seit Jahren und fahren ordentliche Gewinne ein – auch im letzten Jahr wieder", sagt beispielsweise **Daniel Becker**, Vorsitzender des Vertrauenskörpers und Betriebsrat bei Boehringer Ingelheim in Biberach. "Die Kolleginnen und Kollegen fordern ihren Anteil daran. Denn er steht ihnen zu." Sie seien es schließlich, die diese Ergebnisse erst möglich machten. "Betriebe wie unseren gibt es zuhauf", macht Becker deutlich. "Die Arbeitgeber sollten sich also hüten, alle in die Krise zu reden."

Das zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die Fakten: Die Quote der Unternehmen, die aktuell krisenbedingt von Öffnungsklauseln Gebrauch machen, liegt weit unter fünf Prozent. "Eine allumfassende Krise sieht anders aus", macht Heinrich klar. Und: Der Anteil der Personalkosten am Umsatz liegt in der Chemie bei weniger als einem Achtel. Es sind also ganz andere Faktoren, die die Kosten der Betriebe treiben.



Heinrich betont: "Wir haben eine bodenständige Forderung vorgelegt – jetzt erwarten wir auch Realitätssinn vom Sozialpartner."

Zumal die Chemie-Industrie vor einem gewaltigen Demografieproblem steht. In naher Zukunft gehen pro Jahr gut 25.000 Beschäftigte in den Ruhestand, aktuell rücken jedoch nur gut 10.000 jährlich nach. "Die Zeiten, als Bewerberinnen und Bewerber Schlange standen, sind lange vorbei. Heute sind es die Arbeitgeber, die sich um den Nachwuchs bemühen müssen – und nicht umgekehrt",

sagt Timo Litzbarski, Betriebsratsvorsitzender von Procter & Gamble in Euskirchen.

Gerade die Arbeit in der Produktion verliert für die junge Generation zunehmend ihren Reiz: kaum Homeoffice, Schichtarbeit, feste Zeitpläne. Dorthin zieht es Menschen, die sich den Job inzwischen quasi aussuchen können, immer weniger. Viele Betriebe haben sich auf den Wandel in der Arbeitswelt noch nicht ausreichend eingestellt. "Die Arbeitgeber müssen massiv an ihrer Attraktivität arbeiten. Dazu gehören Arbeitsbedingungen und Löhne, die mit anderen wichtigen Industriezweigen mithalten können", mahnt Litzbarski. "Andernfalls laufen ihnen die Leute davon."

Mehr Schutz für IGBCE-Mitglieder

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Forderungsempfehlung des Hauptvorstands ist eine Art Sicherheitsbonus exklusiv für IGBCE-Mitglieder. Im Wortlaut: "Tarifliche Regelungen für besseren Schutz und Sicherheit für unsere Mitglieder." Ziel ist, dass sich eine Gewerkschaftsmitgliedschaft auch mit Blick auf die Tarifpolitik lohnen muss.

Bis heute übertragen die Arbeitgeber die Vereinbarungen, die die IGBCE nur für ihre Mitglieder schließt, auf alle Beschäftigten.

"Immer öfter fragen mich IGBCE-Mitglieder:

Tarif-News? App dafür!

Du erfährst über klassische Medien kaum etwas über die Chemie-Tarifrunde? Schwarze Bretter und Flugblätter sind nicht so dein Ding? Kein Problem! Alle nötigen Informationen, Nachrichten und Videos erhältst du über die "Meine IGBCE"-App. Sie ist neben dem Profil-Magazin der wichtigste Exklusivkanal für Mitglieder und sichert dir den Informationsvorsprung, der dir zusteht. Das gilt nicht nur für die Verhandlungen in deiner Region. Während der Gespräche auf Bundesebene wird Verhandlungsführer Oliver Heinrich dich über die App direkt auf dem Laufenden halten. Du bist quasi mittendrin im Geschehen

und erfährst alle wichtigen
Entwicklungen noch vor
der Presse. Lade dir die
App am besten gleich in
deinem Store herunter,
melde dich mit deiner
Mitgliedsnummer an – und
achte darauf, dass du PushMitteilungen aktiviert hast.

Warum macht ihr eigentlich Tarifverträge, von denen auch Trittbrettfahrer profitieren? Wo ist da mein Vorteil?", erzählt Alexandra Friedrich, Betriebsratsvorsitzende von B. Braun in Melsungen. Bislang allerdings verwei-

gern die Chemie-Arbeitgeber entsprechende Regelungen. Im vergangenen Tarifabschluss hatten sich beide Seiten



Bundesentgelttarifvertrag soll modernisiert werden

Dritter zentraler Punkt der Forderungsempfehlung ist die Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags (BETV). "Hier herrscht ein gewaltiger Modernisierungsstau", sagt der IGBCE-Tarifvorstand. Der BETV stamme aus dem Jahr 1987,



"

Dies ist eine Empfehlung mit Maß und Mitte.

Oliver Heinrich, IGBCE-Tarifvorstand

kenne noch nicht mal Bachelor und Master, habe viel zu komplizierte Regelungen bei Höhergruppierungen und umfasse inzwischen viele Akademikerinnen und Akademiker nicht mehr. Insgesamt brauche es eine Verbesserung der Weiterentwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten, fordert der Hauptvorstand.

Zu den Hemmnissen gehört eine längst überholte Unterscheidung zwischen kaufmännischen, technischen und Meistertätigkeiten. Auch müssen veränderte Anforderungen und Qualifikationswege im Entgeltgruppenkatalog berücksichtigt werden.

Zu weiteren Forderungspunkten zählen Entgeltgarantien für die unteren Entgeltgruppen, eine bessere Durchlässigkeit der Entgeltstufen 8 und 9 insbesondere für Produktionsberufe oder auch die tarifliche Absicherung für Akademikerinnen und Akademiker sowie den unteren Außertariflichen-Bereich. Mittlerweile sind 25 Prozent der Beschäftigten nicht mehr vom BETV betroffen. Der Manteltarifvertrag für

Akademikerinnen und Akademiker dagegen, unter den viele aus dieser Beschäftigtengruppe fallen, sorgt mitunter dafür, dass sie unterhalb der höchsten BETV-Entgeltgruppe verdienen und ihnen auch sonst Tarifschutz – etwa mit Blick auf die Arbeitszeit – fehlt.

Die Forderungsempfehlung wird in den kommenden Wochen breit unter den Belegschaften der gut 1.700 Betriebe der chemisch-pharmazeutischen Industrie diskutiert. Ab Mitte März werden die regionalen Tarifkommissionen ihre Forderungen beschließen, bevor am 10. April die Bundestarifkommission die endgültige Forderung aufstellt. Bereits fünf Tage später beginnen die regionalen Tarifgespräche. Anschließend wechseln die Verhandlungen auf die Bundesebene. Für den 14./15. Mai ist die erste Bundestarifverhandlung angesetzt, dazu treffen sich beide Seiten in Teistungen bei Göttingen.

Die Laufzeit des aktuell noch gültigen Tarifvertrags – und damit auch die Friedenspflicht – endet am 30. Juni. Ab dann wären Arbeitskampfmaßnahmen möglich.

"Es besteht Nachholbedarf bei den Entgelten"



aut einer aktuellen Umfrage unter IGBCE-Mitgliedern müssen sich drei von vier wegen der hohen Inflation beim Haushaltsbudget einschränken. Dabei sind die Teuerungsraten zuletzt nicht mehr so stark gestiegen. Was ist das Problem?

Wenn wir uns die Entwicklung der Tariflöhne in den vergangenen Jahren anschauen, stellen wir fest, dass in den Jahren 2021 und 2022 im Schnitt alle Branchen deutliche Reallohnverluste hinnehmen mussten - kulminiert war das ein Minus von mehr als fünf Prozent. 2023 lagen die durchschnittlichen Tariflohnerhöhungen zwar mit 5,5 Prozent nah bei der Preissteigerungsrate von 5,9 Prozent, damit konnte im vergangenen Jahr die Inflation fast ausgeglichen werden. Das reichte aber natürlich überhaupt nicht, um die historisch hohen Inflationsraten und den damit einhergehenden Reallohnverlust der zwei Vorjahre auszugleichen. Es besteht also deutlicher Nachholbedarf bei den Entgelten. Zwar wird für 2024 auch eine niedrigere Inflationsrate von 2,5 bis 3,5 Prozent erwartet, dennoch halte ich eine kräftige Reallohnerhöhung für sehr wichtig. Der private Konsum und die Binnenkonjunktur

müssen deutlich gestärkt werden. Wir sind vielleicht Exportweltmeister, aber der private Konsum ist immer noch der wichtigste Faktor für unsere Volkswirtschaft. Das wird leider sehr oft unterschätzt als Ursache für unsere lahmende Wirtschaft.

Beim Blick auf den Kassenzettel merkte man bislang auch nicht so sehr, dass die Inflation sinkt.

Das ist wenig überraschend: Die Preissteigerungsrate für Güter des täglichen Gebrauchs ist deutlich höher als die allgemeine Inflationsrate. Nach den offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes lag 2022 die Preissteigerungsrate bei insgesamt 6,9 Prozent. Für Nahrungsmittel betrug der Wert aber 13,4 Prozent, bei Strom und Gas sogar 32,7 Prozent. 2023 betrug die allgemeine Preissteigerung 5,9 Prozent, die Inflation für Lebensmittel lag aber bei 12,4 Prozent, für Strom und Gas bei 14 Prozent. Das führt dazu, dass die Inflation auch nicht für alle Beschäftigten gleich ausfällt: Wer ein niedrigeres Einkommen hat, leidet mehr darunter, denn er oder sie muss anteilsmäßig viel mehr für Güter des täglichen Lebens ausgeben als höhere Einkommensklassen.

Wie bewertest du eigentlich die Warnungen vor der berühmt-berüchtigten Lohn-Preis-Spirale?

Die Lohn-Preis-Spirale ist eine ökonomische Erzählung aus den Siebzigerjahren, mit der man damals den Gewerkschaften die Verantwortung für die hohe Inflation zuschieben wollte und die noch heute gern bemüht wird. Dieser Mythos deckt sich aber nicht mit der Realität: Mit den Preissteigerungen der vergangenen zwei, drei Jahre hat die Lohnentwicklung nicht das Geringste zu tun. Im Gegenteil:

Wir brauchen die deutlichen Reallohnzuwächse, um die Entgeltverluste der Vergangenheit aufzuholen. Realistischer ist, dass die zuletzt häufiger diskutierte Gewinn-Preis-Spirale die Inflation angetrieben hat, also dass Unternehmen die hohen Inflationsraten genutzt haben, um noch extra was auf ihre Preise draufzuschlagen und damit die Gewinne zu erhöhen. Nicht umsonst konnten wir zuletzt Rekordgewinne in der Nahrungsmittelindustrie und Rekordmargen bei den Dax-Konzernen sehen.

Die aktuelle Wirtschaftslage beunruhigt viele Beschäftigte. Was könnte neben einem ordentlichen Entgeltplus tariflich geregelt werden, um der angespannten Lage in manchen Betrieben gerecht zu werden?

Man kann mit einem Flächentarifvertrag nicht auf alle spezifischen Krisenzustände einzelner Unternehmen eingehen. Und wenn Beschäftigungssicherung in manchen Bereichen ein entscheidender Punkt ist, wird es schwer, gleichzeitig hohe Lohnforderungen durchzusetzen. Aber es ist möglich, flexible Puffer und Öffnungsklauseln einzubauen, die abhängig von der wirtschaftlichen Lage der Betriebe Differenzierungsmöglichkeiten bieten.

Zur Person: Thorsten Schulten hat Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Soziologie studiert. Er ist Experte für Tarifpolitik und Leiter des Tarifarchivs beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Schulten promovierte 2003 zum Thema "Solidarische Lohnpolitik in Europa" und ist seit 2016 Honorarprofessor an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

News

Politik & Soziales

Jahrespressekonferenz

IGBCE fordert breite Investitionsoffensive



IGBCE-Chef Michael Vassiliadis: "Das Land muss neu durchstarten."

Die IGBCE setzt sich für einen breiten Investitionspakt zwischen Sozialpartnern und Politik ein, um den Standort aus der Defensive zu holen. "Deutschland muss neu durchstarten, sonst nimmt es nachhaltig Schaden und wird zum Bremsklotz für ganz Europa", sagte der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis bei der Jahrespressekonferenz der Gewerkschaft in Berlin. "Alle müssen jetzt beherzt investieren: die Wirtschaft in ihre Beschäftigten und die Binnennachfrage, die öffentliche Hand in den klimagerechten Umbau der Industrie und in verbesserte Rahmenbedingungen für den Standort."

Optimismus zurückbringen

Das Land stecke fest zwischen Vielfachkrise, globaler Nachfrageschwäche und hausgemachten Problemen. "Eine gefährliche Grundstimmung aus Abstiegsängsten und Staatsverdrossenheit
macht sich in der Bevölkerung breit,
die allein den Radikalen und Populisten in die Hände spielt", warnte
Vassiliadis. Längst hätten Zukunftspessimismus und finanzielle Sorgen
auch die breite Mittelschicht unter
den Beschäftigten erreicht, zu denen
viele IGBCE-Mitglieder zählen.

Ein massives Umsteuern forderte der IGBCE-Vorsitzende von der Bundespolitik. "Die Bundesregierung hat aus der Haushaltskrise die falschen Schlüsse gezogen: Wir brauchen keine Kahlschlag-Sparkeule, wir brauchen eine Investitionsoffensive in die klimagerechte Modernisierung unserer Industrie." Der Staat müsse die Transformation der Industrie in der Breite fördern – und nicht nur wenige teure Leuchtturmprojekte. Gleichzeitig müsse die Industrie "endlich in den Modus des Möglichmachens" kommen und ihren Teil zur Transformation der heimischen Standorte beitragen.

Zuspruch auf Rekordniveau

Besonders groß ist der Investitionsbedarf bei den energieintensiven Industrien, an denen 2,4 Millionen Arbeitsplätze, 240 Milliarden Euro Wertschöpfung und 90 Milliarden Euro Steuer- und Sozialversicherungsabgaben jährlich hängen. Sie haben aktuell jedoch nicht nur mit einer globalen Marktschwäche zu kämpfen, sondern vor allem mit den überhöhten Energiepreisen. "Es droht ein Exodus entscheidender Produktionsstufen am Beginn der industriellen Wertschöpfungskette", berichtete Vassiliadis. Daran ändere auch das Strompreispaket der Bundesregierung nichts.

In unsicheren Zeiten hält der Zuspruch zu Gewerkschaften an. Die IGBCE verzeichnete im vergangenen Jahr gut 31.800 Eintritte – das sind elf Prozent mehr als im Vorjahr. Demografiebedingt sank die Mitgliederzahl dennoch unterm Strich um 1,3 Prozent auf 573.200. "Gewerkschaften als Inbegriff gesellschaftlicher Solidarität sind gefragt – als Gegenentwurf zu Spaltung und Toleranz", machte Vassiliadis deutlich.

Inklusionspreis

Frist verlängert

Die Bewerbungsfrist für den von der IGBCE ausgelobten Inklusionspreis ist verlängert worden. Schwerbehindertenvertretungen (SBV) sowie Konzern- und Gesamt-SBVen können ihre Projekte noch bis zum 2. April 2024 einreichen. Mach mit, bewirb dein Projekt! Eine fünfköpfige Jury wählt aus allen Bewerbungen zwei Preisträger aus einen für Konzepte aus kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie einen für Projekte aus großen Konzernen.

Damit Inklusion gelebte Realität wird und um eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz zu ermöglichen, stecken die SBVen in den Betrieben sehr viel Herzblut und Kraft in die



Entwicklung unterschiedlichster Projekte. Der erste Inklusionspreis der IGBCE würdigt diese Initiativen, Ideen und Projekte – egal ob groß und umfangreich oder klein und spezifisch. Die Arbeit der SBVen soll nicht ungesehen bleiben. Und die IGBCE schaut gern hin.

Verliehen wird der Inklusionspreis der IGBCE bei der diesjährigen SBV-Jahrestagung, die vom 11. bis zum 13. Juni 2024 in Hannover stattfindet. Mehr Infos unter:

inklusionspreis.igbce.de



Bundesweit demonstrierten bislang mehr als eine Million Menschen gegen Rechtsextremismus – wie hier in Hannover auf dem Opernplatz.

Protest

Massenhafter Protest

Im ganzen Land sind seit Mitte Januar mehr als eine Million Menschen auf die Straße gegangen, um für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Hintergrund ist ein Bericht über ein Vernetzungstreffen von rechten und rechtsextremen Kräften in Potsdam, bei dem über die mögliche Deportation von Millionen Menschen – offenbar auch solche mit deutschem Pass – gesprochen worden sein soll. Seitdem formiert sich der bundesweite Protest: Bei den bislang größten Demos etwa in Berlin, Hamburg, München, Köln oder Hannover kamen jeweils Zehntausende zusammen, auch in Dutzenden weiteren großen und kleineren Städten wurde demonstriert. Häufig beteiligten sich deutlich mehr Menschen als von den Veranstaltern angemeldet. "Wir lassen uns unsere Demokratie nicht kaputt machen", sagte DGB-Chefin Yasmin Fahimi dazu.



Schadenersatz fordern mehr als 1.400 Klägerinnen und Kläger vom TÜV Süd. Im Januar 2019 brach der Staudamm einer Mine im brasilianischen Brumadinho, 272 Menschen starben. Dabei hatte eine Tochtergesellschaft des TÜV Süd den Damm erst kurz zuvor als sicher zertifiziert. Die IGBCE unterstützt die Betroffenen bei ihrer Klage.

Lokomotive ohne Dampf?

Text Inken Hägermann – Illustration Eugen Schulz Im neuen "Kompass"-Talk diskutierten IGBCE-**Chef Michael Vassiliadis** und Christian Kern. einst österreichischer Bundeskanzler, heute unter anderem Aufsichtsrat in der Glasindustrie, über die deutschen und europäischen Herausforderungen in der Transformation.



Christian Kern, geboren 1966, war von Mai 2016 bis Dezember 2017 Bundeskanzler der Republik Österreich sowie von 2016 bis 2018 Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ). Der studierte Kommunikationswissenschaftler ist aktuell Verwaltungsratsvorsitzender der Interfloat Corporation/GMB Glasmanufaktur Brandenburg – einem Solarglashersteller im Organisationsbereich der IGBCE.

Das Gespräch in voller Länge findest du hier: igbce-profil.de/ 24120

ach einem Urteil des
Bundesverfassungsgerichts musste sich die
Bundesregierung auf ein
Paket aus Einsparungen und Abgabenerhöhungen für den Haushalt
2024 einigen. Christian, wie bewertest du den neuen Bundeshaushalt?

Christian Kern: Einerseits hat die Regierung Handlungsfähigkeit bewiesen, indem sie eine Lösung

vorgelegt hat. Andererseits

hat man sich – ohne große
Not und selbst verschuldet – in eine unsägliche Lage gebracht, die politisches Vertrauen kostet. Bei ihren Nachbesserungen hat zudem der Blick für das Notwendige gelitten, nämlich den klimagerechten
Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – und damit die Sicherung des zukünftigen Wohlstands.

Michael, was sagst du?

Michael Vassiliadis: Was derzeit oft unterschätzt wird:
So viel kann man gar nicht einsparen, wie verloren geht, wenn die deutsche Wirtschaft nennenswert in Schwierig-

keiten bleibt oder kommt. Wenn Transformation gut funktioniert, kann daraus Wohlstand und Erfolg entstehen. Das passiert aber nicht automatisch, nur weil man transformiert – man muss es auch richtig machen. Deswegen steht für mich im Vordergrund: Wurden mit den getroffenen Entscheidungen auch die notwendigen Priorisierungen vorgenommen? Kann man sich als Unternehmen und als Bürgerin oder Bürger an wesentlichen Bezugspunkten orientieren? Ich finde, da ist noch einiges zu tun.

Welche Investitionen wären aus deiner Sicht notwendig?

Vassiliadis: Das ist verbunden mit der Frage: Was wollen wir fördern, was hat industriepolitisch Priorität für uns? Die Ampel hat im neuen Haushalt zwar gewisse Prioritäten gesetzt – etwa, dass es keine tiefen Einschnitte in den Sozialhaushalt geben soll, was ich richtig finde. Aber inhaltlich hat man keine prioritären Bereiche benannt.

Christian, wo siehst du Nachbesserungsbedarf?

Kern: Es ist immer schwierig, wenn man als Nachbar in ein Land schaut und Ideen vorträgt, wie es besser laufen könnte. Allerdings sind die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland so wichtig, dass es uns nicht egal sein kann, was hier passiert. Das gilt nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa. Ihr seid das Powerhouse der europäischen Integration, an euch hängt der Rest Europas. Wenn ich mir aber anschaue, wo Deutschland heute steht bei der Infrastruktur, etwa der Deutschen Bahn: Über Jahre sind die Netze vernachlässigt worden, das ist wirklich bedauerlich. Das ist Folge einer ideologischen Konzeption, die die Staatsfinanzen zum



"Lebenslüge Spardiktat": Österreichs Ex-Bundeskanzler Christian Kern (rechts) im Gespräch mit Michael Vassiliadis und Moderatorin Lea Karrasch.

einzigen Maßstab der wirtschaftspolitischen Betrachtung gemacht hat. Das ist falsch.

Warum?

Kern: Ein Bundeshaushalt wird nun mal nicht von der viel zitierten schwäbischen Hausfrau geführt, sondern von Menschen, die fähig sein sollten, strategisch zu denken. Wenn man jahrzehntelang kaum investiert in Infrastruktur, Gesundheit, Bildung trotz hoher Staatseinnahmen und Niedrigzinsumfeld, dann erntet man irgendwann die Probleme. Tatsächlich handelt es sich um eine deutsche Lebenslüge, das andauernde Spardiktat ist die Ursache vieler aktueller Probleme. Jetzt braucht es eine bewusste Strategie, in die Zukunft zu investieren - in die digitale und industrielle Infrastruktur, in den Verkehrsbereich, in das Bildungswesen. Deutschland und Österreich sind Industrieländer, wir brauchen die Industrie und wir brauchen die Transformation unserer Wirtschaft. Wenn wir da nicht aufholen, dann werden wir unser Wohlstandsmodell der vergangenen 60, 70 Jahre abschreiben können und zum

Freilichtmuseum für asiatische Touristen werden.

Was funktioniert in anderen Ländern besser?

Kern: Nationen wie die USA, China oder Indien machen heutzutage Industriepolitik mit einer strategischen Vision. In Europa glauben offenbar immer noch viele an das Konzept des unschuldigen Marktes, der alles richten wird. Tatsächlich ist es so, dass wir global betrachtet mit einem Taschenmesser zu einem Feuergefecht kommen und uns wundern, dass wir unsere Interessen nicht durchsetzen können. Wir kapieren nicht, dass uns die Felle davonschwimmen, weil alle anderen schon längst nach neuen Regeln spielen.

Vassiliadis: Die Frage ist doch: Will man strategische Industriepolitik machen? Oder will man nur Probleme managen, wenn sie auftauchen? Das wäre so eine Art karitativ unterstützende Variante. Davon abgesehen spielt Geld zwar eine Rolle, aber nicht die einzig entscheidende: Unternehmen geht es auch um Geschwindigkeit, Verlässlichkeit und Regulatorik. Da muss man sich

fragen: Ist ausgerechnet jetzt der richtige Zeitpunkt, ein funktionierendes Chemikalienrecht in Europa mit riesigem Aufwand zu reformieren und damit neue bürokratische Lasten zu schaffen? Ich halte das für komplett entrückt. Wir kämpfen aktuell darum, dass es die Unternehmen bald überhaupt noch gibt. Wenn es sie nicht mehr gibt, brauche ich auch kein neues Regulierungsrecht mehr. Deutschland muss diese Debatte auf den Tisch bringen, da ist Leadership gefragt als Lokomotive für die europäische Wirtschaft.

Christian, wie sind die Chancen für energieintensive Bereiche in Europa und Deutschland?

Kern: Ich habe den Eindruck, da wird ein Patient mit einem Aortenriss auf der Intensivstation eingeliefert und wir sagen: Dann nimm mal ein Aspirin und wir schauen in Ruhe, ob sich das Problem lösen lässt. Da wird Aspirin nicht funktionieren. Nehmen wir die Solarindustrie: Wenn man die ganze Wertschöpfungskette betrachtet, dann liegt die zu 85 bis 95 Prozent im asiatischen Ausland. Die Amerikaner erheben nun hohe Strafzölle und bauen diese

Industrie komplett neu bei sich auf. Da sich neben den USA auch die anderen großen Verbrauchermärkte mit Zöllen vor asiatischen Produkten schützen, landet die gesamte globale Überproduktion in Europa. Darum liegt jetzt in Lagerhäusern in Rotterdam der doppelte Bedarf der europäischen Solarindustrie herum und wird billig verramscht, während die europäische Branche wegrasiert wird. Nun soll da zwar Förderung fließen, aber kein Mensch wird in diesen Sektor investieren, wenn er nicht weiß, dass er seine Produkte auf einem fairen Markt vertreiben kann.

Was ist dann die Lösung, Michael?

Vassiliadis: Wenn Europa sich nicht für eine aktive Industriepolitik entscheidet, wird hier nichts Neues mehr entstehen. Es gibt im globalen Wettbewerb mit anderen Regionen deswegen nur einen Weg: europäisch denken.

Wie blickt man von außen auf die deutsche Politik?

Kern: Es ist wie beim Fußball. Ihr habt viele exzellente Leute - aber als Team funktioniert es nicht. Einer spielt Schubert, der Zweite Vivaldi und der Dritte Chopin. Aber es gibt niemanden, der sagt: Heute spielen wir alle gemeinsam Beethoven. Das führt auch zu einem demokratiepolitischen Problem. Wir in Österreich haben euch 35 Jahre harten Rechtspopulismus voraus. Jetzt wird offenbar auch Deutschland diesen Weg beschreiten. Das hat damit zu tun, dass entscheidende Fragen von den klassischen Parteien nicht wirklich beantwortet worden sind. Diese Sprachlosigkeit lässt Raum für die vermeintlich einfachen Lösungen der Rechtspopulisten. Wobei die keine tragbaren Lösungen anbieten, bei ihren Anhängern aber dennoch als kompetent gelten. Es braucht deswegen eine gemeinsame Strategie, wie wir nicht nur verteilen,

sondern auch Wohlstand sichern. Ein früherer Präsident unseres Österreichischen Gewerkschaftsbundes sagte immer: Man muss die Kuh füttern, die man melken will. Vassiliadis: Die deutsche Politik hat viele Ideen für eine klimagerechte Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt und hinter diese Visionen eine Menge Moral gelegt. Jedes Windrad steht bei uns für mehr als nur CO₂-Reduktion. Lange Zeit konnten sich viele hinter diesem Ziel versammeln, heute sieht das anders aus. Denn man hat stets die Frage unbe-

Wie also kann man das Land voranbringen?

Kern: Vorab möchte ich betonen:
Deutschland hat jeden Grund,
selbstbewusst zu sein. Bei aller
berechtigten Kritik sprechen wir
nicht über einen Trümmerhaufen,
sondern über das Land, das in
Europa die Führung hat, auf das
die ganze Welt schaut. Für eine
kollektive Depression gibt es keinen
Anlass. Jetzt ist es wichtig, dass
man entschlossen sagt: Das sind
die Sektoren, an die wir glauben, da
wollen wir stark sein. Wenn ich mir

"

Ihr habt exzellente Leute – aber als Team funktioniert es nicht.

Christian Kern, österreichischer Manager und Politiker

antwortet gelassen: Ab welchem Punkt entstehen aus Transformationsthemen finanzielle, organisatorische und infrastrukturelle Lasten? Jetzt ist die Frage unausweichlich. Ein Kassensturz ist nötig, um festzustellen: Wo stehen wir, was bedeutet das? Ich bin zuversichtlich, dass die aktuelle Regierung das angeht, nachdem sie ihren Haushalt auf die Reihe gebracht hat. Eines möchte ich ergänzen: Es gibt aktuell zwar viel berechtigte Kritik an der Ampel. Die haben in den vergangenen zwei Jahren aber auch eine Menge gemacht und angestoßen, wo vorher jahrelang gar nichts passiert ist. Wir haben anderthalb Jahrzehnte hinter uns, in denen die deutsche Wirtschaft floriert hat und sehr viel Geld in den Staatshaushalt geflossen ist, aber kaum in Infrastruktur und Bildung investiert wurde.

noch einen Schlusssatz erlauben darf: Machen ist wie wollen, nur krasser.

Vassiliadis: Es ist wichtig zu verstehen, dass der Energieeinsatz, den wir künftig etwa für die Chemieindustrie brauchen werden, eine Investition in die Wertschöpfungskette ist - und das kann man auch mit Klimaschutz verbinden. Die Alternative wäre, dass wir ein großes Altersheim werden, alles importieren und den mühsam erarbeiteten Wohlstand in einer Generation verfrühstücken. Das kann es nicht sein. Deutschland braucht die Welt, Deutschland braucht Europa und Deutschland braucht Innovation. Unsere Verpflichtung ist es nun, unsere Transformationsidee kompatibel für die Menschen in diesem Land zu machen.

News

Branchen & Betriebe

Synlab MVZ

Beschäftigte streiken bundesweit



Starkes Signal: In Weiden legten knapp 200 Beschäftigte ihre Arbeit nieder.

Jeweils einen Tag lang haben rund 700 Beschäftigte des Labordienstleisters Synlab ihre Arbeit niedergelegt: An bundesweit sechs Standorten waren sie Ende Januar im Warnstreik, um den Druck in den Tarifverhandlungen zu erhöhen. Dazu hatte die IGBCE aufgerufen, nachdem die vierte Verhandlungsrunde gescheitert war.

IGBCE-Verhandlungsführer Marc Welters betont: "Die 700 Kolleginnen und Kollegen haben mit ihrem Einsatz gezeigt, dass sie hinter den Forderungen stehen und auch bereit sind, sie durchzusetzen. Das war ein lautes und ein wichtiges Zeichen des Zusammenhalts." Und eines, das hoffentlich Bewegung in den festgefahrenen Tarifkonflikt bringe.

"Wir haben den Arbeitgebern eine Frist gesetzt: Bis zum 30. Januar erwarten wir ein neues Angebot, das unsere Forderungen nach einer fairen, marktgerechten Vergütung aufgreift", erklärt Welters. "Sollten die Arbeitgeber sich bis dahin nicht rühren, werden wir weitere Arbeitskampfmaßnahmen durchführen. Wir werden so lange weiter für unsere Forderungen auf die Straße gehen, bis bei den Arbeitgebern ein Umdenken stattfindet."

Die IGBCE-Tarifkommission fordert in dieser Tarifrunde die Erhöhung der Vergütungen um elf Prozent, mindestens um 380 Euro, die Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 35 Euro pro Tag und die Zahlung einer Jahressonderzahlung in Höhe von 100 Prozent eines Monatsentgelts für alle Beschäftigten.

Die rund 3.500 Beschäftigten in den medizinischen Versorgungszentren sind in der Labordiagnostik tätig und werten zum Beispiel Proben aus Krankenhäusern oder Coronatests aus?

Continental

Neue Perspektive für Beschäftigte

"Von Arbeit in Arbeit" – so lautet das Grundprinzip der neu gegründeten Zeitarbeitsfirma des Autozulieferers Continental, an der sich die IGBCE als Sozialpartner beteiligen wird. Die Conti Motion soll vor allem als interne Vermittlungsstelle dienen. Von Stellenabbau betroffene Beschäftigte sollen aufgefangen, weiterentwickelt und innerhalb des Konzerns vermittelt werden.

"Wir wollen die Menschen dabei unterstützen, die Transformation zum Aufstieg zu nutzen", erklärt IGBCE-Vorstandsmitglied Francesco Grioli. "Zeitarbeit kann hier ein Instrument sein, um Menschen eine Perspektive zu eröffnen und die Gefahren des Fachkräftemangels abzumildern." Noch immer hätten viele Arbeitgeber nicht verstanden, dass der Fachkräftemangel längst Realität sei, so Grioli. Er wünsche sich deshalb mehr Initiativen.

die Menschen nicht einfach wegwer-

fen, sondern weiterentwickeln.

Für die IGBCE ist dabei entscheidend, dass die Beschäftigten bei Conti Motion keine Lohneinbußen und keine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen befürchten müssen. Gezahlt wird nach dem branchenüblichen Firmentarifvertrag für Zeitarbeitsunternehmen, den das Unternehmen zusätzlich aufstockt. Es gilt außerdem die Gesamtbetriebsvereinbarung mit dem Gesamtbetriebsrat Rubber, der für die Gummisparten zuständig ist. Bis zu 18 Monate können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Conti Motion beschäftigt werden.

Bayer

Umbau wird Jobs kosten

Hierarchien sollen abgebaut, Strukturen verschlankt und Entscheidungsprozesse beschleunigt werden: Ende Januar hat Bayer mitgeteilt, dass der Leverkusener Pharma- und Agrarkonzern unter dem neuen Konzernchef Bill Anderson massiv umgebaut werden soll. Dieser Umbau wird auch viele der rund 22.000 Beschäftigten in Deutschland treffen. Wie viele genau, ist aktuell noch nicht klar. Bis Ende 2025 soll der Personalabbau abgeschlossen sein.

"Wir sehen mit dem neuen Betriebsmodell eine große Chance, unsere wirtschaftliche Situation deutlich zu verbessern", sagt **Heike Hausfeld,**

Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Bayer AG, und erklärt: "In der angespannten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens reichen die bereits laufenden Programme und Maßnahmen jedoch nicht aus, weshalb wir schweren Herzens weiteren Einschnitten zugestimmt haben." In den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber sei es gelungen, den bevorstehenden Stellenabbau im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. "Außerdem

konnten wir durchsetzen, dass die allgemeine Beschäftigungssicherung um ein weiteres Jahr bis Ende 2026 verlängert wird."

"Für uns hat oberste Priorität, die Zukunft der Beschäftigten bei Bayer zu sichern", betont Francesco Grioli, IGBCE-Vorstandsmitglied und Mitglied des Bayer-Aufsichtsrats. Für die Beschäftigten werde sich vieles verändern. "Wir werden gemeinsam daran arbeiten, dass alle sicher neue Pfade beschreiten können."

Wintershall Dea

Überstürzter Verkauf

Für die Beschäftigten war drei Tage vor Weihnachten die Nachricht ein harter Schlag: Der Chemiekonzern BASF will seine Tochterfirma Wintershall Dea an den britischen Ölkonzern Harbour Energy verkaufen. Die Konsequenz: Die Förderstandorte sollen übernommen werden, den beiden Zentralen der Wintershall Dea AG mit 850 Beschäftigten in Kassel und Hamburg droht die Schließung. "Zwar war schon länger klar, dass BASF sich von seinem Gas- und Ölgeschäft trennen möchte, der Verkauf kurz vor Weihnachten kam aber völlig überhastet", sagt Wintershall-Unternehmensbetreuer Michael Winkler und kritisiert den rigiden Beschäftigungsabbau: "Für die IGBCE ist klar, dass die BASF und der Miteigner Letter One in der sozialen Verantwortung für die von der Schließung betroffenen Menschen stehen." Der Verkauf des einzigen deutschen Gas- und Ölförderers vergrößere außerdem die Abhängigkeit von anderen Ländern in der Gasversorgung: "Wir sollten uns in Deutschland nicht überstürzt von einer Branche und deren Technologien verabschieden und damit Fehler der Energiepolitik fortsetzen", mahnt Winkler. Zweifel kommen auch von der Bundesregierung: Sie wird den Wintershall-Verkauf intensiv prüfen.

Tarifticker

Flachglasveredelung und -verarbeitung

Einigung in der zweiten Verhandlungsrunde: Die rund 2.300 Beschäftigten im Tarifbereich erhalten rückwirkend ab dem 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 monatlich 125 Euro netto Inflationsausgleichsprämie – insgesamt 1.500 Euro (Auszubildende 750 Euro). Außerdem erhöhen sich die Entgelte dauerhaft in zwei Stufen: ab dem 1. Januar 2025 um monatlich 75 Euro sowie ab dem 1. April 2025 um weitere 100 Euro.

Saint-Gobain Rigips

Zweiter Schlichtungstermin bringt Ergebnis: Die IGBCE hat sich mit dem Arbeitgeber auf Tariferhöhungen und Einmalzahlungen für die mehr als 600 Beschäftigten geeinigt. So steigen die Monatsentgelte rückwirkend ab dem 1. August 2023 um 120 Euro und ab dem 1. September 2024 um weitere 100 Euro. Im Februar sowie im Dezember 2024 werden jeweils 1.000 Euro Inflationsausgleichsprämie gezahlt (Auszubildende erhalten jeweils 500 Euro).

Zementindustrie

Für die anstehende Tarifrunde 2024 fordert die gemeinsame Tarifkommission aus IGBCE und IG BAU für die knapp 2.000 Beschäftigten in der Zementindustrie Nordwestdeutschlands eine Erhöhung der Entgelte, die Zahlung der Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro sowie einen Bonus für Gewerkschaftsmitglieder.



Ab Oktober 2023 sollte für Cornelius Büttgenbach wegen des Kohleausstiegs eigentlich Schluss sein als Elektriker bei RWE, da er Anspruch auf Anpassungsgeld (APG) hat. Doch der Ukraine-Krieg änderte alles. Plötzlich steht die Versorgungssicherheit im Fokus, und die Planungen des 59-Jährigen sind durcheinandergeraten.

er braune Staub ist überall, auf dem Auto, in den Haaren, an den Händen. Cornelius Büttgenbach blickt auf seine Finger, zuckt mit den Schultern, lächelt. Die Braunkohle gehört zu ihm wie die orangeblaue Arbeitsmontur samt Schutzhelm und Schutzbrille. An seinem Schreibtisch im Büro hat er für ein bisschen Grün gesorgt, da wuchert ein riesiger Gummibaum, dessen Äste sind mit Paketband an der Decke fixiert. Aber hier draußen ist alles braun und staubig.

Der Kohlebunker Fortuna ist Büttgenbachs Reich. 800 Meter lang und etwa 400 Meter breit, eine große Grube, die 280.000 Tonnen Kohle fasst. Es rattern Förderbänder und riesige Schaufelräder, Braunkohle aus den Tagebauen Garzweiler und Hambach wird eingelagert und nach Bedarf wieder abgebaggert. Der Nachschub für das nebenan gelegene Kohlekraftwerk Niederaußem muss rund um die Uhr gesichert sein.

Gelassenheit nach 44 Berufsjahren

Büttgenbachs Job ist die Instandhaltung der Elektrik. Als E-Steiger ist er Chef eines elfköpfigen Teams. Seine Anweisungen an die Kollegin und die Kollegen formuliert der 59-Jährige in freundlichem Ton, er strahlt Gelassenheit aus. Knapp 44 Berufsjahre geben ihm die Gewissheit, dass sich alle Probleme lösen lassen in seinem Kohlebunker.

Dieser Mann liebt, was er tut, so viel wird jedem schnell klar, der eine Weile mit ihm an seinem Arbeitsplatz unterwegs ist. Dabei sollte er



Mit riesigen Schaufelrädern wird die eingelagerte Braunkohle wieder abgebaggert.

seit Oktober 2023 gar nicht mehr hier sein. Er sollte längst ausschlafen dürfen und nicht mehr ständig erreichbar sein müssen. Er wollte im Wohnmobil unterwegs sein und die neue Freiheit genießen.

In der Kohleverstromung sollten zunehmend Arbeitsplätze abgebaut und bis 2038 die letzten Kraftwerke abgeschaltet werden. Damit Menschen, die wie Cornelius Büttgenbach jahrzehntelang gute Arbeit geleistet haben, nicht wegen des politisch gewollten Kohleausstiegs in Existenznöte geraten, hat die IGBCE vor zwei Jahren den Tarifvertrag Kohleausstieg ausgehandelt.

Darin ist geregelt, dass Beschäftigte bis zum Geburtsjahr 1985 ein Anrecht auf Anpassungsgeld (APG) haben, eine finanzielle Förderung des Bundes für den Wegfall von Arbeitsplätzen infolge des Kohleausstiegs. Wer 1985 oder früher geboren

wurde, darf in eine Art Vorruhestand gehen, allerdings frühestens mit 58 Jahren. Mit 63 Jahren wechseln diese Beschäftigten dann in die vorgezogene Rente. Büttgenbach wollte das Angebot annehmen.

Doch Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine alles verändert. Die Front verläuft rund 2.500 Kilometer entfernt vom rheinischen Braunkohlerevier, aber was in Osteuropa passiert, beeinflusst auch das Leben von Cornelius Büttgenbach und vielen seiner Kolleginnen und Kollegen. Denn nun wird wieder mehr Strom aus Kohle gebraucht. Daher wird das Auslaufen der Kohleverstromung bis 2024 ausgesetzt. Im Kraftwerk Niederaußem etwa laufen wieder fünf Blöcke und nicht mehr nur drei. Damit fällt auch im Kohlebunker Fortuna weiterhin mehr Arbeit an als gedacht.







Braunkohle – aktuell wieder sehr gefragt.

Der finale Kohleausstieg erfolgt dafür schon bis 2030. Also werden jetzt wieder mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt und dann früher als geplant gar keine mehr. Das bringt einiges durcheinander. "Der Tarifvertrag war auf 2038 zugeschnitten, jetzt muss er überarbeitet werden", sagt Helge Herrwegen, Leiter des IGBCE-Bezirks Alsdorf.

Personalplanungen fallen in sich zusammen

In den Jahren 2021, 2022 und 2023 seien insgesamt rund 1.500 RWE-Beschäftigte in APG gegangen, erklärt Herrwegen. Als Mitte 2022 beschlossen wurde, dass mehr Kohlestrom benötigt wird, um trotz der kriegsbedingten Gaskrise die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, waren plötzlich temporär wieder 850 Beschäftigte mehr gefragt. Bleiben mussten jene, denen APG angeboten worden war und die auch schon einen Ausstiegstermin genannt bekommen hatten, die wie Büttgenbach aber noch

keinen schriftlichen Vertrag hatten. Im Tagebau Garzweiler, zu dem der Kohlebunker Fortuna gehört, waren das gut 50 APG-Berechtigte.

Insgesamt habe es bei RWE in der Sparte Braunkohle rund 450 Beschäftigte getroffen, die nicht wie geplant in APG gehen konnten, sagt Omar Darwich, Betriebsratsvorsitzender im Tagebau Garzweiler: "Die Stimmung ist aufgeheizt, die Beschäftigten werden von der Politik hin und her geschoben, das ganze Konstrukt Personalpolitik fällt in sich zusammen."

Ältere Beschäftigte, die sich schon auf das Ende ihrer Berufslaufbahn vorbereitet haben, müssen auf unbestimmte Zeit weitermachen. Wenn sie Pech haben, müssen sie bis fast zum Schluss arbeiten, dann bleibt ihnen vor der Rente nur noch ein Jahr APG. Das zumindest erhalten weiterhin alle Berechtigten.

Und auch die Jüngeren müssen umdenken. Diejenigen, die dachten, zumindest bis 2038 bleiben zu können, brauchen nun früher einen neuen Arbeitsplatz. Damit sie sich nicht jetzt schon intensiv nach Alternativen umsehen, muss ihnen eine Perspektive im Unternehmen geboten werden, denn sie werden aktuell dringend gebraucht. "Wir sind dran, wir arbeiten an den Perspektivzusagen", sagt Darwich.

Und dann ist da noch die Gruppe der Beschäftigten, die Anspruch auf APG haben und zwischen 2030 und 2038 das nötige Alter von 58 Jahren erreichen werden. Da jetzt schon früher Schluss ist, muss auch für sie noch eine neue Arbeitsstelle gefunden werden. "Von guter Arbeit in gute Arbeit", betont Darwich. Cornelius Büttgenbach hat derweil volles Vertrauen: "Hier fällt niemand ins Bergfreie, alle werden aufgefangen", ist er überzeugt.

Stolz darauf, dazuzugehören

Der E-Steiger lässt sich seine Laune nicht verderben. Ein Wohnmobil wäre ohnehin zu teuer gewesen, das habe er auf der Caravan-Messe in Düsseldorf festgestellt. Und ob seine Frau es gut aushalten wird, wenn er erst mal tagein, tagaus zu Hause rumhängt, wisse er auch nicht so genau.

In seinem Kohlebunker fühlt er sich wohl, und es gibt immer etwas zu tun. Gerade grübelt er über ein Problem an einem der Schaufelräder nach, das will er sich später noch mal genauer ansehen. "Es macht schon Spaß, hier zu fummeln und zu werkeln", sagt Büttgenbach. Früher als Kind hat ihn die elektrische Eisenbahn des Vaters gefesselt. Jetzt überwacht er etwas kompliziertere Schaltkreise. Und er sagt: "Man ist ja auch stolz darauf, bei RWE zu arbeiten und dazuzugehören. Wir können hier nicht alles rausreißen, aber wir sorgen mit dafür, dass es nicht dunkel wird in Deutschland."

Büttgenbachs Arbeit ist wichtig. Elektrische Defekte an den Maschinen des Kohlebunkers müssen so schnell wie möglich repariert werden. Bei mehr als zwei Stunden Stillstand wird es kritisch, dann müssen Kraftwerksblöcke abgeschaltet werden, weil ihnen die Kohle ausgeht. Büttgenbach hat das einmal erlebt, das war 2019. Schuld war aber kein Defekt, sondern eine Aktion von Klimaaktivistinnen und -aktivisten, die in den Bunker eingedrungen waren und die Förderbänder besetzt hatten. "Ich kann die ja verstehen, jeder versucht, sein Ideal durchzusetzen", sagt Büttgenbach, "aber das war hochgefährlich."

RWE immer treu geblieben

1980 hat Büttgenbach seine Ausbildung als Elektriker bei RWE begonnen, anschließend noch den Techniker draufgesetzt – und er ist dem Unternehmen seither treu geblieben. Schließlich hat schon sein Vater vom Tagebau im Rheinischen Revier gelebt, damals hieß das Unternehmen noch Rhein-Braun. Als der kleine Cornelius



Betriebsratsvorsitzender Omar Darwich ist von der Politik enttäuscht.

Die Stimmung ist aufgeheizt.

Omar Darwich, Betriebsratsvorsitzender im Tagebau Garzweiler

fünf Jahre alt war, musste die Familie umziehen. Sein Geburtsort, Morken-Harff, wurde abgebaggert. "Wir sind damit aufgewachsen, wir wissen, wie es läuft", sagt Büttgenbach. Da ist keine Wehmut, kein Groll auf den Braunkohletagebau. Im Gegenteil: "RWE zahlt gutes Geld für unsere Jobs", betont der Elektriker, "und früher hat doch keiner

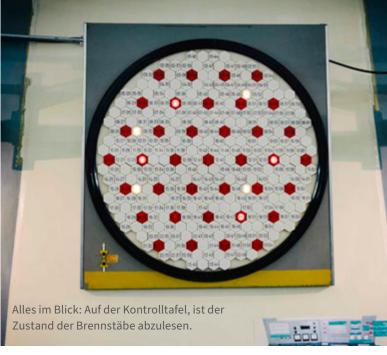
gedacht, dass wir mal aus der Kohle aussteigen."

Der 59-Jährige spricht sehr viel von Stolz, vom Dazugehören, von der familiären Atmosphäre mit den Kolleginnen und Kollegen. "Man sieht die ja mehr als Frau und Kinder, man nimmt an ihrem Leben teil", sagt er. Sein Sohn und seine Tochter, 33 und 30 Jahre alt, haben sich beruflich anders orientiert. Wie einst sein Vater ihm, hat Büttgenbach aber gerade seinem Sohn beim Hausbau geholfen. Er hat die Elektrik selbst verlegt.

Büttgenbachs Team im Kohlebunker ist in den letzten Jahren von 17 auf elf Beschäftigte geschrumpft. Er ist der Älteste in der Runde und sagt: "Das könnten zum Teil meine Kinder sein, der Jüngste ist erst 23 Jahre alt. Aber es ist eine tolle Mannschaft, ich bin froh, die zu haben." Aktuell heißt es, dass Büttgenbach spätestens am 31. Dezember 2026 wird gehen dürfen. Was er dann am meisten vermissen wird? Die Antwort kommt prompt: "Die Kollegen." ■

MENSCHEN & GEMEINSCHAFT







Strahlende Geschichte



Text Julius Leichsenring – Fotos Roman Pawlowski





Zwanzig Kilometer von Greifswald entfernt sollte vor der Wende eines der größten Kernkraftwerke der Welt entstehen. Die Pläne sind Geschichte, die Meiler stehen still. Heute können Besucherinnen und Besucher hier einen Blick in das Innere eines Reaktors werfen. IGBCE-Mitglied Hartmut Schindel nimmt uns mit.

artmut Schindel sucht nach einer gemeinsamen Sprache. Der 64-Jährige steht im Informationszentrum des Kernkraftwerks Greifswald, vor ihm eine elfköpfige Gruppe aus Studierenden und einem Rentnerehepaar. Zwischen ihnen eine gelbe. schulterhohe Tonne - das Modell eines Behälters für abgebrannte Brennelemente. "Wir sprechen von hoch radioaktiven Abfällen", sagt Schindel und zeigt auf den gerippten Miniaturcastor. Daneben gibt es mittel- und schwach radioaktives Material. Das darf in normale Metallfässer. "Nur etwa fünf Prozent der Abfälle sind hoch radioaktiv. Sie machen aber rund 99 Prozent der gesamten Radioaktivität eines Kernkraftwerks aus."

Aufklären und damit Ängste nehmen, darum wird es dem Gästeführer in den kommenden zweieinhalb Stunden gehen. "Wir wollen nicht überzeugen, sondern Wissen vermitteln", bringt es Schindel auf den Punkt. "Was manchmal in den Nachrichten kommt, ist so weit weg von der Realität, dass es wehtut."

Eines der größten Kernkraftwerke

Das Informationszentrum ist der Startpunkt einer Führung durch ein Atomkraftwerk (AKW) der damaligen DDR, das einst VE Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald hieß. Nach der Wende wurden die vier aktiven Reaktoren russischer Bauart stillgelegt.

Hätte die SED-Führung weiter das Sagen gehabt, wären auf dem Gelände zwischen Lubmin und Freest vier weitere Blöcke ans Netz gegangen. Damit stünde heute an der Ostsee eines der größten Kernkraftwerke der Welt. Arbeiterinnen und Arbeiter errichteten bereits die Hüllen der Meiler 7 und 8, Reaktor 5 befand sich im Testbetrieb, Block 6 war zu 90 Prozent fertiggestellt. Die Brennstäbe fehlten allerdings noch. Ein Glücksfall für die aktuelle Nutzung: Die Anlage ist nicht

kontaminiert, sodass Besucherinnen und Besucher ohne Strahlenschutz hineindürfen.

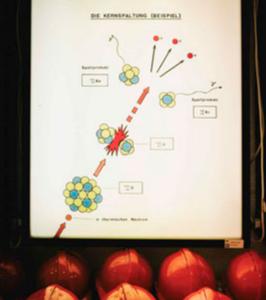
Über das Betriebsgelände führt Schindel die Gruppe zum Reaktor 6. Der Weg geht vorbei an den einst aktiven Meilern, die ab den 1970er-Jahren den Norden der DDR mit Strom versorgten. Die Anlagen sind entkernt. Fachkräfte untersuchen im Inneren jeden Zentimeter der Wände auf Strahlung, ehe sie Schicht für Schicht abtragen. Eine Mammutaufgabe: Etwa 30 Jahre wird es noch dauern, bis auf dem Gelände kein Gebäude mehr zu sehen ist. Weitere 50 Jahre, bis die Stoffe recycelt und sicher entsorgt sind. Solange die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Abfall andauert, lagern kleinwagengroße Castorbehälter mit Brennstäben auf dem Gelände des AKW.

Gästeroute dank Expo 2000

Am Reaktor 6 ist vom Rückbau nichts zu sehen. Über einen



Hartmut Schindel hat sein Berufsleben der Atomkraft gewidmet. Am 15. April 2023 wurden die letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet.



Zu DDR-Zeiten galt die Kernspaltung als Zukunftstechnologie.

Seiteneingang betreten die Besucherinnen und Besucher den Klotz aus meterdickem Stahlbeton. Das Innere ist grau in grau, eine Neonröhre spendet grelles Licht. Ein vergessener Ort, der fast täglich von Touristinnen und Touristen besucht wird. "So wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kraftwerks damals unterwegs waren, sind es die Besucherinnen und Besucher heute", sagt Schindel.

Mit hallenden Schritten geht es über den früheren Fluchtweg ins Innere des AKW. Durch eine massive Stahltür hindurch betreten die Gäste den Geberraum. Edelstahlrohre winden sich von der Decke Richtung Boden, unterbrochen von Hebeln und Messgeräten. Laut Bauplan sollte hier der Druck weitergeleitet werden, mit dem das Wasser die Brennstäbe umspült. Nur wenn der hoch genug ist, verdampft die Flüssigkeit trotz einer Temperatur von 300 Grad Celsius nicht. Das ganze Konstrukt wird daher Druckwasserreaktor genannt. In aktiven Kraftwerken wird die Wärme außerhalb des Reaktors an einen zweiten Wasserkreislauf abgegeben. Der dort entstehende Dampf treibt eine Turbine an, die Strom erzeugt.

Wie das Herz eines AKW ausschaut, möchte Schindel jetzt zeigen. Über schmale Treppenstufen geht es hinauf zum Reaktor – ein Bereich, der sonst nur unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen betreten werden darf. Mehr noch: Durch eine Luke können die Gäste ins Innere des Reaktors schauen. Im Normalfall undenkbar.

Vir wo

Wir wollen Wissen vermitteln.

Hartmut Schindel, Gästeführer der EWN GmbH

Zu verdanken ist dieses einmalige Erlebnis der Expo 2000. Im Zuge der Weltausstellung in Hannover richtete der Eigentümer des Kernkraftwerks, das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN), die Besuchsroute ein. "Block 6 wäre sonst ein Schrottplatz", erzählt Schindel.

Ob das so bleibt, ist ungewiss. Der Auftrag der EWN ist der Rückbau des AKW, nicht die Errichtung einer touristischen Attraktion. Entsprechend müsste sich der Status des Meilers ändern – von einer Altanlage hin zu einem technischen Denkmal. Ein Lokalpolitiker der Grünen hat dafür einen Antrag eingereicht. Wird er bewilligt, bedeutet das nicht nur Bestandsschutz, sondern auch Geld für den touristischen Ausbau. "Vielleicht kann man dann in den Reaktor hineingehen. Das wäre der Oberhammer", sagt Schindel.

Aderlass in der Region

Der gelernte Maschinist für Kernkraft-Energie-Anlagen hat die Höhen
und Tiefen der Atomkraft hautnah
miterlebt. Zu DDR-Zeiten galt sie
als Fortschrittstechnologie, fast die
Hälfte des Energiebedarfs sollte
damit gedeckt werden. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und
ein Brand im Maschinenraum des
Blocks 1, bei dem es im AKW Greifswald fast zur Katastrophe gekommen wäre, änderten nichts an den
Plänen.

Nach der Wende traten die Mängel der Meiler zutage; eine Stilllegung der Blöcke 1 bis 4 war unvermeidlich. Das sieht Schindel genauso. Unklar ist für ihn, warum die vier neuen Reaktoren trotz höherer Sicherheitsstandards nicht fertiggestellt wurden: "Viele baugleiche Anlagen waren in der ehemaligen Sowjetunion noch lange in Betrieb." Mit der Stilllegung brachen harte Zeiten über die Region herein: Von den über 10.000 Mitarbeitenden verloren fast 8.300 ihre Arbeit. "Das war ein Aderlass", sagt Schindel.

Aufgrund seines Jobs in der Entsorgung durfte er bleiben. Im Betriebsrat verhandelte das IGBCE-Mitglied die Sozialpläne für die entlassenen Kolleginnen und Kollegen mit. Später wechselte Schindel in die Kommunikationsabteilung, wo er seitdem Besuchstouren verantwortete. Im Februar geht er in Rente. Mit dem Kraftwerk bleibt er trotzdem verbunden: Um seine Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, wird Schindel weiterhin einzelne Gruppen durch Block 6 begleiten.

Gefragtes Wissen

Der Generationenwechsel ist bei EWN in vollem Gang. Das staatseigene Unternehmen beschäftigt 1.040 Menschen. Entlassungen sind kein Thema mehr, im Gegenteil: EWN sucht Fachkräfte. Sie sollen die Anlagen in der Nähe von Greifswald und ein weiteres AKW in Rheinsberg (Brandenburg) in den nächsten Jahren zurückbauen. Außerdem ist das Unternehmen spezialisiert auf die Zerlegung von Reaktoren und das Verschließen von Castoren. Seit dem endgültigen Atomausstieg im April 2023 werden diese Fähigkeiten überall gebraucht.

Über ein Labyrinth an Wegen und Treppen führt Schindel die Gäste zurück zum Seiteneingang. Die Tour durch den Reaktor ist vorbei. Wieder unter freiem Himmel fällt der Blick auf ein eingerüstetes Gebäude in der Ferne. Dort entsteht laut Schindel "eines der sichersten Gebäude der Welt", die Zerlegehalle. Ende dieses Jahres soll sie fertig sein. Im Inneren werden dann mit modernsten Methoden hoch radioaktive Reststoffe zerlegt. ■

Guide: Kernkraftwerk Greifswald

Kernkraftwerk Greifswald
Latzower Straße 1
17509 Rubenow

Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP)

Das IPP untersucht die Grundlagen für ein Fusionskraftwerk. Nach vor-heriger Terminabsprache kann die Experimentieranlage Wendelstein 7-X in Greifswald besichtigt werden. www.ipp.mpg.de

Strand von Lubmin
Der fünf Kilometer lange
Sandstrand führt an Dünen, Kliffs
und einem dichten Kiefernwald
vorbei. Im Sommer ist er besonders
fürs Segeln, Surfen und Kiten
sowie bei Familien mit kleinen
Kindern beliebt. Außerdem gibt es
Hundestrände und FKK-Bereiche.
www.unser-lubmin.de

Öffnungszeiten

Aktuelle Öffnungszeiten und Informationen unter: www.ewn-gmbh.de Der EWN-Standort Rheinsberg in Brandenburg kann ebenfalls besichtigt werden. www.ewn-gmbh.de

Eintrittspreis

Führungen sind kostenfrei.

Hotelempfehlung

Hotel Leuchtfeuer
Dorfstraße 1
17440 Freest
DZ ab 97 Euro (mit Frühstück)
www.hotel-leuchtfeuer.de

2 Hotel Seebrücke Lubmin Waldstraße 5a 17509 Lubmin DZ ab 89 Euro (mit Frühstück) www.hotelseebruecke.de

Gastronomie

4 Düne Acht €€€€€ Gutbürgerliche Küche www.dueneacht.de







Deutschland ist ein bedeutender Produktionsstandort für Pkwund Lkw-Reifen. Jetzt sollen gleich mehrere Werke schließen – die Branche ist in Aufruhr. Was macht das mit Betroffenen, was kann die IGBCE tun – und welche Lösungen gibt es?

asper Schultheis klingt auch zwei Monate nach der Schocknachricht noch tieftraurig: "Ich wollte bei der Gummi in Rente gehen." Die Gummi, das ist das Reifenwerk in Fulda. 1906 stellte man hier den ersten Vollgummireifen her. In den 1960er-Jahren übernahm Goodyear. 2025 soll nun Schluss sein, das Aus für rund 1.000 Beschäftigte am Standort. Jasper Schultheis ist einer von ihnen. "Mein Traum wurde zerstört", sagt der 20-Jährige.

Im Januar 2024 lernt er noch für die Abschlussprüfung, danach endet dann seine dreieinhalbjährige Ausbildung zum Elektroniker für Betriebstechnik, Schultheis hatte im August 2020 angefangen. Der junge Mann mag die Stadt und das Umland, hier ist er aufgewachsen, hier hat er gerade eine Wohnung renoviert, hier will er nicht weg. Doch dann kam der Schock mit der ersten Meldung im Sommer 2023, als Goodyear ankündigte, die Hälfte der Belegschaft zu entlassen. Es gab Gespräche, das Unternehmen legte die Pläne auf Eis, um ein halbes Jahr später zu verkünden: Das Werk wird 2025 komplett geschlossen.

MENSCHEN & GEMEINSCHAFT

Es spricht eigentlich viel für die heimische Reifenindustrie: Hochwertige Produkte, Innovation, moderne und effiziente Produktion, guter Zugang zu Fachkräften, Fokussierung auf umweltfreundliche Technologien, das sollte doch eigentlich Deutschlands Position in der globalen Reifenindustrie festigen.

Doch die Reifenproduktion in Deutschland steht schon länger unter Druck. Der Lkw-Reifen-Markt in Europa ist um 25 Prozent eingebrochen. Dazu der Druck aus China, woher seit Jahren Billigware auf den Markt drängt. Einen Großteil dieser Reifen kann man nicht runderneuern - eine ökologische Fehlentwicklung. Weil die Reifen aus Fernost trotzdem günstiger sind als Runderneuerte, müsste hier Europa eigentlich regulatorisch eingreifen, etwa mit Anti-Dumping-Zöllen oder mit Umweltgebühren, um den europäischen Green Deal wirklich ernst zu nehmen. Doch bislang passiert hier wenig.

Mehrere Reifenwerke betroffen

Zwölf Reifenwerke gibt es aktuell noch. In den vergangenen Jahren sind schon einige Werke geschlossen worden, darunter 2023 ein Conti-Standort in Aachen mit 1.800 Beschäftigten, noch früher deren Lkw- und Pkw-Reifen-Werk in Hannover-Stöcken. Michelin hat ein Werk in Bamberg geschlossen, Goodyear ein Reifenlager in Philippsburg - die Pneus werden jetzt in Tschechien gelagert. Dieser Trend setzt sich fort: Michelin will sich bis zum Jahr 2025 komplett aus der Produktion von Lkw-Reifen in Deutschland zurückziehen. Die Folge: Die Standorte in Karlsruhe und Trier sollen zumachen. Und bei Michelin ist nicht nur die Belegschaft im Werk betroffen: Auch das Kundenkontaktzentrum mit mehr als 100 Beschäftigten soll von Karlsruhe nach Polen verlagert werden.



Erste Protestkundgebungen bei Goodyear gab es bereits im Sommer 2023.



77 Wir bleiben dran, wir kämpfen.

Peter Weiser, Betriebsratsvorsitzender Goodyear Fürstenwalde Goodyear wiederum will nicht nur sein Werk in Fulda schließen. Am Standort Fürstenwalde sollen bis 2027 ebenfalls 700 der rund 1.000 Arbeitsplätze wegfallen.

Jasper Schultheis hat vom Aus für seinen Traum im November erfahren, ein paar Minuten vor der großen Versammlung im Werk. Er ist im Betriebsrat und nicht nur Vorsitzender der Jugendvertretung in Fulda, sondern auch für alle anderen Goodyear-Standorte. Bei der Versammlung war er den Tränen nahe, am Tag darauf schrieb er eine Klausur in der Berufsschule. "Ich bin in Tränen ausgebrochen und wurde nach Hause geschickt."

Er will jetzt erst einmal den Einjahresvertrag annehmen, den Goodyear ihm angeboten hat. Er freut sich auf das Team und die tägliche Arbeit an den Maschinen. Mit Sorge blickt der Jugendvertreter aber auf





Wollte eigentlich bei Goodyear in Fulda in Rente gehen: Jasper Schultheis.

den Jahrgang, dessen Ausbildungsende erst nach der Schließung ansteht. "Was sollen die machen?"

Werk als Problemlöser

Im Goodyear-Werk Fürstenwalde gab es im Vorjahr Besuch, Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) war gemeinsam mit seinem Parteikollegen, Wirtschaftsminister Jörg Steinbach, angereist. Vor Ort sprachen die Politiker auch mit Peter Weiser. Der ist seit mehr als 20 Jahren Betriebsrat, seit 2018 Vorsitzender. "Wir bleiben dran, wir kämpfen", sagt er. So ganz hat er die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Goodyear den Wert des Werkes noch erkennt. Ein Werk, in das 2014 noch mehr als 100 Millionen Euro investiert wurden. Der Standort, so beschreibt es Weiser, gilt als Problemlöser. Reifen für Ferrari produziert man hier, ein

Porsche-Entwicklungszentrum ist eingegliedert. Und wenn eine Reifenproduktion irgendwo im Unternehmen nicht so läuft: "Hier kriegen wir es gebacken", sagt Weiser.

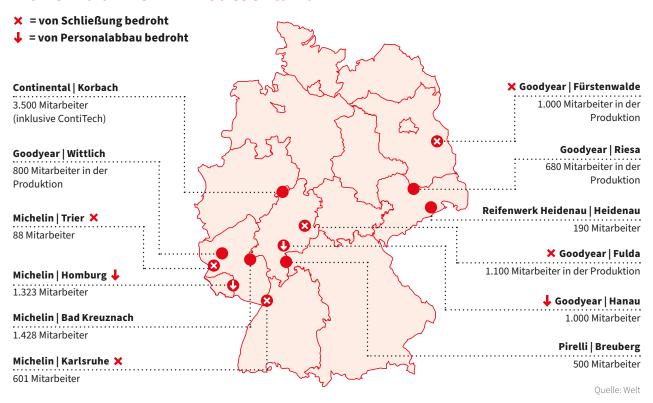
Peter Weiser hat hier 1980 als Auszubildender angefangen, 2029 wollte er eigentlich in Rente gehen. Er wohnt nur 500 Meter vom Werk entfernt. Im November 2023 kündigte der Mutterkonzern Goodyear an, die Produktion bis Ende 2027 schrittweise einzustellen. "Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie das ohne Werk, ohne den Geruch hier sein soll."

Doch Weiser und die anderen wollen kämpfen. Die Gigafactory von Tesla ist nur 20 Kilometer entfernt. "Wir könnten die Reifen dahin rollen", sagt Weiser und lacht. Er hat die Hoffnung, dass es hier doch noch zu einer Zusammenarbeit kommen kann. Oder dass das Werk an einen anderen Hersteller verkauft wird. Seit Januar befasst sich eine Arbeitsgruppe mit Arbeitgebervertretern, dem brandenburgischen Wirtschaftsministerium und einem Vertreter der IGBCE mit der Zukunft des Standortes Fürstenwalde.

Faire Verhandlungen? "Zynisch!"

Auch für Anne Weinschenk stehen nun viele Gespräche an. Sie ist in Fulda Betriebsbetreuerin der IGBCE und als Konzernbetreuerin für den gesamten Goodyear-Konzern verantwortlich, hat als Mitglied im Aufsichtsrat einen "umfangreicheren Einblick", wie sie das nennt. Die Kommunikation nennt sie eine Frechheit. Das Unternehmen habe im Spätsommer 2023 Verhandlungen zum angekündigten Personalabbau abgebrochen, die noch gar nicht richtig begonnen hatten. Und

Reifenfabriken in Deutschland



dann kam Mitte November der Tag, an dem alle vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

Jetzt heißt es aus dem Unternehmen, man wolle schnelle und faire Verhandlungen führen und schnell einen Sozialplan ausarbeiten. Weinschenk sagt dazu: "Das ist zynisch!" Sie hoffe, dass es für Goodyear teuer wird und notfalls Arbeitskampfmaßnahmen zu anständigen Ergebnissen für die Belegschaft führen werden. Erste Gespräche haben begonnen. "Alle deutschen Werke liefern hervorragende Qualität, warum sieht Goodyear 'Made in Germany' nicht als Wettbewerbsvorteil?"

Kaum Fluktuation, viel Know-how

Michelin gilt für viele als der Gradmesser in der Reifenindustrie. Erhöht das französische Unternehmen die Preise, gehen die anderen mit. So beschreibt es Lukas Kopaczewski. Betriebsratsvorsitzender von Michelin Deutschland. Kopaczewski hat lange in der Produktion in Karlsruhe gearbeitet. Jetzt muss er etwas stemmen, das schwerer wiegt als die Lkw-Reifen: Das Unternehmen will den Standort bis Ende 2025 schließen – das Aus für mehr als 500 Beschäftigte. Kopaczewski äußert Unverständnis: "Unsere Reifen werden gebraucht!" Es gebe hier kaum Fluktuation, unglaublich viel Know-how. Und Reifen herzustellen sei mehr, als auf den Knopf einer Maschine zu drücken.

Das Unternehmen wollte mit dem Betriebsrat im Stillen einen Sozialplan ausarbeiten, Lukas Kopaczewski und seine Kollegen und Kolleginnen machten dann Druck, dass Michelin seine Pläne öffentlich darlegt – und einen ordentlichen Prozess beginnt. Aktuell sondiert der Betriebsrat alternative Möglichkeiten, hat sich frühzeitig Hilfe durch Anwaltskanzleien und Sachverständige geholt, fühlt sich bestens mit den anderen Standorten vernetzt, analysiert das Werk und den Markt. "Auch die IGBCE ist seit der ersten Sekunde für uns da", sagt er. Die Hoffnung: dass man gar nicht in Gespräche über Abfindungen kommen muss für die Belegschaft, die zur Hälfte aus Frankreich zum grenznahen Werk pendelt.

"Das ist ein topmodernes Werk, mit top ausgebildeten Mitarbeitern", sagt Kopaczewski und fügt an: "Wenn ich das Gefühl hätte, unsere Reifen wären verzichtbar oder nicht wettbewerbsfähig, dann hätten wir schon einen Sozialplan fertig. Aber so ist es nicht – wir werden kämpfen!"



Protest vor dem Werktor: Kurz vor Weihnachten hatte das Unternehmen angekündigt, die Reifenproduktion 2027 zu beenden.

Kampf um den Goodyear-Standort in Fürstenwalde

Die IGBCE und der Betriebsrat bemühen sich darum, den Goodyear-Standort in Fürstenwalde zu erhalten. Unterstützung erhalten sie dabei auch von der Politik.

Ende Januar versammelten sich bei einer Kundgebung rund 100 Kolleginnen und Kollegen vor dem Werktor, um für den Fortbestand des Goodyear-Reifenwerks in Fürstenwalde zu demonstrieren. Zuvor hatte es einen Gesprächstermin von Betriebsrat und Geschäftsführung zu den Schließungsplänen des Managements sowie eine Betriebsversammlung zu dem Thema gegeben.

Rolf Erler, Bezirksleiter des Bezirks Berlin-Mark Brandenburg, sagte, es solle zunächst ein Fragenkatalog für das Management erstellt werden. "Wir werden ein Alternativkonzept erarbeiten." Auch Gespräche mit dem benachbarten Autobauer Tesla seien geplant, um auszuloten, ob es Optionen einer Zusammenarbeit gebe, so Erler.

Der Betriebsratsvorsitzende Peter Weiser sagte:
"Die Stimmung in der Belegschaft ist gedrückt." Es habe bereits einige Kündigungen von Beschäftigten gegeben.
Mithilfe eigener Wirtschaftsberaterinnen und Wirtschaftsberater wolle der Betriebsrat nun nach Lösungsmöglichkeiten suchen, um die Reifenproduk-

tion doch noch zu erhalten.
Dabei habe man auch die volle
Unterstützung der Landesregierung: Im Dezember sind
Ministerpräsident Dietmar
Woidke und Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (beide SPD)
bereits für einen Besuch im
Werk gewesen. Für Anfang März
hat sich sogar Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD)
angekündigt.

Goodyear plant ungeachtet der Proteste weiterhin, den Reifenstandort zu schließen, wie eine Unternehmenssprecherin sagte. Es seien weitere Gespräche mit dem Betriebsrat geplant. Ziel sei es, eine faire Lösung für alle Beteiligten zu finden.

Eine Frage des Vertrauens



In diesem Frühjahr stehen in den Betrieben die Wahlen der Vertrauensleute an. Was machen die eigentlich, diese Vertrauensleute? Ein Überblick.

Mitglieder Nichtmitglieder

So ist das Recht

Die Arbeit der Vertrauensleute ist durch das Grundgesetz geschützt. Wie Vertrauensleute gewählt werden und welche Aufgaben sie haben, regelt die Satzung der IGBCE.

bilden

Betriebsrat, Vertrauensleute - wer wählt was?

Der Betriebsrat wird von allen Beschäftigten im Betrieb gewählt, die Vertrauensleute hingegen nur von den Mitgliedern der IGBCE. Vertrauensleute sind die Stimmen und Gesichter der Gewerkschaft im Betrieb.

So viele gibt es

Bundesweit sind in fast 800 Betrieben Vertrauenskörper der IGBCE aktiv, mehr als 14.000 Menschen engagieren sich. Eine gute Basis – die wir noch verbreitern wollen.



legschaft.

Ein Hoch auf das Ehrenamt

Die gewählten Vertrauensleute bilden den Vertrauenskörper. Dieses Gremium macht die konkrete politische Arbeit: beraten, beschließen, kommunizieren. Dies passiert überwiegend außerhalb der Arbeitszeit. Gespräche mit Beschäftigten am Arbeitsplatz dürfen geführt werden, solange sie den Betriebsablauf nicht stören.

Wo zwei oder drei sich versammeln

In vielen Betrieben organisiert der Vertrauenskörper Mitgliederversammlungen. Hier spricht die Basis mit und entscheidet bisweilen auch knifflige Fragen wie etwa: Stimmen

wir dem Abschluss in den Haustarifverhandlungen

Das offene Ohr

Vertrauensleute haben ein offenes Ohr für deine Sorgen am Arbeitsplatz. Sie beantworten deine Fragen, informieren dich über die Positionen der Gewerkschaft, diskutieren mit den Kolleginnen und Kollegen – und tragen somit zu einer lebendigen gewerkschaftlichen Demokratie bei.

Seit' an Seit'

Koobsileux

Der Vertrauenskörper hat die Aufgabe, mit dem Betriebsrat zu kooperieren, und unterstützt die gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitglieder. Umgekehrt bindet der Betriebsrat die Vertrauensleute ein. So sorgt der Vertrauenskörper dafür, dass gewerkschaftliche Positionen und Werte in dem Mitbestimmungsgremium noch mehr Gewicht haben.

Zeit, Geld, Arbeit

Vertrauensleute wollen die Arbeitswelt verbessern. Sie kümmern sich um die Gestaltung von Arbeitszeiten und -bedingungen und um die Tarifpolitik. Wie viel Prozent fordern wir? Solche Fragen diskutieren sie mit den Mitgliedern im Betrieb.

Stark sein, stark bleiben

Vertrauensleute haben eine Mission: Sie wollen, dass die Gewerkschaft im Betrieb stark vertreten ist. Denn nur so lassen sich gewerkschaftliche Forderungen durchsetzen. Sie werben gezielt um neue Mitglieder – und darum, dass Mitglieder auch Mitglieder bleiben.

Wann wird gewählt?

Die Wahlen der Vertrauensleute finden vom 1. März bis 30. Juni 2024 statt.





igbce-profil.de

Text Katrin Schreiter - Illustration Karolina Zolubak

Ob Krieg in der Ukraine, Konflikt in Nahost, Klimaprotest oder Zuwanderung: Auch im Büro und in der Werkshalle treffen verschiedene politische Meinungen aufeinander. Wie weit geht die Meinungsfreiheit? Was ist erlaubt, wann drohen Konsequenzen? *Profil* hat die Antworten.



in T-Shirt mit fremdenfeindlichen Botschaften, eine Rundmail zum
Demo-Aufruf, ein Post bei
Facebook: Politische Statements am
Arbeitsplatz können schnell unter
Kolleginnen und Kollegen, aber
auch mit Vorgesetzten zu Konflikten
führen. Doch wie viel Meinung ist
im Job eigentlich erlaubt? Wo sind
die Grenzen?

"Die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit gilt selbstverständlich auch am Arbeitsplatz", sagt Peter Voigt. Allerdings schränkt der Leiter der Abteilung Justiziariat/Rechtspolitik/Rechtsschutz bei der IGBCE ein: "Das darf nicht auf Kosten des Betriebsfriedens gehen." Ganz im Interesse des Arbeitgebers – schließlich sei nur

so gewährleistet, dass die Beschäftigten konfliktfrei und produktiv zusammenarbeiten. "Zum anderen hat der Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht, die einschließt, dass gezielte Provokationen unterlassen werden."

Arbeitgeber bestimmt Außenwirkung

Die Außenwirkung spielt ebenfalls eine wichtige Rolle: "Die
politischen Statements
dürfen dem jeweiligen
Unternehmen nicht schaden", erklärt der Jurist.
So könne der Arbeitgeber
beispielsweise Länderflaggen
in Diensträumen untersagen,

in Diensträumen untersagen, wenn die damit verbundene Botschaft seine Kundschaft oder Teile der Belegschaft verletzen würde. "Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen also akzeptieren, wenn das Unternehmen bestimmte Geschäftsbeziehungen pflegt oder abbricht", sagt Voigt. "Sie müssen aber nicht politisch die Meinung ihres Chefs oder ihrer Chefin übernehmen – und sie auch nicht nach außen als ihre eigene darstellen." Darf der Arbeitgeber überhaupt nach Gesinnungen der Beschäftigten fragen? "Fragen darf er", sagt der Experte, "aber es geht ihn nichts an!"

"In den sozialen Medien dürfen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich politisch äußern, solange die Äußerungen nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Allerdings besteht bei Karriereportalen wie Xing oder Linkedin häufig eine nachvollziehbare Verbindung zum entsprechenden Arbeitgeber", sagt Voigt. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gelte natürlich – jedoch könne, sobald ein Bezug zum Arbeitge-



ber herzustellen ist, auch hier der Betriebsfrieden gestört werden, und vor allem dürfe der Arbeitgeber auf diese Weise nicht mit einer (partei)politischen Ansicht in Verbindung gebracht werden.

"Auch dienstliche E-Mail-Konten gehören dem Arbeitgeber – ohne Absprache dürfen diese Adressen nicht für Spenden- oder Demo-Aufrufe genutzt werden."

Selbst ein Whatsapp-Chat könne berufliche Folgen haben. So wurde 2023 einer Gruppe befreundeter Arbeitskollegen fristlos gekündigt, die sich beleidigend, rassistisch und sexistisch über Arbeitskolleginnen und -kollegen sowie Vorgesetzte geäußert hatte (Az.: 2 AZR 17/23).

Politische Äußerungen an der falschen Stelle können also arbeitsrechtliche Konsequenzen haben. "Denn überschreiten die Beschäftigten bestimmte Grenzen, darf der Arbeitgeber sie abmahnen und ihnen im Wiederholungsfall gegebenenfalls sogar kündigen – bei schweren Verstößen unter Umstän-

den sogar ohne vorherige Abmahnung fristlos", weiß Voigt. "Bei rassistischen oder antisemitischen Beleidigungen sind sogar fristlose Kündigung gerechtfertigt."

Neutralitätsgebot für Betriebsräte

Wichtig zu wissen: Für Betriebsratsmitglieder gelten besondere Vorschriften. "Laut Betriebsverfassungsgesetz müssen sie jede parteipolitische Betätigung am Arbeitsplatz unterlassen", sagt Voigt. Das betreffe nicht nur das Werben für eine bestimmte Partei. "Auch bei Veranstaltungen wie etwa Betriebsversammlungen dürfen sich Betriebsrätinnen und Betriebsräte nicht politisch äußern."

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz Paragraf 74 Absatz 2 gelte hier das Neutralitätsgebot, erklärt der Fachmann und verweist auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahr 1982, bei dem sogar das Tragen einer Anti-Atomkraft-Plakette als eine politische Betätigung gewertet und untersagt wurde. Voigt fasst zusammen: "Politische Statements am Arbeitsplatz müssen immer im konkreten Zusammenhang gesehen werden", so der Experte. "Meinungsäußerungen sind grundsätzlich erlaubt." Mit arbeitsrechtlichen Maßnahmen müsse man nur rechnen, wenn die politische Äußerung dem Ansehen oder dem Betriebsfrieden des Unternehmens schadet. "Wer innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums bleibt, hat in der Regel nichts zu befürchten."

Hier gibt es Infos und Hilfe

Als Mitglied der IGBCE hast du gewerkschaftlichen Rechtsschutz – du kannst dich jederzeit mit deinen Fragen und Problemen an deinen Bezirk wenden und wirst im Streitfall auch vom gewerkschaftlichen Rechtsschutz vor den Arbeits- und Sozialgerichten vertreten.

Samtweich trifft knallhart

Text Lars Ruzic

Profil · Februar | März 202





Weleda

Gründung 1921 (von Rudolf Steiner und Ita Wegmann)

SitzArlesheim bei Basel, SchweizRechtsformAG nach schweizerischem Recht,

nicht mitbestimmt

Eigentümer Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft

und Klinik Arlesheim (77 Prozent der

Stimmrechte), Rest Streubesitz

Umsatz 2022413,8 Millionen EuroVerlust 20226,1 Millionen Euro

Eigenkapitalquote 46 Prozent

Beschäftigte 2.500, davon 900 in Schwäbisch Gmünd



Weleda ist ein Unikum der Unternehmenswelt. Nicht unbedingt wegen seiner Produkte - Naturkosmetik und anthroposophische Arzneimittel stellen (inzwischen) auch andere her. Aber wegen seiner Geschichte, Kultur und Eigentümerstruktur. Mitgründer Rudolf Steiner ist der Vater der Anthroposophie – und Weleda Teil derselben spirituell-esoterischen Weltanschauung wie Waldorfschule, Demeter-Landwirtschaft und Eurythmie. Offizieller Unternehmenszweck: "Entfalten von Gesundheit und Schönheit im Einklang mit Mensch und Natur." Aktien und Stimmrechte dürfen bis heute nur an Mitglieder der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft abgegeben werden. Gewinne sind nur Mittel zum Zweck. Aber Verluste auf Dauer sind eben auch ein Problem: Vor wenigen Monaten hat Weleda deshalb mit Tina Müller eine schillernde Managerin an Bord geholt, die sich schon bei Henkel, Opel und Douglas einen Namen gemacht hat und die Weleda wieder in die schwarzen Zahlen führen soll. Das Unternehmen verkauft inzwischen in mehr als 50 Länder. Kernmärkte bleiben aber Deutschland, die Schweiz und Österreich. Der Standort in Schwäbisch Gmünd ist das operative Herz des Unternehmens. Nahezu alle Produkte entstehen im Osten Baden-Württembergs.



Betriebsklima

Die anthroposophische Unternehmenskultur sorgt für ein etwas familiäreres und entspannteres Betriebsklima als in börsennotierten Konzernen, sagen sie in Schwäbisch Gmünd. Man duzt einander. Dieses kollegiale Klima ist allerdings umso mehr auf die Probe gestellt, wenn es mal nicht rundläuft. Dass Weleda Kosten senken und Personal abbauen muss, sorgt für eine spürbare Verunsicherung im Unternehmen – nicht nur bei den Beschäftigten, sondern auch im Management.

Gut 80 Vollzeitstellen müssen abgebaut werden. Betriebsrat und IGBCE haben durchgesetzt, dass dies möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen und weitgehend über das Ausnutzen natürlicher Fluktuation vonstattengeht. Interessenausgleich und Sozialplan sind inzwischen vereinbart. Es ist vor allem den Belegschaftsvertretungen zu verdanken, dass dieser Abbau am Ende in geregelten Bahnen verlaufen wird.

Auch die freiwilligen Unternehmensleistungen sind in den vergangenen Jahren weniger geworden. Das betrifft nicht nur die Eurythmiekurse, sondern auch das Fahrgeld, das inzwischen für neue Mitarbeitende komplett gestrichen worden ist. Immerhin: Im Gegenzug für die Schließung des betriebseigenen Kindergartens gibt es von diesem Jahr an einen monatlichen Zuschuss zur Kinderbetreuung.



Arbeitsumgebung

Nein, in Schwäbisch Gmünd laufen sie nicht alle in wallenden Gewändern herum, rezitieren täglich Steiner und tanzen ihren Namen. Und auch in Bewerbungsgesprächen spielt die Anthroposophie keine Rolle. Einst gab es noch Eurythmiekurse während der Arbeitszeit, aber selbst die sind inzwischen gestrichen - aus Kostengründen. Und trotzdem spürt man bei Weleda allenthalben die Naturverbundenheit, die nicht nur Teil der steinerschen Lehre, sondern auch prägend für die Marke ist. Symbol dafür ist der mit 23 Hektar Fläche größte Heilpflanzengarten Europas, wo sie nach Demeter-Kriterien mehr als 800 Pflanzen anbauen, Ein Großteil davon wird zu Tinkturen für Arzneimittel und Kosmetikprodukte weiterverarbeitet. Er ist ein Grund. warum die Vielfalt der Berufe am Standort so groß ist: In Schwäbisch Gmünd gibt es nicht nur Apotheker*innen. Pharmakant*innen sowie Chemikant*innen, sondern auch Gärtner*innen, Bäcker*innen sowie Metzger*innen.

Ein weiteres Symbol ist das neue, klimaneutrale Logistikzentrum, bei dem die Hochregallager aus Holz sind und in den Wänden der Lehm aus der eigenen Baugrube verwendet wurde. Die Energie kommt aus Erdwärme und von Solaranlagen. Dieses ökologisches Vorzeigeprojekt hat das Unternehmen allerdings in finanzielle Nöte gebracht. Die Kosten sind aus dem Ruder gelaufen, sodass man zuletzt rote Zahlen geschrieben hat und nun Personal abbauen muss.



Mitbestimmung

Die 13 Frauen und Männer im Weleda-Betriebsrat sind im Unternehmen voll akzeptiert. Meist werden sie rechtzeitig und umfangreich eingebunden, wenn es um Belegschaftsbelange geht. Man begegnet dem Management auf Augenhöhe, das gilt auch für die neue Firmenchefin Tina Müller. Im Kontrollgremium von Weleda sind allerdings keine Arbeitnehmervertreter zu finden. Schwäbisch Gmünd ist rein formal nur eine Niederlassung der Schweizer AG - und die Eidgenossen kennen eine Unternehmensmitbestimmung wie in Deutschland nicht.

Gleich zu Beginn der Corona-Krise hat der Betriebsrat mit dem Unternehmen eine weitreichende Vereinbarung zum mobilen Arbeiten getroffen. Sie sieht vor, dass man - wo möglich - 50 Prozent der Arbeitszeit von zu Hause arbeiten kann, teilweise auch noch mehr. Gegen Workation, also dem Arbeiten aus dem Ausland, wehrt sich die Personalabteilung noch. Was es aber gibt, ist eine Betriebsvereinbarung zum "Kauf" zusätzlicher Urlaubstage. Bis zu 20 Tage im Jahr können Beschäftigte zusätzlich freinehmen, wenn sie entsprechend auf Lohn verzichten. Ein Angebot, das sich großer Beliebtheit erfreut.



Tarifbindung

So exotisch Weleda als Unternehmen auch daherkommen mag, als Arbeitgeber schwimmt es mit dem Strom. Für die Beschäftigten in Schwäbisch Gmünd gelten die Tarifverträge der chemischen Industrie in Baden-Württemberg. Damit hebt sich Weleda übrigens positiv ab von anderen Betrieben in der Region.

In der Belegschaft gibt es zudem einen großen Zuspruch zu den Vertrauensleuten der IGBCE. Das gilt mehr denn je in den aktuell unsicheren Zeiten für das Unternehmen. Insgesamt ist die Zahl der IGBCE-Mitglieder im Unternehmen in den vergangenen Jahren spürbar gestiegen. Auch im Weleda-Management will man die gewachsene Sozialpartnerschaft nicht missen.

Von vielen Tariferfolgen der Vergangenheit profitieren bei Weleda auch die außertariflich Beschäftigten. Das gilt beispielsweise für das Zukunftskonto oder die tarifliche Pflegezusatzversicherung. Insgesamt zeigt sich auch bei den tariflichen Angeboten, wie wichtig den Weleda-Beschäftigten eine ordentliche Balance zwischen Arbeit und Leben ist. Von der Möglichkeit, sich das Jahresguthaben des Zukunftskontos mit fünf zusätzlichen freien Tagen "auszahlen" zu lassen, machen gut drei von vier Beschäftigten Gebrauch.



Zukunftsfähigkeit

Nicht nur das Logistikzentrum ist für Weleda eine Großbaustelle, auch im operativen Geschäft ist noch einiges zu richten. Die Naturkosmetik leidet unter der Kaufzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher infolge der hohen Inflation. Außerdem haben inzwischen nahezu alle Discounter und Drogerieketten eigene Biomarken im Angebot, die deutlich günstiger sind und aggressiv vermarktet werden. Auf einen Preiskampf kann sich Weleda als das "Original" aber nicht einlassen. Die eigenen Ansprüche an ihre Produkte werden die Schwaben nie zum Kostenführer machen. Zudem hat Weleda das Onlinegeschäft lange links liegen gelassen, hier gibt es massiven Nachholbedarf.

Unter Druck ist auch das Geschäft mit den anthroposophischen Arzneimitteln. Zum Portfolio gehören mehr als 1.000 Produkte, die teilweise in manufakturähnlichen Stückzahlen und damit teuer hergestellt werden. Verschärfend kommt hinzu, dass die Bundesregierung Homöopathie und anthroposophische Arznei nicht mehr länger als Kassenleistung zulassen will, was für weitere Umsatzrückgänge sorgen könnte. Die neue Weleda-Chefin hat also einige Aufgaben vor sich, will sie das traditionsreiche Unternehmen wieder in die Spur bringen.



Unser Fazit

Ein Unternehmen, so samtweich wie die Haut, die gerade mit einem seiner Produkte eingecremt worden ist: Das ist das Bild, das Weleda als Arbeitgeber gefallen würde. Und tatsächlich sorgen die große Tradition, ein klarer Wertekanon und eine starke Arbeitnehmervertretung dafür, dass der Naturkosmetikhersteller seinen Beschäftigten eng verbunden ist. Wer sich der Anthroposophie nahe fühlt, ist dort ohnehin gut aufgehoben. Doch Weleda ist im Umbruch, muss sich mit hausgemachten Problemen, politischen Veränderungen und verschärftem Wettbewerb auseinandersetzen. Diese Kombination ist alles andere als zum Wohlfühlen.

Das sagt Weleda

Das Unternehmen betont seine hohen Nachhaltigkeitsstandards, "die auch den Aspekt der Arbeitsplatzqualität einschließen". Bei der Personalentwicklung lege man einen Fokus auf Persönlichkeits- und integrale Organisationsentwicklung. Besser werden könne man noch bei der Digitalisierung, und gerade breche man durch Reorganisation altes Silodenken auf.

Höheres Risiko für Frauen?

Text Katrin Schreiter - Illustration Karolina Zolubak

Im Notfall kann das Geschlecht einer erkrankten Person über Leben und Tod entscheiden. *Profil* erklärt, warum die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Medizin gravierende Folgen haben kann.



ie häufigste Todesursache in Deutschland - sowohl bei Männern als auch bei Frauen - ist eine Erkrankung des Herz-Kreislauf-Systems. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes starben allein im Jahr 2021 rund 273.800 Menschen daran. Doch bei Frauen liegt das Sterberisiko doppelt so hoch wie bei Männern, obwohl sie nur halb so häufig erkranken. Ein möglicher Grund ist der sogenannte Gender-Health-Gap - also fehlende geschlechtsspezifische medizinische Forschung, Lehre und Gesundheitsversorgung.

"Ob man eine Frau oder ein Mann ist, das spielt bei der medizinischen Versorgung leider immer noch eine große Rolle", sagt die Gendermedizinerin Sandra Eifert, die als Oberärztin am Herzzentrum Leipzig arbeitet. Die Expertin beschäftigt sich seit Jahren mit dem biologischen und dem sozialen Geschlecht aus medizinischer Sicht.

Gene und Chromosomen

Das biologische Geschlecht umfasst die körperlichen Merkmale wie Gene und Chromosomen, Anatomie, Hormone, Immunsystem und Stoffwechsel – all das ist im Erbgut festgelegt. "Männer haben ein X- und ein Y-Chromosom. Doch das Y-Chromosom ist viel kleiner. Es enthält nur 86 Gene. Auf dem X-Chromosom dagegen liegen um die 2.000 Gene, die unter anderem für das Immunsystem und die Gehirnentwicklung zuständig sind. Und Frauen haben zwei davon", erklärt Eifert.

Das soziale Geschlecht dagegen ergibt sich aus den gesellschaftlichen Normen, die von Rollenvorbildern und -erwartungen geprägt sind. Zum Beispiel, was typisch männlich oder weiblich in der Gesellschaft ist, aber auch Wahrnehmung von Gesundheit

und Krankheit sowie der Zugang zum Gesundheitswesen. "Frauen gehen häufig davon aus, dass die Beschwerden von allein wieder verschwinden – sie unterschätzen oft die Symptome. Außerdem nehmen sie generell weniger Medikamente ein als Männer", sagt Eifert.

"An den meisten deutschen Universitäten wird Gendermedizin bereits gelehrt, bis 2025 soll sie als Teil der ärztlichen Ausbildung in der Berufsordnung fixiert werden. Allerdings ist in der klinischen Medizin und in der medizinischen Forschung vielfach der Mann als Proband der Maßstab für Medikamentenentwicklung, Diagnose und Therapie", erklärt die Fachärztin. Frauen könnten im Zeitraum einer laufenden Studie schwanger sein oder werden, so die Argumentation. "Das sind zwar nachvollziehbare Argumente, doch die Resultate können unter Umständen fatal sein", kritisiert Eifert.

"Dass männliche Patienten mit ihren Symptomen und männliche Probanden mit ihrer Verträglichkeit für getestete Medikamente immer noch die Norm darstellen, kann zu einem erhöhten Gesundheitsrisiko für Frauen führen", sagt Jennifer Mansey, Bundesfrauensekretärin und Leiterin der Abteilung Frauen/Diversity bei der IGBCE. So würden Symptome, die von Frauen anders erlebt oder beschrieben werden, mitunter zu spät oder gar nicht erkannt.

Beispiel Herzinfarkt

Das Herz eines Erwachsenen pumpt täglich eine Blutmenge von vier bis sechs Litern wiederholt durch den Körper. Dafür benötigt es etwa 100.000 Schläge. Das weibliche Herz habe laut Eifert aber anatomische und physiologische Besonderheiten, die man bei den Symptomen, der Diagnostik und der Therapie beachten müsse. "Das Frauenherz ist etwas kleiner als das Männerherz und es ist nicht so kräftig. Es muss sich also mehr anstrengen."

Zudem gebe es auch hormonell entscheidende Unterschiede, weiß die Expertin: "Das Frauenherz ist viele Jahre vor allem durch das Geschlechtshormon Östrogen vor Erkrankungen geschützt. Östrogen verhindert Ablagerungen an den Wänden der arteriellen Blutgefäße und minimiert so das Risiko von Schlaganfall sowie Herzinfarkt. Außerdem hält das Hormon die Blutgefäße elastisch und reguliert den Blutdruck. "Das ändert sich mit den Wechseljahren, wenn die Produktion von Östrogen zurückgeht", sagt Eifert. "Die Elastizität der Gefäße nimmt ab, das gesundheitliche Risiko steigt."

Spezifische Symptome

Auch die Symptomatik bei einem Herzinfarkt sei im Geschlechtervergleich unterschiedlich: "Män-

> ner spüren den typischen Schmerz hinter dem Brustbein, der in den linken Arm, die Schulter sowie den Unterkiefer ausstrahlen kann. Frauen dagegen leiden oft an unspezifischen Symptomen Übelkeit. Erbrechen, Abge-

wie Übelkeit, Erbrechen, Abgeschlagenheit oder einem ausgeprägten Schwächegefühl", sagt Eifert.

"Deshalb ist es wichtig, dass die Medizin den Einfluss von biologischen sowie soziokulturellen Geschlechteraspekten auf Prävention, Entstehung, Diagnose, Therapie und Erforschung von Erkrankungen neu bewertet. Ziel muss sein, die Qualität der Gesundheitsversorgung für Frauen und Männer auf dasselbe Niveau zu heben", fordert Mansey.

Die Basis stimmt ab

Vom 1. März bis zum 30. Juni 2024 werden im ganzen Land die Vorstände in den IGBCE-Ortsgruppen neu gewählt. Nutze dein Beteiligungsrecht und wähle mit! Wenn du Lust hast, dich zu engagieren, kannst du dich natürlich auch zur Wahl aufstellen lassen.



Text Inken Hägermann

ie sind die starke gewerkschaftliche Gestaltungskraft der IGBCE in den Regionen: Rund 730 IGBCE-Ortsgruppen gibt es in ganz Deutschland - sie bilden in vielen Landesteilen das direkte lokale Bindeglied zwischen unserer Gewerkschaft und den Mitgliedern. Hier werden Anregungen und Vorschläge zu den verschiedenen sozialen, kommunalen und arbeitspolitischen Themen aufgegriffen und bei Problemfragen auf lokaler Ebene gemeinsame Lösungswege erarbeitet. Hier knüpfen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter persönliche Kontakte, pflegen Verbindungen zu regionalen Vereinen, Verbänden und Institutionen. Und hier treffen sich die IGBCE-Mitglieder außerhalb des Betriebs, etwa zu Jubilarfeiern, Ausflügen, Informationsveranstaltungen, politischen Diskussionen und, und, und.

Abhängig ist das Aktivitätslevel immer auch vom Engagement der Ehrenamtlichen innerhalb der Ortsgruppen - manche sind agiler, manche konzentrieren sich auf einige wenige Veranstaltungen. Die Ortsgruppen sind in vielen Regionen Vertretung der Gewerkschaft vor Ort - und ein Erbe der Bergbauindustrie. Bei der Fusion mit der IG Chemie-Papier-Keramik, die keine Ortsgruppen, dafür aber Vertrauensleute hatte, wurde beides beibehalten: Die IGBCE setzt heute auf Ortsgruppen und Vertrauensleute. Die Ortsgruppen arbeiten dabei eng mit ihrem jeweiligen IGBCE-Bezirk zusammen.

Vorstände werden neu gewählt

In diesem Frühjahr werden die knapp 7.800 Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen (knapp ein Viertel davon weiblich) neu gewählt: Vom 1. März bis zum 30. Juni sind deshalb die rund 310.000 IGBCE-Mitglieder, die in den Ortsgruppen organisiert sind, dazu aufgerufen, ihre Stimme abzugeben – oder sich selbst zur Wahl zu stellen, wenn man sich mehr für die Interessen der Beschäftigten und die gemeinsamen Werte in der gewerkschaftlichen Bewegung engagieren möchte. Bedarf für frische Kräfte gibt es auf jeden Fall: Das Durchschnittsalter der Ortsgruppenvorstände liegt aktuell bei 58 Jahren.

So steht auch in der Berliner IGBCE-Ortsgruppe Frequenz, die bis zum vergangenen Jahr VEAG Berlin hieß, "ein Generationenwechsel an, da müssen ein paar Jüngere ran, die Stück für Stück Aufgaben übernehmen", wie der aktuelle Ortsgruppenvorstand Andreas Tischner erklärt. Man habe bereits einige mögliche Kandidatinnen und Kandidaten vor Augen, die gut passen würden. "Da werden wir ins



Enge Zusammenarbeit: Winfried Zenk (links) und Andreas Tischner von unterschiedlichen Berliner Ortsgruppen mit den IGBCE-Kolleginnen Annika Helle (links) und Susanna Martinez aus dem Bezirk Berlin-Mark Brandenburg.

Gespräch gehen", sagt Tischner, der sich nicht noch einmal für das Amt bewirbt. Rund 450 Mitglieder zählt die Ortsgruppe, rund 100 Neueintritte wurden im vergangenen Jahr verzeichnet. Die seien im Wesentlichen auf die gute Arbeit der IGBCE-Mitglieder beim Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, der zuletzt einen starken Personalaufbau vermeldete, zurückzuführen, so Tischner.

Die IGBCE sichtbarer machen

Mehr als die Hälfte der Ortsgruppenmitglieder ist – wie Andreas Tischner selbst – bei 50Hertz beschäftigt. Der Netzbetreiber mit Sitz in Berlin ist ein Nachfolgebetrieb der alten VEAG, die kurz nach der Jahrtausendwende in verschiedene Unternehmen aufgeteilt wurde. Seit Corona, so berichtet der 62-Jährige, seien die Aktivitäten der Ortsgruppe etwas zurückgefahren worden. Doch das soll sich in diesem Jahr ändern,

um den Mitgliedern wieder mehr zu bieten und die IGBCE auf lokaler Ebene sichtbarer und nahbarer zu machen. Man habe eine eigene Website für die Ortsgruppe aufgebaut

> Da müssen ein paar Jüngere ran.

Andreas Tischner, Vorstand der Ortsgruppe Frequenz

und außerdem schon reichlich Ideen gesammelt für neue Veranstaltungen, wie etwa Kinoabende, Exkursionen oder Besuche, beispielsweise im Energiemuseum. Denkbar seien auch Infoveranstaltungen zur Rente oder Verkehrsschulungen. Für die jüngeren Mitglieder würde man vielleicht wieder wie schon 2023 ein abendliches Volleyball-Event auf die Beine stellen. In den kommenden Wochen allerdings sei man noch viel mit den Wahlen der Ortsgruppenvorstände beschäftigt. Immerhin: Die ersten Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlvorstand hat man schon beisammen, berichtet Tischner.

Die Vorbereitung der Wahlen ist aktuell natürlich auch in den anderen Ortsgruppen ein bestimmendes Thema. Doch nach dem Urnengang an der Basis werden sie sich wieder dem widmen, was ihre eigentliche Aufgabe ist: dem direkten Kontakt zu den Mitgliedern. Sie bieten nicht nur Veranstaltungen und Ausflüge, sondern bilden den gewerkschaftlichen Diskussions- und Debattenraum auf lokaler Ebene.



Rund 70 Teilnehmende besuchten die Sozialpartnertagung in Karlsruhe.

Der Weg ist das Ziel

In Karlsruhe trafen sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber, um gemeinsame Wege für eine erfolgreiche Transformation der chemischen Industrie im Land auszuloten.

Text Axel Stefan Sonntag

en Chemie-Sozialpartnern im Land ist klar: Ihr
Industriezweig steht mit
der Transformation vor
massiven Veränderungen, die es
dringend zu gestalten gilt. Grund
genug für die IGBCE Baden-Württemberg und den Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg,
im Rahmen der jüngsten Sozialpartnertagung Ansätze und Denkanstöße hierfür zu entwickeln.

Dass der Handlungsdruck groß ist, bewies die vom Bundesarbeitgeberverband Chemie vorgestellte Studie "Chemie-Arbeitswelten 2030". Verschiedene durchgespielte Szenarien prognostizieren teilweise negative Auswirkungen auf die Anzahl der Arbeitsplätze - insbesondere in den Bereichen Verwaltung sowie Forschung und Entwicklung. In diesem Zusammenhang appellierte Nils Hindersmann, Leiter Politik und Internationales in der IGBCE-Hauptverwaltung, an die Arbeitgeber: "Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit wird sein, den Personalbedarf der nächsten zehn Jahre zu kennen und zu wissen, wie Beschäftigte zu qualifizieren sind. Ein Problem ist jedoch, dass es in der Realität häufig keine erkennbare Personalplanung gibt oder manchmal eben nicht für jeden Einzelnen klar ist, wohin der Weg am Arbeitsplatz führt."

Beim Gelatine- und Kollagenhersteller Gelita ist man da schon einen Schritt weiter: Das Unternehmen entwickelte eine Aufbauqualifizierung, bei der sich derzeit zwölf Produktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu Maschinen- und Anlagenführern und -führerinnen weiterbilden. Der Blockunterricht (480 Unterrichtseinheiten) findet im Werk Eberbach statt. "Die strategische Personalplanung ist fester Bestandteil unserer Unternehmensprozesse", betont Stefan Metter-Kaller, Personalmanager für gewerbliche und technische Ausbildung. Das Unternehmen greift bei der vorgestellten Maßnahme auf die Möglichkeiten zurück, die das Qualifizierungschancengesetz bietet.

Auch die Miro-Raffinerie setzt beim Thema Bildung an. "Mit unserem Umschulungskonzept für Chemikantinnen und Chemikanten können wir flexibel auf kurzfristigen Personalbedarf reagieren und stellen langfristig die Besetzung unserer Produktionsarbeitsplätze sicher, Unsere Umschülerinnen und Umschüler arbeiten während der Maßnahme bereits auf Schicht", berichtet Ausbildungsleiter Mathias Wayand. "Auf diese Weise verdoppeln wir die Ausbildungskapazität für Chemikantinnen und Chemikanten und garantieren gleichzeitig ein hohes Qualifizierungsniveau."

Für Unternehmen, die sich dem Strukturwandel oder der Transformation stellen müssen, sind finanzielle Zuschüsse möglich. "Viele wissen gar nicht, was der Staat alles fördert", so Mathias Voigt, Projektleiter beim Qualifizierungsförderwerk Chemie. Er stellte das zwischen den Chemie-Sozialpartnern vereinbarte, zunächst befristete Projekt der Qualifikation von Vertrauensleuten der IGBCE zu Weiterbildungsmentorinnen und -mentoren vor.

Für Betriebsratsmitglied Maximilian Hahn von Roche ist entscheidend, die Menschen bei den "allgegenwärtigen Veränderungen" mitzunehmen und zu motivieren. "Wir müssen unsere Arbeitszeit- und Schichtmodelle so gestalten, dass alle stolz darauf bleiben, bei Roche zu arbeiten." Hahn sieht gerade in Konzernstrukturen das Problem, "Dinge nur aus dem Blickwinkel von oben nach unten zu denken."

Landesbezirksleiterin Catharina Clay betonte, die Transformation gemeinsam mit Beschäftigten und Betrieben zum Vorteil aller entwickeln zu wollen. Clay sagte aber auch: "Wenn wir die Bedingungen dazu gestalten wollen, brauchen wir eine große Tarifbindung."





Oben: Die Chemie-Sozialpartner Catharina Clay und Björn Sucher. Nils Hindersmann (unten) trat ein für mehr Strategie in der Personalplanung.





Aktive Mitglieder in der IGBCE: Vedran Kahrimanovic (oben, Unilever) sowie Kirsten Lindner (Viscofan) und Maximilian Hahn (Roche).

Kornwestheim

Stolzer Jubilar

Einen ganz besonderen Ehrentag feierte Paul Schmidt, Mitglied in der Ortsgruppe (OG) Heilbronner Unterland (Foto, Mitte): Vor 80 Jahren trat er in die Gewerkschaft ein. Der ehemalige hauptamtliche Kollege entschied sich mitten in der NS-Diktatur dazu, aufrecht zu bleiben. Denn trotz der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten gab es weiterhin standhafte Kolleginnen und Kollegen, die sich tatsächlich für den Schutz der Beschäftigten einsetzten - und nicht Mitglied von gleichgeschalteten Pseudoorganisationen wurden. Diesen Mut würdigten Bezirksleiter Andreas Klose (rechts) und OG-Vorsitzender Stefan Kühnel.



Freiburg

Neue Bezirksleiterin

Sonja Dif ist neue Leiterin des Bezirks Freiburg. Der Bezirksvorstand wählte sie einstimmig in das Amt. Nach Stationen in Köln und München war sie jeweils rund drei Jahre lang in den Bezirken Halle-Magdeburg und Berlin-Mark Brandenburg tätig sowie kommissarische Leiterin des Bildungszentrums Kagel-Möllenhorst. "Praxistauglich, betriebsnah, mitgliederorientiert: Das beschreibt mein Verständnis von lebendiger Gewerkschaft", sagt sie.

Zwei für sie wichtige Vorhaben, die sie in Südbaden vorantreiben will, sind, die Mitgliederstärke und die Sichtbarkeit der Gewerkschaft in den Betrieben weiter auszubauen. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der Personengruppen- und Bildungsarbeit liegen. "Ich gestalte gern und wünsche mir von unseren Mitgliedern, dass sie auch mitgestalten. Unser Motto "Mit.Mut.



Sonja Dif (Mitte) mit Landesbezirksleiterin Catharina Clay (rechts), dem Bezirksvorsitzenden Ralf Wittmann und Petra Hartwig.

Machen.' braucht ein großes Wir. Dafür können und sollen sich alle einbringen, ich freue mich auf die Zusammenarbeit."

Sonja Difs Vorgängerin in Freiburg, Petra Hartwig, ist in den Bezirk Kassel gewechselt. ■

Finningen

Bezirk Ulm ehrt langjährige Mitglieder

Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die seit 25, 40, 50 und 60 Jahren Mitglied sind, würdigte der Bezirk Ulm bei seiner Jubilarfeier. Francesco Grioli, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IGBCE, dankte gemeinsam mit Bezirksleiter Julian Liebner und Bezirksvorstandsvorsitzender Nicole Weiss den treuen Mitgliedern. Die Drei-Mann-Kapelle Kaos plus Duo sorgte für bunte Unterhaltung. Tatkräftig unterstützte die Ortsgruppe Göppingen/Eislingen, die einen Bus für die Jubilarinnen und Jubilare ihres Einzugsgebiets organisierte.





Oben: Ex-Ausbilder Manfred Wöhlermann (Mitte) mit Ex-Azubis von BI Pharma Biberach. Unten: Jubilare (60 Jahre) Manfred Wöhlermann, Karl Michelberger (Mitte).

Freiburg

Mit Elan

Der Bezirk Freiburg blickt auf eine erfolgreiche vierteilige Frauenseminarreihe "That's me and us!" im vergangenen Jahr zurück. Gewerkschafterin Silke Gray zeigt sich auf der Karriereplattform Linkedin mehr als zufrieden: "So was von erfolgreich abgeschlossen", lobt sie das Konzept. "Mir hat es aufs Neue gezeigt, wie wichtig Gewerkschaften sind, wie froh ich bin, Mitglied zu sein und dadurch die Möglichkeit zu haben, mitzubestimmen", schreibt sie überzeugt.



Waldachtal

Mit Zukunft

Wie wichtig Ausbildung für Röchling Medical ist, machte der Betriebsrat in einer Betriebsversammlung klar. Nicht nur mit dem ausgerollten Banner "Ohne Ausbildung keine Zukunft" (Foto), sondern auch mit Übergabe des Motto-T-Shirts an die Geschäftsleitung. Die unterstützte spontan die Aktion und gab ein klares Bekenntnis zum Thema Angebot an Ausbildungsplätzen am Standort ab.



Zum neuen Jahr

Catharina Clay

Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein spannendes Jahr 2024 liegt vor uns! Wir starten in die Wahlen für unsere demokratischen Strukturen. Ein Schwergewicht dabei sind unsere Vertrauensleute in den Betrieben – sie sind das Gesicht unserer IGBCE. Sie entscheiden im Alltag darüber, wie uns alle Beschäftigten als Gewerkschaft wahrnehmen. Sie machen unsere IGBCE zu einer Gestalterin der Zukunft im Interesse der Menschen. Unsere gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind die Garanten für eine Transformation, die soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit für ein gutes Leben im Fokus hat. Mit ihnen gestalten wir aber ebenso die Gesellschaft. Dazu gehören auch unsere tatkräftigen Ortsgruppenmitglieder, die eine starke gewerkschaftliche Gestaltungskraft in ihren Regionen sind.

99

Unsere Mitglieder sichern sozialen Frieden.

Gemeinsam mit unseren Vertrauensleuten gehen wir in drei Tarifrunden, die unter nicht ganz leichten Rahmenbedingungen stattfinden. Gleichwohl erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen, dass die Arbeitgeber ihre Beiträge zur Zukunftssicherung mindestens angemessen honorieren. Dazu gehört insbesondere die Anerkennung, dass es Gewerkschaftsmitglieder sind, die gute Arbeitsbedingungen schaffen – auch und vor allem in der Konkurrenz um die Arbeitskräfte. Es sind die Mitglieder der IGBCE, die für einheitliche, faire und transparente Standards in den Branchen sorgen und damit den Arbeitgebern relativen sozialen Frieden sichern – allerdings nicht um jeden Preis. Die Arbeitgeber tun sich schwer damit, Mitgliedern der IGBCE ihren Beitrag zur Stabilität gesondert zu honorieren. Damit fordern sie uns alle heraus, unsere bewährte Sozialpartnerschaft auf den Prüfstand zu stellen.

Daneben haben uns die Menschen in unserer Mitgliederbefragung zurückgemeldet, dass die Themen Arbeitsverdichtung und Möglichkeiten der zeitlichen Entlastung für sie deutlich an Priorität gewonnen haben. Und natürlich sind unsere Mitglieder auch von steigenden Preisen betroffen und brauchen einen Ausgleich dafür. Wie wir diese Themen in den Betrieben und in den Tarifrunden bewegen – das werden wir gemeinsam mit unseren Tarifkommissionen, Vertrauensleuten und den gewerkschaftlichen Betriebsräten erörtern.

Ich bedanke mich bei allen, die mit uns gemeinsam in ein Jahr 2024 gehen, in dem wir uns für Gute Arbeit für ein gutes Leben mit unserer Gewerkschaft starkmachen werden. Ich freue mich auf euch!

Gerechte Forderung

Im zähen Ringen um einen neuen Tarifvertrag in der bayerischen Kunststoffindustrie weicht die IGBCE-Tarifkommission nicht von ihrer Forderung ab.

Text und Fotos Michael Kniess



Das Paket mit verschiedenen
Bestandteilen aus Inflationsausgleichsprämie, tabellenwirksamer
dauerhafter Komponente mit möglichst kurzer Laufzeit bleibt dabei
standhaft das Ziel. Umrahmt und
unübersehbar in Szene gesetzt wurde
die Forderung durch eine imposante Bilderstrecke, die den Weg der
Tarifkommission der Arbeitgeberseite zum Verhandlungsraum zierte:
Unzählige Kolleginnen und Kollegen

aus den Betrieben unterstreichen mit ihren Rückenfotos: "Wir stehen Seite an Seite. Diese Rücken tragen die Forderung. Auf diesen Schultern lastet die Inflation besonders. Auf diesen Rücken tragen wir zum Erfolg der Firma bei."



Gerd Hammerl, stellvertretender Landesbezirksleiter und Verhandlungsführer

Die Arbeitgeberseite dagegen sah sich bis dato nicht in der Lage, ein verhandlungsfähiges Angebot zu unterbreiten. Während sie bislang mit Verweis auf die drückende Kostenlast durch Rohstoff- und Energieversorgung, generell schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie große Lohnkostenanteile



mauert, unterstreicht Gerd Hammerl: "Die Kunststoffbranche im Freistaat blickt - allen Herausforderungen und Schwierigkeiten zum Trotz - mehrheitlich optimistisch auf das Jahr 2024. Davon sollen und müssen insbesondere auch die Beschäftigten der unteren und mittleren Einkommen profitieren." Der Verhandlungsführer und stellvertretende Landesbezirksleiter der IGBCE in Bayern sagt weiter: "Die Kolleginnen und Kollegen erwarten ein gutes Stück mehr Geld im Portemonnaie, und die meisten haben es in Zeiten. in denen in ihrem Leben alles rasant teurer geworden ist, schlichtweg bitter nötig."

Die IGBCE-Forderung bei einer Laufzeit von maximal zwölf Monaten im Einzelnen: eine Lohn- und Gehaltssteigerung (inklusive Auszubildendenvergütung), die unter Berücksichtigung von sozialen Komponenten wie beispielsweise einer Inflationsausgleichsprämie die Kaufkraft der Beschäftigten wiederherstellt. Die tabellenwirksame dauerhafte Komponente soll bei Vollzeitarbeitskräften mindestens 350 Euro, bei Auszubildenden 200 Euro umfassen.







Unübersehbar in Szene gesetzt: Bei der Kunststofftarifrunde fordert die IGBCE Bayern eine deutliche dauerhafte Lohn- und Gehaltssteigerung sowie eine Inflationsausgleichsprämie.

Nach den ersten beiden intensiven Verhandlungsrunden betont Gerd Hammerl: "Unsere Forderungen sind nicht nur berechtigt, sondern auch gerecht. Die Beschäftigten in der Kunststoff verarbeitenden Industrie müssen von ihrer Arbeit leben können und sind derzeit großen und existenzgefährdenden Belastungen ausgesetzt. Gleichzeitig sind sie es, die mit ihrer Arbeit Tag für Tag dafür sorgen, dass die Unternehmen die Herausforderungen unserer Zeit meistern und ihre Innovationskraft erhalten können." Die Beschäftigten hätten vor dem Hintergrund der gestiegenen Verbraucherpreise und des Kaufkraftverlusts zudem kaum "Kostensparpotenziale" und könnten dem nur mit einem Instrument entgegnen: den Wert der Arbeitskraft zu steigern.

Während die Arbeitgeberseite um Verhandlungsführer Walter Vogg, Geschäftsführer im Verband der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Bayern e.V., die IGBCE-Forderungen angesichts der wirtschaftlichen Lage und Leistungsfähigkeit der Unternehmen als nicht erfüllbar bezeichnet, gibt IGBCE-Verhandlungsführer Gerd Hammerl zu bedenken: "Auch in der Kunststoff verarbeitenden Industrie suchen die Unternehmen bereits heute händeringend nach Beschäftigten und können offene Stellen nicht mehr besetzen. Wenn sich die Branche nicht abhängen lassen möchte, braucht es wettbewerbsfähige und attraktive Arbeits- und Verdienstbedingungen. Ein entsprechender Tarifabschluss ist deshalb eine vorausschauende und notwendige Investition in die Zukunft."

Sein Zwischenfazit: "Wir wollen mit dem Forderungspaket wichtige Akzente setzen und insbesondere für unsere Mitglieder die Arbeits- und damit letztlich auch die Lebensbedingungen nachhaltig sichern." Einen wichtigen Beitrag, um die Forderung weiter zu bekräftigen, leisteten die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben mit vielfältigen Aktionen unter dem Motto "Wir müssen sichtbar und laut sein" in der Zeit bis zur dritten Verhandlungsrunde Ende Januar (nach Redaktionsschluss). "Gemeinsam", so der Tenor und das Signal in Richtung Arbeitgeberseite, "schultern wir das."



Verhandlungsführer Gerd Hammerl: "Unsere Forderungen sind nicht nur berechtigt, sondern auch gerecht."

Burgkirchen an der Alz

"Kampflos geben wir den Standort nicht auf"



Rund 700 Menschen demonstrierten für den Fortbestand von Dyneon.

Es war eine Hiobsbotschaft für die Dyneon-Beschäftigten und den gesamten Chemiepark Gendorf mit Auswirkungen auf Deutschland und ganz Europa: Am 20. Dezember 2022 hatte der Technologiekonzern 3M verkündet, die Produktion von Fluorpolymeren im oberbayerischen Burgkirchen an der Alz zu schließen. Grund sei die zunehmende Diskussion um ein Verbot sogenannter Ewigkeitschemikalien - kurz PFAS. Anlässlich des Jahrestags der Bekanntmachung der Schließung des Dyneon-Werks versammelten sich rund 700 Beschäftigte, Angehörige sowie Freundinnen und Freunde vor dem Dyneon-Zentraltor.

Die zentrale und unmissverständliche Botschaft der

emotionalen und aufgeheizten Kundgebung, zu der der IGBCE-Bezirk Altötting eingeladen hatte: Kampflos geben wir den Standort nicht auf. Auf der Bühne ein Sarg mit Dyneon-Aufschrift und ein "Sensenmann" im 3M-Kostüm, sinnbildlich für das Verhalten des Chemiekonzerns. Dazu Trauermusik, gespielt von einer Kapelle. Im Beisein von zahlreichen Politikerinnen und Politikern sowie Michael Schnabl, Betriebsratsvorsitzender des Chemiestandortbetreibers Infraserv, und Günter Zellner, Geschäftsführer des DGB Bayern für die Region Oberbayern, machte Peter Engel, Dyneon-Betriebsratsvorsitzender, unter anderem die gesellschaftliche Bedeutung von

Fluorpolymeren klar: "Kein Toaster, kein Handy, kein Flugzeug – nichts funktioniert ohne Fluorkunststoffe."

Jonas Lang, kommissarischer Bezirksleiter der IGBCE Altötting, nahm 3M um Vorstandschef Mike Roman in den Fokus: "Mike Roman verhält sich fast wie ein Betonkopf." In Richtung Management fügte er hinzu: "Brecht diesen Beton auf. Verhandelt mit Kaufinteressentinnen und -interessenten und sprecht mit uns über den Fortbestand des Standorts." Auch die IGBCE möchte die Politik noch einmal wachrütteln, sich Gedanken über die Bedeutung der deutschen Produktion von Fluorpolymeren zu machen: "Gute Nacht, wenn ich daran denke, dass in Zukunft USA, China und Indien darüber entscheiden, wie wir mit Fluorpolymeren versorgt werden. Nach der Gasabhängigkeit schlittern wir nun in die nächste Abhängigkeit." Ganz zu schweigen von den Umweltstandards, die in Deutschland gelten und in anderen Teilen der Welt nicht so hoch sind.

Den Schlusspunkt der Kundgebung setzte ein Gänsehautmoment: Alle Teilnehmenden ließen gemeinsam symbolisch für die absurden Pläne von 3M die Lichter eines zuvor entzündeten Meers aus Handylichtern ausgehen.

Fürth

"Entgeltgleichheit bekämpft Rentenlücke"

Ganz im Zeichen des siebten IGBCE-Frauentags stand der Jahresabschluss des Landesbezirksfrauenausschusses, zu dem die Teilnehmerinnen kurz vor Weihnachten in Fürth zusammenkamen. Vom 30. Mai bis zum 1. Juni treffen sich in Hannover Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet unter dem Motto "Fair wandeln – wir gestalten die Transformation geschlechtergerecht", um wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen.

Auch die bayerischen IGBCE-Frauen werden mit einem eigenen Workshop, den sie im Rahmen ihres Zusammenkommens vorbereiteten, die gleichstellungspolitischen Herausforderungen und Chancen der Transformation der Arbeitswelt mit ihrem Input in den Blick nehmen. Ihr Leitsatz dabei lautet: "Entgeltgleichheit bekämpft Rentenlücke."

Augsburg

Der Ball liegt auf dem Spielfeld

Synlab MVZ spielt mit dem Feuer. In den aktuellen Tarifverhandlungen gibt es von der Arbeitgeberseite keine Bewegung. Um ein letztes Stoppschild und ein deutliches Zeichen zu setzen, veranstaltete der IGBCE-Bezirk Augsburg am Tag der dritten Tarifrunde Ende November auf dem Synlab-Campus in Augsburg, dem deutschen Hauptsitz des Diagnostikspezialisten, eine tarifpolitische Mittagspause. "Es war eine gelungene Aktion und wir konnten für Aufsehen sorgen", resümiert Gewerkschaftssekretär Tobias Schrall. "Dennoch hat die Arbeitgeberseite es noch immer nicht verstanden."

Die IGBCE fordert für die 3.500 Beschäftigten von Synlab MVZ in Deutschland (davon allein in Augsburg mehr als 200) eine Erhöhung der Vergütungen um elf Prozent, mindestens aber 380 Euro, eine Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 35 Euro pro Tag und einen Mitgliedervorteil für alle IGBCE-Mitglieder. IGBCE-Verhandlungsführer Marc Welters stellt klar: "Wir haben einen maßvollen Tarifabschluss angeboten. Das aktuelle Angebot der Arbeitgeberseite spiegelt in keiner

Weise die Leistungen der Mitarbeitenden wider." Nach dem letztendlichen Scheitern der Tarifverhandlungen hat die IGBCE für Ende Januar zu Warnstreiks an den Standorten in Augsburg und Weiden in der Oberpfalz aufgerufen (nach Redaktionsschluss dieser Seiten). Mehr dazu auf Seite 24.



Auf dem Synlab-Campus: Die IGBCE Augsburg setzt ein deutliches Zeichen.

Bezirk München

Am Puls der Mitglieder

Wie kann die IGBCE ihre Wahrnehmung im Betrieb, bei den Mitgliedern und Funktionärinnen und Funktionären verbessern? Unter anderem mit dieser wichtigen Frage beschäftigt sich der IGBCE-Bezirk München in engem Austausch mit Bezirksvorstand, Funktionärskonferenz und engagierten Mitgliedern seit einiger Zeit. Kernstück dieser Diskussionen war eine Onlinemitgliederbefragung mit anschließenden Foren und Workshops. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Es gibt jedoch auch einige Punkte, in denen vor allem die Bekanntheit der Leistungen verbessert werden kann.

So zeigt sich ein Großteil der Beteiligten zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit des IGBCE-Bezirks

München, allerdings waren vielen Mitgliedern die zahlreichen Leistungen der Zukunftsgewerkschaft gar nicht bekannt. Ein weiterer Aspekt: Die Mitglieder sind grundsätzlich mit der Betreuung durch die IGBCE sehr zufrieden. Viele wünschen sich aber mehr und insbesondere vorab angekündigte Termine im Betrieb, um sich mit den betreuenden Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretären austauschen zu können.

Als Konsequenz informiert der Bezirk künftig noch gezielter über die Leistungen der IGBCE. "Zudem werden wir zukünftig unsere Mitglieder vorab über Betriebsbesuche informieren, damit sie die Möglichkeit haben, mit uns gezielter in Kontakt zu treten", so Bezirksleiterin Astrid Meier. Eine weitere Anregung sind praktische Erfolgsbeispiele zur plakativen Darstellung der Vorteile einer Mitgliedschaft.

"Der Bezirk wird diese Themen gezielt aufnehmen und gemeinsam mit unseren engagierten Ehrenamtlichen die offenen Punkte anpacken und Lösungen erarbeiten", resümierte Meier auf der Funktionärskonferenz 2023, die ein Höhepunkt der Diskussionen war. Die Bezirksleiterin zeigt sich sehr zufrieden mit dem angestoßenen Projekt: "Das positive Feedback und insbesondere die hohe Anzahl an aktiv Beteiligten zeigen uns, dass der Bezirk München diese Art von Austausch mit den Mitgliedern unbedingt regelmäßig durchführen muss."





Digital – und gut

In den Branchen der IGBCE schreitet die Digitalisierung rasant voran. Mit ihr sind Chancen verbunden und auch Risiken. Damit die Digitalisierung für die Beschäftigten in Hessen und in Thüringen gut wird, treibt die IGBCE eine Reihe von Projekten voran.

Text Wolfgang Lenders

ie Arbeitswelt verändert sich dramatisch: Bereits seit mehreren Jahrzehnten übernehmen Computer mehr und mehr Aufgaben. Neue Entwicklungen haben dabei die Digitalisierung immer wieder vorangetrieben. Die weite Verbreitung schneller Internetverbindungen etwa, die Einführung von Smartphones und – im vergangenen Jahr – die enormen Verbesserungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI). Einen zusätzlichen Schub hat die Digitalisierung durch

die Corona-Pandemie bekommen: Mit einem Mal waren etwa Onlinebesprechungen und das Arbeiten im Homeoffice Mittel zum Schutz der Gesundheit.

Für die Beschäftigten ist die Digitalisierung eine riesige Chance – und zugleich eine große Bedrohung. Das Ziel von Gewerkschaften wie der IGBCE ist es deshalb, die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie den Menschen nutzt. Dazu steht ihr eine Vielzahl von Mitteln zur Verfügung. Ein Beispiel: Wo digital gearbeitet wird, fallen in der Regel auch Daten

an, mit denen der Arbeitgeber seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwachen kann. Ob solche zum Teil sehr persönlichen Daten erhoben werden dürfen, hängt normalerweise davon ab, ob die Betriebsräte zustimmen. Allerdings ist es nicht immer einfach, zu erkennen, welche Daten problematisch sein könnten. Deshalb schult die IGBCE Betriebsräte, damit sie kompetent von ihrem Recht Gebrauch machen können.

Ein ganz wichtiger Punkt: die Ausbildung. Die IGBCE hat bei DQC-Net mitgearbeitet, einem Netzwerk für

Etwa beim Bildungsdienstleister Provadis: Er erprobt mit dem Tool Active Training 4.0, wie sich Anlagenteile oder Produktionsbetriebe für die Ausbildung digitalisieren lassen. Auf den Webseiten kann jede und jeder selbst ausprobieren, wie es ist, in einem digitalen Technikum zu lernen. Man kann durch die Räume der Anlage wandern, die technischen Unterlagen und Sicherheitshinweise durchsehen, sich von der Ausbilderin erklären lassen, wofür einzelne Teile der Anlage gut sind, und Azubis über die Schulter gucken, wenn sie einen chemischen Prozess zu früh starten, wobei ein giftiges Gas entsteht. Und natürlich kann man erfahren, wie sie mit dem Fehler umgehen. Immer wieder muss man dabei Fragen beantworten, die überprüfen, ob man das Präsentierte verstanden hat.

Die IGBCE will die Digitalisierung im Sinne ihrer Mitglieder gestalten. Ein Weg in Hessen: der im Jahr 2018 gegründete Rat für Digitalethik, in dem die IGBCE - vertreten durch Landesbezirksleiterin Sabine Süpke – als einzige Gewerkschaft Mitglied ist. Er berät die Hessische Landesregierung bei Projekten zur Digitalisierung. Der Rat hat sechs Leitgedanken formuliert, damit die Digitalisierung ein Erfolg wird: 1. Digitalen Wandel begreifen, reflektieren und gestalten. 2. Veränderungsbereitschaft und Eigenverantwortung fördern. 3. Innovative Lernkonzepte fördern und Lernnetzwerke stärken. 4. Zugang zu neuen digitalen Technologien ermöglichen. 5. Mehr Freiräume für Innovation und Kreativität schaffen, 6. Soziale Sicherungssysteme im digitalen Wandel weiterentwickeln.

3 Fragen an...

Michael Reinhart

Reinhart war bis Ende 2023 Fachsekretär für Digitalisierung und Industrie 4.0 im Landesbezirk.



Ist die Digitalisierung auf dem richtigen Weg?

Bis jetzt sind die negativen Prognosen nicht Realität geworden. Dass Millionen Arbeitsplätze wegfallen, dass die Arbeitslosenquote in die Höhe schießt – das erleben wir zum Glück nicht. Die Unternehmen haben eher Systeme eingeführt, die eine höhere Effizienz ermöglichen, eine bessere Effektivität, und die Unterstützung in den Arbeitsprozessen bieten. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass durch Automatisierung in unseren Branchen schon in den 1980er- und 1990er-Jahren einiges gelaufen ist.

Es heißt immer, wir müssen die Menschen mitnehmen. Funktioniert das?

Die meisten Betriebe haben da keine Strategie. Es wird punktuell weitergebildet, wenn es an einer Arbeitsstelle notwendig ist. Das ist schade. Unsere Umfrage "Monitor Digitalisierung" hat gezeigt, dass unsere Mitglieder der Entwicklung gegenüber sehr positiv eingestellt sind und willens, sich weiterzubilden. Sie sehen Vorteile für sich durch die Digitalisierung. Das muss man nutzen und die Qualifizierungsmaßnahmen ausbauen. Wichtig ist, auf die Zielgruppen angepasste Bildungsangebote zu entwickeln. Ältere Kolleginnen und Kollegen muss man anders ansprechen als die jüngeren.

Ein riesiges Thema ist zurzeit künstliche Intelligenz (KI). Worauf müssen wir da achten?

Wir hoffen, dass KI als unterstützende Technologie genutzt wird. Sie kann helfen, aber die endgültige Entscheidung muss bei Menschen liegen, die kompetent sind und auch die Verantwortung für ihre Entscheidungen tragen können. Wenn KI dazu dient, die Beschäftigten zu entlasten, sodass sie sich auf andere Dinge konzentrieren können, ist das eine gute Sache. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass KI nur so gut ist, wie es die Daten sind, mit denen sie gefüttert wird. Wir haben schon gesehen, dass KI sexistisch oder rassistisch unterwegs sein kann. So etwas müssen wir verhindern!

Prozent mit gutem Gefühl

74 Prozent der Befragten beim "Monitor Digitalisierung" der IGBCE (2022) hatten große Zuversicht in den und Zutrauen beim eigenen Umgang mit digitalen Technologien. ■

Rosenthal am Rennsteig

Rein in den Tarif

Die Beschäftigten von Mercer Holz in Rosenthal am Rennsteig wollen einen Tarifvertrag. Deshalb hat die IGBCE die Geschäftsführung aufgefordert, in Verhandlungen dazu einzutreten. Ein erstes Gespräch war für den 6. Februar geplant. Die zum Mercer-Konzern gehörende, bislang nicht tarifgebundene GmbH kümmert sich um Holzlogistik; die Beschäftigten in Rosenthal beliefern die dortige Papierfabrik, für die es einen Tarifvertrag gibt. "Die Kolleginnen und Kollegen sind Bestandteil der Wertschöpfungskette in der Papierproduktion", sagt Andreas Schmidt, Leiter des Bezirks Thüringen und für die Verhandlungen mit dem Unternehmen zuständig. Für Mercer Holz Rosenthal arbeiten rund 100 Beschäftigte. Schmidt: "Wir sind dort sehr gut organisiert. Das gibt uns die Stärke, nun einen Tarifvertrag durchzusetzen."

Marburg

Büro gut angenommen

Vier Monate nach der Eröffnung des neuen Außenbüros am Standort Behringwerke in Marburg zieht der Bezirk Mittelhessen eine erste positive Bilanz: "Das Büro wird gut angenommen", sagt Bezirksleiterin Anne Weinschenk. "Wir haben zahlreiche Gespräche mit unseren Mitgliedern am Standort geführt, gute Anregungen für unsere Arbeit erhalten und einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen helfen können." Am Standort Behringwerke arbeiten etwa 7.000 Beschäftigte, unter anderem bei Unternehmen wie CSL Behring, GSK, Siemens Healthcare und Biontech.

Wiesbaden

Das wird 2024 wichtig

Viel steht in diesem Jahr im Landesbezirk Hessen-Thüringen an. Die größten Themen im Überblick.

Chemie-Tarifrunde: In den kommenden Monaten finden die Tarifverhandlungen für die chemische und die pharmazeutische Industrie statt, die zahlenmäßig größte Branche im Landesbezirk. Im Vorfeld wird die IGBCE die Forderungsempfehlung mit den Mitgliedern diskutieren und mit Aktionen vor den und während der Verhandlungsrunden Druck machen.

Organwahlen: In den Ortsgruppen werden in diesem Jahr die Vorstände neu gewählt, ebenso in den Vertrauenskörpern in den Betrieben. Das heißt: Kandidatinnen und Kandidaten finden, die bereit sind, sich für ihre Kolleginnen und Kollegen zu engagieren und frei werdende Posten in den Gremien zu übernehmen. Die IGBCE-Mitglieder auf die Wahlen aufmerksam machen. Im Nachhinein die neu gewählten Mitglieder schulen, damit sie fit sind für ihre Arbeit.

Landtagswahl in Thüringen: Die Wahl am 1. September ist kritisch für die Zukunft des Landes. Vom Ausgang hängt ab, wie die Industriepolitik gestaltet wird - und wie gut sich die Interessen der Beschäftigten vertreten lassen. Der IGBCE-Bezirk Thüringen wird die Wahl begleiten und Forderungen an eine künftige Landesregierung formulieren. Zum 24. August wird die IGBCE eine Industriepolitische Konferenz im Volkshaus in Sömmerda mit Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Parteien organisieren. Thema unter anderem: Standortsicherung.

Darmstadt

IGBCE diskutiert mit Studierenden

Im Darmstädter Gewerkschaftshaus haben sich am 12. Dezember Studierende aus dem Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Darmstadt und Vertreterinnen und Vertreter der IGBCE getroffen. Ziel der Kooperationsveranstaltung war es, mit den Studierenden die vielfältigen Veränderungen und Herausforderungen der Arbeitswelt in Gegenwart und Zukunft zu diskutieren.

In praktischen Übungen setzten sich die Studierenden mit arbeitsweltlichen Szenarien auseinander. Was sind Kriterien von Guter Arbeit? Welche Bedeutung hat dieses Konzept im Wandel der Arbeitswelt? Welche Rolle spielen Unsicherheiten durch Digitalisierung sowie veränderte wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen? Mit Blick auf ihre Zukunft erkannten sie



Die Studierenden im DGB-Haus.

die Vorteile tarifgebundener Unternehmen: eine im Schnitt kürzere Arbeitszeit, ein höherer Verdienst und bessere Arbeitsbedingungen.

Ins Leben gerufen haben die Kooperation Jürgen Glaser, bis Ende 2023 Bezirksleiter Darmstadt, und Dr. Tilmann Drebes von der Hochschule Darmstadt. Die IGBCE plant, auch künftig mit dem Fachbereich Wirtschaft zu kooperieren. ■

Schenklengsfeld

600 bei Neujahrstreffen mit Vassiliadis und Ramelow



Volle Halle: Beim Neujahrstreffen des IGBCE-Bezirks Kassel kamen rund 600 Menschen zusammen.

Großer Andrang beim Neujahrstreffen des IGBCE-Bezirks Kassel: Am 27. Januar füllten rund 600 Menschen die Großsporthalle in Schenklengsfeld – Mitglieder aus dem Bezirk, Helferinnen und Helfer sowie Gäste. Für den Landesbezirk Hessen-Thüringen war Leiterin Sabine Süpke vor Ort.

Hauptredner war der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Vor dem Hintergrund der vor Kurzem bekannt gewordenen Pläne von AfD-Politikern, Millionen Menschen aus Deutschland zu vertreiben, rief er die Versammelten dazu auf, für Demokratie und demokratische Freiheitsrechte einzustehen. Vassiliadis: "Wir haben viel zu verlieren. Wir kämpfen aber für das, was wir haben. Und für eine bessere Zukunft. Dafür gibt es Konzepte, Ideen und unsere IGBCE."

Bei dem Treffen erhielt Michael Vassiliadis die höchste Auszeichnung des Bundes Deutscher Bergmanns-, Hütten- und Knappenvereine: Der Vorsitzende Bernd Stahl überreichte ihm die Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitglied.

Das Treffen besuchten eine Reihe hochrangiger Politikerinnen und Politiker: Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee, die hessische Arbeitsministerin Heike Hofmann, die Landräte Torsten Warnecke vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg und Reinhard Krebs, Landrat des Wartburgkreises.

In einem Grußwort ging Bodo Ramelow auf die Zukunft des Kalibergbaus und seine Bedeutung für die Region ein. Er betonte den Zusammenhalt der Menschen in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Er rief sie ebenfalls dazu auf, sich gegen rechts einzusetzen. "Diese Region ist eine starke Region. Die Menschen in der Region lassen sich nicht auseinanderdividieren. Und auch nicht gegeneinander ausspielen."

Bei der Veranstaltung vollzog der Bezirk einen Generationenwechsel: Nachdem der langjährige Bezirksleiter Friedrich Nothhelfer - der in den Ruhestand geht - die einleitenden Worte gesprochen hatte, übergab er symbolisch die Schlüssel an seine Nachfolgerin Petra Hartwig, die seit Anfang Januar im Amt ist. Sie betonte, wie viel ihr persönlich diese Arbeit bedeutet. "Für mich ist der Bezirk Kassel etwas ganz Besonderes", sagte sie in ihrer Rede. "Er verbindet wie kein anderer Tradition und Moderne. Die Branchenvielfalt ist einzigartig." Auch sie rief die Mitglieder dazu auf, sich politisch zu positionieren - etwa bei der Europawahl im Juni. "Geht wählen! Kein Fußbreit dem Faschismus!"

Während der Rede von Petra Hartwig präsentierten Jugendliche zwei bunte Schautafeln mit einer Botschaft gegen rechts, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der JAV-Konferenz des Landesbezirks im Januar gestaltet hatten. ■

Offen reden

Sie sind erste Ansprechperson im Betrieb und oft Motor für Veränderungen: gewerkschaftliche Vertrauensleute. Ab März werden die neuen Gremien gewählt.

Text Michaela Ludwig



ie kommenden Monate werden spannend: Die Chemie-Tarifverhandlungen stehen vor der Tür. Für die Vertrauensleutekörper in den Betrieben des Landesbezirks wohl die intensivste Zeit ihrer vierjährigen Wahlperiode. "Wir können direkten Einfluss nehmen, indem wir ein Mitglied für die Tarifkommission entsenden. Darüber hinaus wird unser Gremium eigene Forderungsempfehlungen formulieren, die in den Forderungsbeschluss auf Landesbezirksebene einfließen", erläutert Tanja Penkwitt, stellvertretende Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers von Albemarle in Langelsheim. "Danach sind wir gefragt, die Informationen aus den Verhandlungen an die Belegschaft zurückzugeben und, wenn nötig, Betriebsaktionen zu organisieren."

Die 35-jährige Chemikantin blickt gespannt auf ihre erste Tarifrunde, die sie als Vertrauensfrau begleitet. Nach 17 Jahren in allen Schichtsystemen kennt sie die meisten ihrer Kolleginnen und Kollegen persönlich – und diese sie. Eine gute Voraussetzung für das Engagement als Vertrauensfrau. Wichtig findet Tanja Penkwitt, zuzuhören, wo der Schuh drückt, und

77 Nichts für Duckmäuser.

Maik Sokoliß, Remondis Industrie Service

auch die scheinbar kleinen Dinge ernst zu nehmen. Denn häufig verbergen sich dahinter größere Probleme. "Es liegt dann in unserer Verantwortung, dranzubleiben und sie an die entsprechenden Stellen – Vorgesetzte, Geschäftsführung oder Kolleginnen und Kollegen – heranzutragen."

Die Vertrauensleute von Vishav Siliconix um Christian Mönch haben ihre ersten Haustarifverhandlungen beim Halbleiterkonzern am Standort Itzehoe gerade hinter sich. Mit gutem Ergebnis: Ab 2024 erhalten die rund 500 Beschäftigten erstmals Weihnachtsgeld, das bis 2026 auf die Höhe eines vollen Monatsgehalts angehoben wird. Als Mitglied der Tarifkommission saß der 51-jährige Anlagenführer am Verhandlungstisch und hat mit dem Arbeitgeber "auf Augenhöhe verhandelt". Er ist stolz darauf, für die Kolleginnen und Kollegen "so viel erreicht zu haben". Schließlich waren sie es, die das Gremium mit den Verhandlungen beauftragt haben. "Das zeigt ihnen noch einmal die Bedeutung des Vertrauensleutekörpers." Der wurde erst



Bestens gerüstet und hoch motiviert für eine erneute Kandidatur: Die Vertrauensleute Maik Sokoliß, Tanja Penkwitt und Christian Mönch (von links).

vor zwei Jahren auf Initiative des langjährigen Betriebsrats gewählt. Durch den guten Abschluss, so hofft er, melden sich weitere Freiwillige für das Ehrenamt. Denn nach den Wahlen werden zwei weitere Forderungen der Mitglieder verhandelt, "dicke Bretter", so Christian Mönch: Arbeitszeitverkürzung und ein neues Entgeltgitter.

Beim Entsorgungsunternehmen Remondis Industrie Service in Bramsche ist ein Vertrauensleutekörper noch Zukunftsmusik. Maik Sokoliß ist jedoch fest entschlossen, ein Gremium zu gründen. "Wir brauchen einen besseren Informationsfluss zwischen Arbeitgeber, Vorgesetzten und Beschäftigten", ist der 52-jährige Hofwart überzeugt. Zwar übernehme der Betriebsrat viele Aufgaben der Vertrauensleute, doch in speziellen Fragen wie Stellenumbesetzungen seien ihm aufgrund seiner Verpflichtung zur Verschwiegenheit die Hände gebunden. Da

könne eine Vertrauensperson die Kolleginnen und Kollegen enger begleiten. Auch die zahlreichen Integrationsmitarbeitenden bei Remondis bräuchten mehr persönliche Unterstützung. Von der Notwendigkeit dieser gewerkschaftlichen Ansprechpartnerinnen und Anprechpartner im Betrieb versucht Maik Sokoliß nun seine Kolleginnen und Kollegen in zahlreichen Gesprächen zu überzeugen. Erste

Interessierte hat er bereits gewonnen. "Wir sind gewerkschaftlich gut aufgestellt, haben einen guten Organisationsgrad", so der Gewerkschafter. "Viele schreckt jedoch der Arbeitsaufwand ab." Eine weitere wesentliche Voraussetzung für das Amt müsse seiner Meinung nach außerdem gegeben sein: "Für Duckmäuser und Jasager ist das nichts. Man muss den Mut haben, den Mund aufzumachen!"

Vertrauensleutegremien stellen sich im Landesbezirk zur Wahl.

Hamburg

Bewegung durch Warnstreiks

Mit dieser starken Gegenwehr hatte die Unternehmensführung des Hamburger Kunstharzherstellers Allnex, der bis Mitte des Jahres geschlossen werden soll, nicht gerechnet: Nach vier Warnstreiks bei teilweise eisigen Temperaturen hat der Arbeitgeber in den seit Monaten stockenden Sozialplanverhandlungen Mitte Januar ein stark verbessertes Angebot vorgelegt, das "endlich die Tür für konstruktive Gespräche öffnet", zeigte sich Betriebsbetreuerin Ute Sierck erleichtert. "Der Arbeitgeber hat in schwierigen Verhandlungen sein Budget für Abfindungen und Rentenansprüche der Kolleginnen und Kollegen deutlich erhöht und dafür auch eine feste Zusage gegeben."

Die genaue Ausgestaltung müsse jetzt verhandelt werden. Dennoch werteten Tarif- und Verhandlungskommission die Erhöhung des Budgets als positives Signal und beschlossen eine Aussetzung weiterer Warnstreiks. "Dieses Ergebnis hätten wir ohne die Entschlossenheit und die Solidarität dieser sehr gut organisierten Belegschaft nicht erreicht", betont Betriebsbetreuerin Ute Sierck.



Von Erfolg gekrönt: Die Warnstreiks der Allnex-Beschäftigten.

Hamburg

Zuversicht und Wehrhaftigkeit



Landesbezirksleiter Ralf Becker: "Die Rechten sind weder eine Alternative noch eine Basis für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft."

Trotz Kriegen, wirtschaftlichen
Turbulenzen und dem Erstarken der
Rechten rief IGBCE-Chef Michael
Vassiliadis beim Neujahrsempfang
des Landesbezirks in Hamburg
zu Zuversicht, aber auch zu Wehrhaftigkeit auf. Stark besorgt über
die wachsenden Zustimmungsraten für die AfD äußerte sich auch
IGBCE-Landesbezirksleiter Nord
Ralf Becker vor rund 500 Gewerkschaftsmitgliedern. Zukunftsängste
und finanzielle Sorgen hätten
bereits die breite Mitte der Gesellschaft erreicht. Das machten sich

populistische Kräfte zunutze. Becker machte deutlich, dass "die Rechten weder eine Alternative noch eine wie auch immer definierte Basis für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft" seien.

Gewerkschaftschef Michael Vassiliadis warnte angesichts der aktuellen Krisen und Unsicherheiten vor einer Weltuntergangsstimmung. "Die Welt geht nur unter, wenn wir nicht aufstehen und uns wehren!" Die Unternehmen im Lande forderte er eindringlich auf, sich gegen Rassismus zu positionieren.

Oldenburg

Helfer im Dauereinsatz

Christian Eiting blickt auf 21 Tage im Dauereinsatz zurück. Seit Heiligabend hat der THW-Helfer mit 150 Freiwilligen in seiner Heimatstadt Oldenburg dem Hochwasser getrotzt. Vom Arbeitgeber freigestellt, hat das aktive Ortsgruppenmitglied in Zwölf-Stunden-Schichten die technische Einsatzleitung der Feuerwehr unterstützt. "Ich habe die Berichte unserer Ehrenamtlichen über die Pegelstände

entgegengenommen und die Verteilung der Sandsäcke an

die durchweichten und bedrohten Deiche organisiert", berichtet der 33-Jährige. Mit Erfolg: Kein Deich ist gebrochen, die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner blieben von Wasserfluten verschont. "Es ist schön, zu helfen und die Dankbarkeit der Menschen zu spüren." Göttingen

Entlassung statt Entlastung

Was als Entlastung der Laborbeschäftigten angekündigt war, führt zu zahlreichen Entlassungen: Der medizinisch-diagnostische Dienstleister Amedes baut in Göttingen sein bundesweit modernstes Labor,

> in dem ein Großteil der Arbeitsabläufe automatisiert wird. Erst im Oktober hat die Unternehmensführung mitgeteilt, bis zum vierten Quartal 2025 ganze 465 Vollzeit-

stellen abzubauen, insgesamt zehn Prozent der derzeit rund 4.400 Beschäftigten.

Laut Uta Kolaßa werde jeder zweite Arbeitsplatz im Labor wegfallen. Die Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats hält Automatisierungen im Labor für grundsätzlich wichtig, um angesichts des Fachkräftemangels wettbewerbsfähig zu bleiben.
Jedoch kritisiert sie, dass Betriebsräte und Gesamtbetriebsrat im
Vorfeld "nicht rechtzeitig und
umfassend über den tatsächlichen
Umfang der Automatisierung
und den möglichen Einsatz von
künstlicher Intelligenz informiert"
wurden. Dabei sind derartige Maßnahmen mitbestimmungspflichtig.

Auch deshalb fordert sie die Begleitung der Transformationsprozesse durch die Betriebsräte sowie die aktive Mitgestaltung der Arbeitswelt von morgen. "Grundlegend dafür sind gut geschulte Betriebsräte", so Kolaßa. Nicht weniger wichtig sei die Schulung der Mitarbeitenden, etwa aus der IT, über deren Informationspflichten gegenüber dem Betriebsrat. Aktuell verhandeln Unternehmensführung und Betriebsrat Interessenausgleich und Sozialplan.

Stade

Hexcel: Rückhalt organisiert

Sebastian Studders und seine Kolleginnen und Kollegen haben das Ziel fest vor Augen. "Wir wollen 2024 einen guten Entgelttarifabschluss erzielen", betont der Betriebsrat von Hexcel, dem Kunststoffproduzenten am Standort Stade. "Dafür brauchen wir einen starken Rückhalt in der Belegschaft." Die notwendigen Voraussetzungen hat das siebenköpfige Team mit der Sommer-Werbeaktion des Bezirks Hamburg-Harburg geschaffen: In zahlreichen Gesprächen konnte der Betriebsrat die Kolleginnen und Kollegen von den Vorteilen eines Gewerkschaftseintritts überzeugen.

"Die Mehrleistungen einer Mitgliedschaft wie Bildungsurlaub,

Rechtsschutz und Freizeitaktivitäten, aber auch der Grundgedanke der Solidarität sind gute Argumente", sagt Studders. Auch zahlreiche ehemalige Gewerkschaftsmitglieder konnten sie zurückholen – mit dem Ziel, "sie dieses Mal auch nach Abschluss bei der Stange zu halten".

Bis Mitte Januar sind 33 Mitgliedsanträge eingegangen, damit hat Hexcel einen Organisationsgrad von weit über 50 Prozent. Nachdem im Januar die Tarifkommission gewählt worden ist, sei der Weg nun frei für Verhandlungen, bestätigt der zuständige Betriebssekretär Hans-Werner Svensson. "Wir wollen eine branchengerechte und zeitgemäße Entgelterhöhung." Brunsbüttel

Langjährige Mitglieder geehrt

Vor rund 55 Gästen hat die Ortsgruppe Brunsbüttel im Oktober im Elbeforum ihre Jubilarinnen und Jubilare geehrt. Der stellvertretende Bezirksvorstandsvorsitzende Jörg Behrens dankte ihnen für ihre 25- bis 60-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft.

In seiner Rede ging Behrens auf die bevorstehenden Chemie-Tarifverhandlungen ein und erinnerte an die Bedeutung und den Wert von Tarifverträgen: "Nur sie schützen die Beschäftigten vor der Willkür der Arbeitgeber und sorgen für bessere Arbeitsbedingungen. Gehälter sind sicherer und in der Regel höher als ohne Tarifvertrag." Da heute nur noch jeder zweite Betrieb tarifgebunden ist, appellierte der Gewerkschafter an alle Anwesenden und Mitglieder, für jeden einzelnen Tarifvertrag zu kämpfen.



Auf der Jubilarehrung in Brunsbüttel appellierte der stellvertretende Bezirksvorstandsvorsitzende, für jeden Tarifvertrag zu kämpfen.

Richtigstellung

In der Dezember/Januar-Ausgabe der *Profil* wurde das Glaswerk Ardagh in der Aufmachergeschichte auf den Seiten 52–53 irrtümlich in Neuenkirchen angesiedelt. Selbstverständlich produziert das Unternehmen in Obernkirchen.



Bayer bildet jedes Jahr eine Vielzahl von jungen Menschen in unterschiedlichen naturwissenschaftlichen, technischen sowie kaufmännischen Berufen aus. Zwei Auszubildende arbeiten hier mithilfe einer Bedienungsanleitung in einem Labor.

Wenn die Chemie stimmt

Brille, Scheitel, zuversichtliches Lächeln: Marten Kaffler (21) erzählt von seiner Berufswahl, der Gewerkschaft und der Generation Z.

Text Karin Aigner

olltreffer! Nach seinem dualen Studium in Informatik bei Bayer in Berlin wurde Marten Kaffler direkt von dem Unternehmen unbefristet übernommen. Der Beweis, dass die Berufsaussichten für Mitarbeitende in der Chemieindustrie sehr gut sind. Jetzt steht auf der Visitenkarte des jungen Mannes "Digital Solution Engineer" und er arbeitet als

Entwickler für Digitalisierung im Produktionsbereich.

Gebürtig aus Lübben (Spreewald), wurde Marten Kaffler schon kurz vor dem Abitur klar, dass er später etwas mit Informatik und Technik machen möchte. "Ein Vollzeitstudium schloss ich aus, da es mir zu theoretisch erschien – ich wollte nicht drei oder fünf Jahre studieren und erst dann ins Berufsleben eintauchen.

Ein duales Studium erschien mir perfekt."

Auf einer Stuzubi-Messe in Berlin wurde er auf Bayer aufmerksam und wusste sofort: Das ist sein Ding! "Ich habe mich genau im richtigen Augenblick entschieden. Denn in einem großen und internationalen Unternehmen stehen die Türen weiter offen als in kleineren Softwarebuden oder bei regionalen

Dienstleistern." Außerdem war nach einigen Informationsgesprächen klar, dass man sich bei Bayer auch nach der Ausbildung sehr gut weiterentwickeln und in die verschiedensten Branchen reinschnuppern kann.

Auf die Frage, wie zuversichtlich er in seine berufliche Zukunft sieht, reagiert der 21-Jährige ernst, aber lächelnd: "Ich verstehe Menschen, die angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland Unsicherheit verspüren. Wenn man dann auch noch die finanzielle Lage und die Umstrukturierungen bei Bayer betrachtet, können sich diese Gefühle noch verstärken. Ich bin jedoch der Ansicht, dass junge und engagierte Menschen stets einen attraktiven Arbeitsplatz finden werden. Aktuell fällt mir keine Branche ein, die nicht dringend nach qualifiziertem Personal sucht. Gerade in der IT passiert so viel, dass für diese Transformationsprozesse ständig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt werden. Daher blicke ich sehr zuversichtlich auf meine zukünftige Karriere."

Die stellt sich Marten Kaffler so vor, dass er mal mehr Verantwortung innerhalb der Abteilung bekommt und Experte für bestimmte Sachverhalte wird, später vielleicht sogar die Personalverantwortung übernimmt. Er weiß genau, dass es noch ein weiter Weg ist, auf dem ihm nichts in den Schoß fallen wird. Deshalb zählt er dabei auch auf die Gewerkschaft. von der er sich noch viele Kampagnen wünscht, die auf die Qualifizierung von jungen Leuten abzielen und die es schaffen, heimische Unternehmen an den Industriestandort Deutschland zu binden.

Danach gefragt, ob der sogenannten Generation Z, zu der er gehört, die Work-Life-Balance wichtiger sei als die Arbeit, wie es häufig heißt, antwortet der Digital Solution Engineer: "Das ist für mich ein sehr spannendes Thema. Ich beobachte in meinem Umfeld durchaus, dass viele junge Leute heutzutage weniger kompromissbereit sind, wenn es um Überstunden, Vorgaben zu Homeoffice und so weiter geht. Jedoch verstehe ich auch den Wunsch nach flexiblen Arbeitszeiten und einer guten Work-Life-Balance. Letztendlich kommt es den Unternehmen ja auch zugute, wenn die Beschäftigten mit Spaß bei der Arbeit sind und dadurch produktiver arbeiten. Ich sag mal so: Verschiedene Werte schließen einander ja nicht



Alle suchen qualifiziertes
Personal

Marten Kaffler

zwangsläufig aus. Anerkennung im Beruf und Sicherheit bleiben für viele junge Menschen ein wichtiges Kriterium, genauso wie genügend Freizeit neben dem Beruf. Da sind verschiedene Arbeitsmodelle gefragt."

Das für sich passende hat Marten Kaffler bereits gefunden. Der begeisterte Hobbysportler will in zwei Jahren neben seinem Job noch seinen Master (in Teilzeit) machen. Außerdem träumt er davon, die Welt zu bereisen.

Vertrauensleutewahlen 2024

Der Dank motiviert

Vom 1. März bis zum 30. Juni 2024 finden die Vertrauensleutewahlen statt. Petra Minde ist seit 2016



als Vertrauensfrau Schnittstelle zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft, seit 2022 ist sie Betriebsratsvorsitzende bei der Boryszew Kunststofftechnik Deutschland GmbH in Gardelegen. Sie weiß, was eine gute Vertrauensperson ausmacht: "Sie muss zuhören und rechtzeitig auch die Zwischentöne erkennen können. Schließlich sind es existenzielle Anliegen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen auf uns zukommen. Außerdem ist es wichtig, für andere einzustehen, bei Rückschlägen gemeinsam aufzustehen und immer für alles offen zu bleiben. Man darf nicht vergessen, dass es überall auch Beschäftigte gibt, die sich nicht trauen, etwas zu sagen!"

Auf die Frage, ob es ein dankbarer Job ist, lacht sie: "Es ist vor allem ein ehrenamtlicher Job, was viele gar nicht wissen. Außerdem begreift man schnell, dass man es nicht allen recht machen kann. Aber alles, was zählt, ist ein ,Danke, dass du mir geholfen hast!', das mich immer wieder aufs Neue anspornt." Eine große Wertschätzung sieht Petra Minde auch darin, wenn Kolleginnen und Kollegen bei einem Arbeitskampf geschlossen hinter den Vertrauensleuten stehen, wie zum Beispiel im Juli 2022 bei einem 24-Stunden-Streik. "Ich selbst versuche, Menschen immer über ihre Wünsche nachdenken zu lassen, und frage dann, wie sie - oder wir - diesen Wunsch erreichen können. Nur wenn man Dinge selbst hinterfragt, kann es gemeinsame Lösungen geben."

Jänschwalde

Zukunft bei der LEAG

Große Beteiligung an einer von der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) organisierten Infoveranstaltung: Als Gäste sorgten die Ausbildungsleitung, der Betriebsrat und die IGBCE für einen regen Austausch zu Themen rund um die Zukunftsperspektive der LEAG-Ausbildung. "Wir freuen uns, dass die Ausbildungsleitung und der Betriebsrat signalisiert haben, dass die Ausbildung bei der LEAG eine Zukunft hat. Die Modernisierung der Ausbildungsstätte Schwarze Pumpe ist dafür ein gutes Zeichen", sagt Kathleen Kessler (JAV LEAG).



Jänschwalde

Letzte Schicht

Mit vielen Emotionen wurde am 23. Dezember 2023 nach fast 50 Jahren im brandenburgischen Jänschwalde der reguläre Betrieb im Braunkohletagebau beendet. Bergleute des Kraftwerkbetreibers LEAG übergaben nach ihrer Schicht das symbolische letzte Stück Kohle aus dem Tagebau an Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, der die Arbeit der Bergleute würdigte.



5 Fragen an...

Stephanie Albrecht-Suliak

Die Landesbezirksleiterin Nordost spricht über ihre ersten 100 Tage im Amt.

Wie hast du die ersten 100 Tage im neuen Amt erlebt?

Abwechslungsreich, dynamisch und aufregend. Ich war in meinen ersten 100 Tagen vor allem in den Regionen unterwegs, der Kilometerstand meines Autos ist sprunghaft angestiegen. Ich kenne den Landesbezirk aus meinen vorherigen Tätigkeiten, doch der Radius und die Verantwortung sind jetzt anders. Ich lerne weiterhin jeden Tag neue Kolleginnen und Kollegen kennen, ich besuche die Betriebe der Mitglieder in meinem Landesbezirksvorstand und der Tarifkommission Chemie Nordost, die Antrittsgespräche mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und den für Wirtschaft, Arbeit und Soziales zuständigen Landesministerinnen und -ministern in den fünf ostdeutschen Bundesländern finden in diesen Wochen statt, ich spreche mit Netzwerkpartnern vor Ort und der regionalen Presse.

Was war die größte Herausforderung während dieser Zeit?

Der Landesbezirk ist durch seine Struktur und die vielen Herausforderungen sehr unterschiedlich. Es ist und bleibt sicherlich eine zentrale Herausforderung, die Vielzahl der Themen zu priorisieren. Die Industrie- und die Tarifpolitik haben meine absolute Aufmerksamkeit. Wir wurden mit der geplanten Schließung des Reifenwerks von Goodyear in Fürstenwalde konfrontiert und kämpfen nun auf den unterschiedlichen Ebenen um jeden Arbeitsplatz.

Was war dein wichtigstes Learning?

Jeder Tag ist anders und eröffnet mir die Möglichkeit, neue Dinge zu lernen. Das zu akzeptieren und als persönliche Chance zu betrachten macht die Arbeit auf jeden Fall leicht(er) und effektiver.

Was wünschst du dir für die Zukunft bei der IGBCE Nordost?

Ich möchte die starke Mitgliederentwicklung verstetigen und als Zukunftsgewerkschaft IGBCE in den Belegschaften sichtbar sein. Daran arbeiten wir konsequent – und wir werden es schaffen.

Welche Themen spielen 2024 eine Rolle?

Wir starten in die Tarifrunde Chemie 2024, in wirtschaftlich angespannter Zeit. Die Energiewende braucht jetzt Tempo und Konkretisierung in den Regionen. Zudem stehen für unseren Landesbezirk wichtige Wahlen in den Kommunen, in den Bundesländern und in Europa an. Es wird noch mehr darum gehen, aufzuzeigen, wie die Themen zusammengehören und welche Bedeutung eine starke IGBCE für eine erfolgreiche und solidarische Zukunftsgestaltung hat.

Tarifmeldungen

Wasserwirtschaft – Bau und Service Leipzig: insgesamt +2,5 Prozent und +275 Euro, insgesamt circa +17 Prozent für Azubis, 1.500 Euro Inflationsausgleichsprämie, 750 Euro für Azubis, auf 21 Monate. Chemie – Hirsch Porozell: insgesamt +6,5 Prozent, bis zu 1.500 Euro Inflationsausgleichsprämie, auf 11 Monate. Energie – Envia Tel: insgesamt +4,5 Prozent und 260 Euro, insgesamt +250 Euro für Azubis, 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie, für Azubis 2.100 Euro, auf 18 Monate.

Lausitz

Lass uns reden

Der Bezirksfrauenausschuss Lausitz lädt mit einer tollen Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 9. März ein. Gestartet wird im Suhler Klubhaus in Schwarze Pumpe ab 10 Uhr mit einem Frauenfrühstück. Danach liest Nicole Stange aus ihrem Buch "Wie man mit Männern spricht". Sie vermittelt praxiserprobte Strategien für eine einfache Verständigung zwischen Frau und Mann, damit

die Botschaften unmissverständlich ankommen. Voraussetzung: eine präzise, klare und direkte Ausdrucksweise mit Respekt und einer achtsamkeitsfördernden inneren Haltung.

Außerdem gibt es einen Beitrag zum Thema "Demokratie braucht Demokratinnen" und einen Mitbringbasar. Anmeldungen sind noch bis 22. Februar 2024 möglich.



Dresden-Chemnitz

Erfolgreicher Polit-Talk



Interessante Diskussionsrunde.

Mehr als 20 Mitglieder folgten am 9. Januar der Einladung der Frauen und der Jugend des Bezirks Dresden-Chemnitz zum ersten Politik-Talk 2024. Im rustikalen Ausflugsrestaurent Waldmax wurde mit Kathrin Michel (Mitglied des Bundestags, SPD) und Lars Rohwer (Mitglied des Bundestags, CDU) lebhaft über die aktuell brennendsten Themen diskutiert.

Berlin

Tarifrunde Chemie 2024: Mitmachen!

Wir als Landesbezirk bereiten uns auf eine äußerst schwere Tarifrunde. Chemie vor. Absprachen aus der letzten Tarifrunde zur Steigerung der Attraktivität einer Mitgliedschaft sind ins Stocken geraten. Bereits vor Beginn der Tarifrunde sprechen die Arbeitgeber von einer "Tarifrunde im Krisenmodus", gleichzeitig loben sie den "effizientesten und nützlichsten Umgang" zwischen den Tarifparteien.

"Ich sehe da einen inhaltlichen Konflikt, der es nötig macht, dass wir neue Wege in der Tarifrunde gehen", sagt Boris Loew, Tarifkoordinator

im Landesbezirk. Deshalb haben sich neben der Tarifkommission engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu einem Strategieworkshop getroffen. Hierbei wurden Möglichkeiten besprochen, in der Chemieindustrie wieder an Mitgliederstärke zu gewinnen und damit durchsetzungsfähiger zu werden.

Nach dem zentralen Beschluss über die Forderungsempfehlung am 30. Januar fasst die Tarifkommission Nordost ihren Forderungsbeschluss am 22. März. Die erste regionale Tarifverhandlung ist am 25. April.

Leipzig

Neuer Bezirksleiter

Seit 1. Januar ist Jan Melzer neuer Bezirksleiter in Leipzig. Er war zuletzt als stellvertretender Bezirksleiter in Halle-



Magdeburg erfolgreich tätig. Als Gewerkschaftssekretär war Ian Melzer neben der Betriebsbetreuung insbesondere für die Erschließung neuer Betriebe und die Herstellung der erstmaligen Tarifbindung zuständig.

Leipzig/Berlin-Mark Brandenburg/Halle-Magdeburg

Personalkarussell

 Seit dem 1. Januar 2024 verstärkt Florian Hüfner als Gewerkschaftssekretär den Bezirk Halle-Magdeburg. Zuvor war er im Bezirk Leipzig tätig. 2 Zeitgleich hat **Ulf** Brinkmann. bisher Potenzialsekretär im Bezirk Dresden-Chemnitz, seine Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär im Bezirk Leipzig begonnen. 3 Außerdem



hat Oliver Ehlert, bisher Mitarbeiter für

Betriebsentwicklung im Bezirk Dresden-Chemnitz, seine Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär im Bezirk Berlin-Mark Brandenburg aufgenommen.





Gesicht der IGBCE im Betrieb: Vertrauensleute machen Lärm für gute Gewerkschaftsarbeit.

Vertrauensleute im Fokus

Zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2024 stehen die Wahlen der Vertrauenskörper an. Im Landesbezirk Nordrhein wählen die Belegschaften in den Betrieben ihre neuen Vertrauensleute (VL). Und sie legen damit einen wichtigen Grundstein für die Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahre.

Text Leo Kölzer – Foto Frank Rogner

ine Gewerkschaft kann
ohne ihre Mitglieder nicht
leben. Einen Kernbestandteil der IGBCE bilden dabei
die Vertrauensleute im Betrieb. Sie
gehören mit dem Betriebsrat zu
den ersten Ansprechpartnerinnen
und Ansprechpartnern im Unternehmen. So wie bei Dr. Babor in

Aachen. Bei dem Kosmetikhersteller hat sich mithilfe eines engagierten Betriebsrats erst vor einigen Jahren ein zehnköpfiges Vertrauensleutegremium gebildet. "Davor war ich sozusagen das einzige Fähnlein der IGBCE", erinnert sich Michael Herbst, Vorsitzender des Vertrauenskörpers und Betriebs-

ratsmitglied. "Ich bin froh und dankbar, dass wir hier mittlerweile breiter aufgestellt sind." Mittlerweile gehe es darum, die neuen Leute weiter zu qualifizieren und tiefer in die Materie einzuarbeiten, sagt Herbst. Denn Vertrauensleute als Ansprechpersonen im Betrieb brauchen natürlich auch eine fundierte

Qualifikation. Diese bekommen sie von der IGBCE. Bei Tagungen und Seminaren werden die Vertrauensleute zum Beispiel zu den Themen Recht und Kommunikation oder in sozialpolitischen Fragen geschult. "Die wichtigste Aufgabe der Vertrauensleute ist die Kommunikation", findet Herbst, "also das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen."

Das Ohr an der Belegschaft

Und tatsächlich: Vertrauensleute informieren nicht nur über neue Tarifverträge, Vereinbarungen oder Gesetze, sie haben auch ihr Ohr an der Belegschaft und forschen nach Anliegen, Verbesserungsvorschlägen und Problemen. Sie sprechen in der Belegschaft über die Ziele der IGBCE, über ihre Rechte und Pflichten als Beschäftigte und klären über wichtige Aspekte des Gesundheitsschutzes, der Unfallverhütung und der Betriebssicherheit auf.

"Klassischerweise findet die Vertrauensleutearbeit direkt im Betrieb statt. In den Pausen, beim Schichtwechsel oder nach getaner Arbeit", findet auch Yunis Duran. Der 55-jährige Betriebsrat und VL-Vorsitzende arbeitet seit 1987 im Chempark Dormagen. Dort ist er unternehmensübergreifend für die Vertrauensleute bei Currenta/ Tectrion zuständig. Im Chemiepark sind bei den letzten VL-Wahlen viele junge Menschen nachgerückt. Für Duran längst überfällig. "Wir brauchen die Jüngeren dringender denn je."

Jemanden wie Luca Schneider. Der 25-jährige Chemielaborant bei Bayer in Leverkusen findet, "dass es grundsätzlich wichtig ist, sich für seine Werte und seine Interessen einzusetzen". Im beruflichen Kontext gelinge das besonders gut über einen aktiven Part in der Mitbestimmung. "Der Vertrauenskörper ist perfekt für alle, die sich einbringen wollen, ohne dafür ihr gewohntes Arbeitsumfeld zu verlassen."

3 Fragen an ...

Axel Mrosek

Er ist seit zwölf Jahren Vertrauensleutevorsitzender bei Basell Polyolefine in Wesseling.

Axel, du blickst auf etliche Jahre **Erfahrung als Vertrauensperson** zurück. Was macht gute Vertrauensleute aus?

Ich persönlich bin ein sehr kontaktfreudiger Mensch, suche immer das Gespräch. Ich bin aber kein Typ, der sich in den Vordergrund drängt. Die Kolleginnen und Kollegen kommen zu mir. Wir reden miteinander und ich helfe gern. All das ist in der Mitbestimmung sicherlich hilfreich. Vertrauensleute sind diejenigen, die am nächsten dran sind. Sie bekommen Themen der Belegschaft oft vor allen anderen mit. Dadurch sorgen sie auch dafür, dass sich der Betriebsrat eine Sache näher anschaut, die den Vertrauensleuten vorab aufgefallen ist. Die Basis für all das bildet Vertrauen. Ich denke, das ist der Kern und die Vertrauensleute von heute sind die Betriebsräte von morgen.

Warum ist es wichtig, als Vertrauensfrau oder Vertrauensmann zu kandidieren?

Vertrauensleute sind das verbindende Element zwischen IGBCE, Betriebsrat und Beschäftigten. Sie sind bieten. Zudem werden Tarifverträge men umgesetzt. Dies gelingt deutlich



Hast du Tipps für angehende Vertrauensleute?

Bindung stetig auszubauen.

Im Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen solltet ihr der Mensch bleiben, der ihr seid: nicht verstellen, keine unnötigen Versprechen, Informationen und Erfahrungen weitergeben, auf die Beschäftigten zugehen und nach ihren Sorgen und Problemen fragen. Diskutiert die gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Themen gern mal kontrovers in euren Abteilungen und hört euch andere Perspektiven dazu an. Und die Mitgliedergewinnung nicht aus den Augen verlieren.



Leverkusen

Emotionaler Austausch im Landesbezirksvorstand



Am Standort in Leverkusen-Bürrig erinnert ein Mahnmal an die verstorbenen Kollegen.

Zum Jahreswechsel hat sich der Landesbezirksvorstand Nordrhein für seine Abschlusssitzung getroffen. Das 28-köpfige Gremium kam dafür bei Currenta am Standort in Leverkusen-Bürrig zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Erinnerung an den tragischen Unfall im Jahr 2021, als sieben Kollegen starben und 31 weitere Kolleginnen und Kollegen verletzt wurden.

Veränderungen nach dem Unglück

Hans Gennen war als Mitglied der Currenta-Geschäftsführung vor Ort und berichtete von den daraus entstandenen Veränderungen bei dem Chemieparkbetreiber. Als Beispiele nannte er unter anderem eine bessere Informationspolitik, mehr Transparenz und noch höhere Sicherheitsstandards, damit sich solch ein dramatischer Vorfall niemals wiederholen könne. "Wir gedenken der verstorbenen Kollegen und stehen in voller Solidarität zu den Familien und Angehörigen", sagte Detlef Rennings, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Currenta. "

Wir gedenken der Verstorbenen und stehen in voller Solidarität zu den Familien und Angehörigen.

Detlef Rennings, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Currenta

Das Thema sei für alle Beteiligten nach mehr als zwei Jahren immer noch sehr emotional.

Neben diesem emotionalen Thema beschäftigte sich der

Landesbezirksvorstand mit zahlreichen, aktuellen industriepolitischen Themen - beispielsweise mit der aktuellen Situation bei den energieintensiven Industrien. An der Branche hängen deutschlandweit 2,4 Millionen Arbeitsplätze, 240 Milliarden Euro Wertschöpfung und 90 Milliarden Euro Steuer- und Sozialversicherungsabgaben jährlich. Der Investitionsbedarf für die Transformation sei besonders groß, betonte Landesbezirksleiter Frank Löllgen. Das Problem sei aktuell jedoch nicht nur eine globale Marktschwäche, sondern vor allem die überhöhten Energiepreise. Tatsächlich liegen die Preise nicht nur weit über dem Vorkrisenniveau, sondern auch bei einem Vielfachen dessen, was in anderen Industrieländern aufgerufen wird. Nordrhein-Westfalen ist als Industrieland mit vielen energieintensiven Industrien besonders betroffen.

Industriestandort bedroht

Die Folge: Die Produktion der energieintensiven Industrien ist bereits um 20 Prozent geschrumpft, der Industriestandort ist akut bedroht. Für eine echte Transformation fordert der Landesbezirksvorstand von der Politik daher, Industrien mit ausreichend grünem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen zu versorgen. "Wir fordern eine Vorfahrtregelung für energieintensive Betriebe bei der Grünstromversorgung", so Löllgen. Ziel müsse es sein, den Preis für erneuerbaren Strom für die Industrie auf fünf Cent pro Kilowattstunde zu drücken und die Industrie bei ihrer Transformation zu unterstützen. "Wir kämpfen für jeden Arbeitsplatz und für soziale Sicherheit in der Transformation. Keine Kollegin und kein Kollege darf ins Bergfreie fallen", so Löllgen abschließend.

⁻oto: Stefan Petra

Nordrhein

Programm 2024

Auch in diesem Jahr bietet der Landesbezirk Nordrhein IGBCE-Mitgliedern wieder ein vielseitiges Bildungsprogramm – ein bunter Mix aus gewerkschaftlichen und gesellschaftlich relevanten Themen erwartet dich. Sei dabei!

- Der demografische Wandel Alt ist das neue Jung
 21. bis 23. Februar 2024, Sportund Tagungshotel De Poort, Goch
- Einmischen mitmischen –
 gewinnen
 28. Februar bis 1. März 2024,
 Sport- und Tagungshotel De Poort,
 Goch
- Europa und Deglobalisierung 15. bis 19. April 2024, Sport- und Tagungshotel De Poort, Goch
- Medienkompetenz Umgang mit Fake News und Verschwörungstheorien
 20. bis 24. Mai 2024, Sport- und Tagungshotel De Poort, Goch
- Energiepolitik Energiekrise und Zukunftschancen
 7. bis 11. Oktober 2024, Sport- und Tagungshotel De Poort, Goch
- Achtung! Da kommt was auf dich zu – Altersarmut ist weiblich
 6. bis 8. November 2024, Adolf-Schmidt-Bildungszentrum, Haltern am See
- Aufbruch statt Umbruch gut informiert in den Ruhestand
 13. bis 15. November 2024, der Ort wird noch bekannt gegeben
- Inflation Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft
 bis 6. Dezember 2024, Sportund Tagungshotel De Poort, Goch

Die Bildungsangebote richten sich an alle IGBCE-Mitglieder und sind für sie kostenfrei.

Anmeldungen bitte per E-Mail an: bildung.nordrhein@igbce.de ■

Bedburg

Bedarf auch über 2025 hinaus



Das Revierwende-Büro organisiert regelmäßig Veranstaltungsformate zum Thema Strukturwandel.

Seit dem 1. September 2021 ist das DGB-Projekt Revierwende in den Braunkohlerevieren, aber auch an den betroffenen Standorten mit Steinkohlekraftwerken mit Revierbüros am Start. Im August 2025 endet die maximal mögliche Laufzeit des Projekts von vier Jahren. Der Landesbezirksvorstand der IGBCE in Nordrhein hat sich zum Jahresende gemeinsam mit dem Revierbüro über die Zukunft des Projektes Gedanken gemacht. Dabei war der Landesbezirksvorstand der Meinung, dass das Projekt Revierwende gebraucht wird, um den Strukturwandel aus der gewerkschaftlichen Perspektive zu gestalten.

Revierbüro ist wichtiger Akteur

"Mit vielen guten Veranstaltungen rund um den Strukturwandel hat sich das Revierbüro in Bedburg immer wieder in die Debatte eingemischt und ist so zu einem wichtigen Akteur im Strukturwandel geworden", betont Landesbezirksleiter Frank Löllgen. Wichtig sei es, dass die Kolleginnen und Kollegen über den Stand des Strukturwandels informiert

seien, daher gebe es auch über 2025 hinaus Bedarf am Projekt Revierwende. Die Hauptaufgabe des Projekts besteht darin, die Gewerkschaften bei allen Themen des Strukturwandels zu unterstützen und den Strukturwandel zu gestalten. Wichtig dabei ist, dass die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den unterschiedlichsten Diskussionsebenen immer wieder auf die Tagesordnung gebracht wird.

Beschäftigte beteiligen

"Eine Fortführung des Projekts Revierwende ist zwingend notwendig, um unsere gewerkschaftliche Perspektive des Strukturwandels immer wieder einzubringen und unsere Kolleginnen und Kollegen daran zu beteiligen", ist sich auch der Leiter des Revierbüros im Bedburg, Manfred Maresch, sicher, Neben dem Revierbüro im Rheinischen Revier/Ruhrgebiet (Bedburg) gibt es Büros im Lausitzer Revier (Cottbus, Görlitz), im Mitteldeutschen Revier (Halle, Pegau) und im Saarland.



Rund 8.000 Beschäftigte trommelten in Ludwigshafen für den Brückenstrompreis.

vertrauensleutewahl.de Das können Vertrauensleute

Mehr Infos gibt's hier:

Von März an wählen die Beschäftigten ihre Vertrauensleute. Der Landesbezirk ruft zur Wahl auf – denn die Vertrauenskörper sind ein unverzichtbarer Teil gewerkschaftlicher Arbeit.

Text Axel Stefan Sonntag – **Foto** Marcus Schwetasch

ertrauenswürdIGBCE: Das ist das Motto der Vertrauensleutewahlen (VL-Wahlen) 2024. Von 1. März bis zum 30. Juni sind die Beschäftigten aufgerufen, sich an diesen alle vier Jahre stattfindenden Wahlen zu beteiligen. Michael Päckert, der sie im Landesbezirk verantwortet, appelliert: "Nie waren die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen so wichtig wie jetzt. Wir stehen vor der Transformation unserer gesamten Industrien. Jetzt geht es darum, mitzubestimmen und Gute Arbeit langfristig sicherzustellen."

Für die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor Ort stellen die IGBCE und die zuständigen Bezirke umfangreiches Unterstützungsmaterial zur Verfügung wie Plakate, Social-Media-Kacheln, Werbematerialien und eine umfangreiche Website. "Wir als Landesbezirk werden die Wahlen dazu nutzen, die Arbeit der VL durchgehend zu stärken. Für all die anstehenden Herausforderungen in den Betrieben sind sie ein entscheidendes Bindeglied", würdigt Gewerkschaftssekretär Päckert. "Mit ihrem sichtbaren Beitrag dazu, die Lebensund Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern und Mitglieder zu gewinnen und zu binden, spielen sie für uns eine entscheidende Rolle in den Betrieben. Das wiederum wertet ihr Engagement auf und erhöht ihren Einfluss auf unsere IGBCE."

"Wir scheuen uns nicht davor, Themen offensiv anzupacken", beschreibt René Dillmann, der 13 Jahre lang Vorsitzender der VL der BASFSE war, sein Selbstverständnis. Altersbedingt übergab er seine Funktion nach Redaktionsschluss. "Es geht vor allem darum, die politischen Themen unserer Gewerkschaft im Betrieb zu vertreten." Der 65-Jährige ist stolz darauf, dass die VL im Unterschied zu den Betriebsräten freier agieren können. "Nicht alle von uns fanden die politische Neuregelung zur Leiharbeit in Ordnung", nennt er zurückblickend

ein konkretes Beispiel. Ebenso sei der Aufruf zur Großkundgebung zum Brückenstrompreis (*Profil* berichtete) maßgeblich von den gewerkschaftlichen VL ausgegangen. Für Dillmann ist es deshalb essenziell, dass das ehrenamtliche Engagement seiner Kolleginnen und Kollegen die IGBCE in ihren Strukturen mitprägen muss. "Wir sind nicht nur eine Organisation der Betriebsräte", stellt er klar. Gerade deshalb brauche es eine VL-Präsenz bis in die höchsten IG-BCE-Gremien. Dillmann selbst blickt beispielsweise auf seine Erfahrungen als Teil der Antragsberatungskommission bei den IGBCE-Kongressen zurück. "Ich habe nicht nur meine Gewerkschaft besser verstehen gelernt. Ich glaube auch, dass sich als Vertrauensperson die eigene Persönlichkeit weiterentwickelt. Schulungen, Netzwerke, das gegenseitige Lernen – das alles möchte ich nicht missen."

Einer seiner möglichen Nachfolger ist Stephan Güldner, sein bisheriger Stellvertreter. "Wir müssen dringend die Revitalisierung der VL-Arbeit in der BASF und in der IGBCE weiter vorantreiben", sagt er. Dazu gehöre, die Rolle der gewerkschaftlichen VL - historisch gewachsen gibt es im Ludwigshafener Chemiekonzern ebenfalls betriebliche VL - zu stärken. "Wir befinden uns in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Wer weiß, was das neue Jahr in seinen weltweiten Entwicklungen noch bringt. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen die Themen und Positionen der IGBCE in die Breite tragen." Güldner, der bisher sechs Jahre lang mit Dillmann im Vorstand der VL-Leitung zusammengearbeitet hat, versteht sein Gremium ausdrücklich nicht nur als Sprachrohr des Betriebsrats. "Wir möchten alle dazu einladen, daran mitzuwirken", sagt er und hat die auch in der BASF stattfindenden Wahlen der gewerkschaftlichen VL im Blick. "Es war noch nie so wichtig wie heute, sich zu solidarisieren."







Erfolgreiches VL-Netzwerk (Fotos von ganz oben nach unten): Ob im Bezirk Mittelrhein, bei der zentralen Klausur der VL-Vorsitzenden oder beim Kickoff-Event des Landesbezirks kurz vor Ausbruch der Pandemie.



Tatkräftig unterstützten hier die Abbvie-VLs die Infoveranstaltung zur Pflegezusatzversicherung.

Westerburg

Abschluss bei Win Aerosol



Win Aerosol produziert Spraydosen – und braucht den Brückenstrompreis.

Für die rund 100 Beschäftigten der Dalli-Tochter Win Aerosol gilt ein neuer Haustarifvertrag. Dabei gelang es der IGBCE erstmals, bei dem Spraydosenabfüller einen Mitgliedervorteil zu vereinbaren.

Bereits im Dezember erhielten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine Inflationsausgleichsprämie von 700 Euro (Nichtmitglieder: 200 Euro). Im Januar dieses Jahres stiegen die Entgelte je

Entgeltgruppe pauschal um 50 Euro je Monat. 2024 erhalten die Beschäftigten einen weiteren Inflationsausgleich, wobei der Jahresbetrag von 1.800 Euro auf die Monate verteilt ausgezahlt wird (150 Euro je Monat). Für 2025 sind zwei weitere Entgelterhöhungen vorgesehen: Zum 1. Januar um 175 Euro, zum 1. Juli nochmals um 75 Euro je Entgeltgruppe.

"Einen Gewerkschaftsvorteil zu vereinbaren ist ein Zeichen für eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Hierfür möchte ich
mich bei der Dalli Group im Namen
der Tarifkommission bedanken",
kommentiert Verhandlungsführer
und Gewerkschaftssekretär Tobias
Paulus. "Tarifliche Vereinbarungen
zum Mitgliedervorteil sind eine
besondere Wertschätzung unserer
Mitglieder. Damit wollen wir die
Treue derjenigen honorieren, die
uns unterstützen und uns einen Verhandlungsauftrag erteilen."

"Diese Anzahl positiver Rückmeldungen habe ich noch nicht erlebt", sagt Betriebsratsvorsitzender und Tarifkommissionsmitglied Tino Kaßner. "Ein gerechter Abschluss, der die unteren Lohngruppen bevorzugt. Es gab eine hohe Zahl an Neueintritten in die IGBCE", freut er sich.

Der Tarifvertrag läuft über insgesamt 24 Monate. ■

Zweibrücken

Jahresprogramm steht fest



Die Ortsgruppe zeichnete 2023 diese stolzen Jubilarinnen und Jubilare aus.

Die Ortsgruppe (OG) Zweibrücken blickt auf eine gelungene Jubilarfeier 2023 zurück. Vorsitzender Ewald Preiml bedankte sich für die lange Treue zur Gewerkschaft und betonte die Wichtigkeit dieser Institution – während, aber auch nach dem Berufsleben. Gewerkschaftssekretärin Vanessa Otto verwies in ihrer Rede auf die Errungenschaften der Gewerkschaften – sowohl auf politischer als auch auf betrieblicher und tarifvertraglicher Ebene.

Für das neue Jahr hat die OG wieder einige Veranstaltungen geplant. Als Nächstes findet am 12. April die Jahreshauptversammlung mit Vorstandsneuwahlen statt. Vom 19. bis zum 21. Juli ist eine Exkursion nach Thüringen geplant, inklusive Besichtigung der Vattenfall-Pumpspeicherkraftwerke Goldisthal und Hohenwarte II. Mit seinen acht jeweils 672 Meter langen Triebwasserleitungen ist Hohenwarte II ein weithin sichtbares und prägnantes Symbol für die Aufgaben, die Talsperren und Wasserkraftwerke für die Region und die Energiewende bewältigen.

Am 31. August soll die nächste Jubilarehrung inklusive Mitgliederfest stattfinden.

Saarbrücken

Update beim Bildungsurlaub



Ein Leben im Hamsterrad? Genau das thematisiert ein Seminar im Landesbildungsprogramms.

Verbesserung im Saarland: Mit dem neuen Bildungsfreistellungsgesetz können Beschäftigte ab sofort pro Kalenderjahr fünf Arbeitstage für Weiterbildungsmaßnahmen

in Anspruch nehmen, ohne dafür Urlaub nehmen zu müssen. Bisher können sich Beschäftigte im Saarland bis zu sechs Arbeitstage im Jahr fortbilden. Aber: Während die ersten beiden Tage zulasten des Arbeitgebers gingen, mussten die Beschäftigten vom dritten Tag an im gleichen Umfang arbeitsfreie Zeit - also Erholungsurlaub, Freizeit oder eine unbezahlte Freistellung - einbringen.

"Durch die Novellierung des Gesetzes verbessern wir die Rahmenbedingungen, unter denen saarländische Beschäftigte ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Überdies wird unser Standort dadurch für Fachkräfte von außerhalb immer attraktiver", kommentiert Wirtschaftsminister Jürgen Barke.

Weiterhin haben die Anspruchsberechtigten bereits nach sechsmonatiger Betriebszugehörigkeit einen Anspruch (bislang zwölf Monate).



Mainz

Das Local IOMF kommt!

Jugend, aufgepasst: Gemeinsam mit den Landesbezirken Westfalen und Nordrhein wird der Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland über Pfingsten (17. bis 20. Mai) ein Local InOurMind-Festival (IOMF) veranstalten - in einer besonderen

Location, der Zeche Ewald in Herten. Nachdem hier der Bergbaubetrieb 2000 eingestellt worden ist, prägt das Gelände bis heute eine Architektur aus drei verschiedenen Bergbauepochen. "Wir wollen die IOMF-Energie aus dem vergangenen Jahr nach 2024



Feierlaune: Die RPS-Jugenddelegation beim IOMF 2023.

transferieren und diese zu einer Bewegung formen", verspricht Landesbezirksjugendsekretär Nils Winternheimer. Und er rät: "Die Festivalteilnahme mussten wir auf 400 Plätze deckeln. Daher freue ich mich, wenn sich unsere Jugend schnell anmeldet und wir aus RPS zahlreich vertreten sind." Teilnehmen können alle Gewerkschaftsmitglieder, die unter 27 Jahre alt sind. Die Anreise erfolgt individuell mit dem Auto, sodass alle das mitbringen können, was sie für das Camping benötigen. Für die Personen, die 7 nicht mit dem Auto anreisen können. Anmeldungen zum Festival unter: wird aus dem Süden

local.iomf@ wie gewohnt ein igbce.de Bus starten.



Bereits am frühen Morgen trafen die ersten von knapp 200 Bussen vor dem Haupttor von Thyssenkrupp ein: Mehr als 10.000 Beschäftigte aus energieintensiven Branchen der IGBCE und der IG Metall unterstützten die Kundgebung in Duisburg lautstark.

Für die Zukunft unserer Industrie

Die Beschäftigten demonstrieren, die IGBCE setzt sich für einen Brückenstrompreis ein. Das Strompreispaket der Regierung geht ihnen nicht weit genug.

Text Leo Kölzer - Fotos Markus Feger

ittlerweile hat die Bundesregierung einen Plan vorgelegt: Der Strompreis für die Wirtschaft soll sinken. Bis zuletzt hatten sich die IGBCE und ihre Partnergewerkschaften für ihre Forderungen eingesetzt. So wie in Duisburg: Dort haben mehr als 10.000 Beschäftigte aus ganz Nordrhein-Westfalen für die Zukunft ihrer Jobs demonstriert.

In einigen Fällen kommt die Aussicht auf Entlastung jedoch zu spät. Wie beispielsweise bei Celanese am Standort Hamm. Das US-amerikanische Unternehmen für Chemie- und Spezialmaterialien legt noch im Februar seine beiden Produktionsanlagen für Polymere still. 170 von insgesamt 340 Stellen sind betroffen. Vergleichsweise schlechte Rahmenbedingungen und hohe Energiepreise seien laut der Geschäftsführung schuld an der schlechten wirtschaftlichen Lage. "Gefasst und enttäuscht, überrascht, viele negative Emotionen, ich kann das schwer in Worte fassen", berichtet Werks-

leiter Gerhard Hüchter von den Reaktionen aus der Belegschaft. Der Betriebsratsvorsitzende Rolf Menke sprach von "Totenstimmung". Er sagt: "Mit so einer Nachricht habe ich nicht gerechnet, das ist ein Schlag ins Gesicht."

Klar ist: Die IGBCE sieht Licht und Schatten in dem Strompreispaket. Für besonders energieintensive Unternehmen reiche das nicht, "um von der Intensivstation zu kommen", kritisiert Landesbezirksleiter Thomas Meiers. Die Produktion der energieintensiven Industrien ist bereits um 20 Prozent geschrumpft, Anlagen werden stillgelegt, Tausende Arbeitsplätze gestrichen, ganze Standorte geschlossen. Deutschlandweit geht es um 2,4 Millionen Arbeitsplätze, 240 Milliarden Euro Wertschöpfung und 90 Milliarden Euro Steuer- und Sozialversicherungsabgaben jährlich.

Investitionen in die Transformation bringen vielfache Chancen.

Thomas Meiers

"Wenn die industrielle Wertschöpfungskette schon in ihrer Entstehung ausfällt, führt das zum Totalausfall der ganzen Kette", sagt Meiers. Daran ändere auch das Strompreispaket der Bundesregierung nichts. Für eine echte Transformation brauche die energieintensive Industrie grünen Strom in rauen Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen. "Ein klimagerechter Umbau unserer Wirtschaft kann nicht aus der Portokasse bezahlt werden. Wir brauchen dringend einen neuen Konsens darüber, dass Investitionsvorhaben von der Schuldenbremse auszunehmen sind." Das gefährde weder das Rating an den Kapitalmärkten, noch werde damit Geld verbrannt. "Investitionen in die Transformation bringen ein Vielfaches an Chancen mit sich - nicht nur für Fiskus und Sozialsysteme, sondern auch für Klimaschutz."



IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner und IGBCE-Chef Vassiliadis, der mahnte: "Wenn die Regierung uns an ihrer Seite haben will, dann muss sie jetzt liefern."



Wegen starker Windböen mussten Bühnenteile abgebaut und speziell gesichert werden. Die Demonstrierenden ließen sich davon allerdings nicht abhalten.

Das beabsichtigt die Bundesregierung

Geplant ist unter anderem eine deutliche Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und eine Ausweitung der bisherigen Strompreiskompensation für Konzerne, die besonders unter hohen Strompreisen leiden. Die Stromsteuer soll demnach von derzeit rund zwei Prozent auf das europäische Mindestmaß von 0,05 Prozent gesenkt werden. Davon profitieren nicht nur große Industriekonzerne, sondern auch der Mittelstand. 350 Konzerne, die besonders stark im internationalen Wettbewerb stehen und unter den hohen Strompreisen leiden, sollen zusätzliche Hilfen erhalten. Die bestehende Strompreiskompensation soll für fünf Jahre verlängert und ausgeweitet werden.

Haltern am See

Ortsgruppenkonferenz Westfalen: Wir sind eins!



Ortsgruppenkonferenz in Haltern am See: Austausch fördern, Herausforderungen diskutieren.

Im Dezember haben sich mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter der Ortsgruppen im Landesbezirk Westfalen zu einer zweitägigen Konferenz in Haltern am See getroffen. Ihr Ziel: den Austausch untereinander zu fördern und die Herausforderungen der IGBCE zu diskutieren.

Zu Beginn der Veranstaltung sprach Westfalens Landesbezirksleiter Thomas Meiers mit den anwesenden Kolleginnen und Kollegen über die aktuelle Lage in den Ortsgruppen. "Wir brauchen unsere Ortsgruppen für eine erfolgreiche Zukunft der IGBCE", sagte Meiers. Es gehe um die Frage, wie die IGBCE künftig mit den Herausforderungen des demografischen Wandels, der Mitgliederentwicklung und

der sich verändernden wirtschaftlich-politischen Lage umgehe. "Und hierbei haben die Ortsgruppen eine wichtige Funktion am Wohnort", betonte er.

Im weiteren Verlauf teilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf vier Workshops auf, um über Themen wie bessere Zusammenarbeit, den Weg zum Kongress 2025, zukunftsorientierte Ortsgruppenarbeit sowie Richtlinien und Aufgaben der Ortsgruppen zu sprechen. Ein Beispiel hierfür stellt der 1. Mai 2024 dar. Gemeinsam mit den Schwestergewerkschaften und dem DGB wollen die IGBCE-Ortsgruppen den 1. Mai mehr zum Familienfest machen, um nicht nur die Kolleginnen und Kollegen für

den Demonstrationszug zu begeistern, sondern auch die gesamte Familie auf die Straße zu bringen.

Darüber hinaus wurden die Nachwuchsförderung in den Ortsgruppen und die Frage der zukünftigen Finanzierung der Vor-Ort-Arbeit diskutiert. "Es tut gut, sich auch in einer größeren Gruppe mit Gleichgesinnten aus anderen Ortsgruppen zu treffen", sagte eine Teilnehmerin abschließend. "Da wird einem noch mal bewusst, dass wir gemeinsam wirklich etwas erreichen können."

Abgeschlossen wurde die Konferenz mit der Zusammenfassung der gesammelten Ergebnisse und einem geselligen Mittagessen im Adolf-Schmidt-Bildungszentrum.





Landesbezirksleiter Thomas Meiers (links). Auch rund um die Veranstaltung kam man miteinander ins Gespräch (rechts).

Arnsberg

Aus der Theorie in die Praxis



Produktives Treffen bei der Wepa in Arnsberg.

Im Sommer 2023 haben IGBCE und Papierindustrie NRW für die Beschäftigten der Papier- und Zellstoffindustrie in Westfalen erstmals einen einheitlichen Entgeltgruppentarifvertrag vereinbart. Dieser ist im September 2023 in Kraft getreten. In den Betrieben soll die Umsetzung nun bis Ende August 2024 erfolgen. In Westfalen hatten sich dazu zahlreiche Mitglieder der Tarifkommission, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Vertrauensleute und Beschäftigte sowie Vertreter und Vertreterinnen der Personalabteilungen aus den Betrieben bei der Wepa in Arnsberg getroffen.

Mehr Perspektiven möglich

Gewerkschaftssekretär und Verhandlungsführer Jörg Esser und Peter-Paul van de Loo, Geschäftsführer vom Verband der papiererzeugenden Industrie in Nordrhein-Westfalen e.V., führten gemeinsam durch die Veranstaltung und stellten die Ergebnisse der neuen Tarifverträge zu den Entgeltgruppen und den Tarifvertrag zum 13. Monatseinkommen im Detail vor. "Durch die Einführung dieser neuen Tarifverträge wird niemand finanziell schlechtergestellt, sondern Perspektiven durch Stufensteigerungen ermöglicht", freut sich Jörg Esser. Mit der Aufhebung der Unterscheidung von Arbeitenden und Angestellten und

einer durchlässigen Entgeltstruktur sei ein historischer Meilenstein gelungen.

Zukunftsweisender Tarifvertrag

Das Besondere: Dieser zukunftsweisende Tarifvertrag löst die bisherigen unterschiedlichen Regelungen zur Eingruppierung der Beschäftigten in den Betrieben ab. Besonders hervorzuheben ist, dass die Überführung von bisher nach Lohn und Gehalt unterschiedenen Tätigkeiten in die neuen einheitlichen Entgeltgruppen des Bundesentgeltrahmentarifvertrags erfolgt.

In dem Zusammenhang erfolgt auch die Festlegung neuer Entgeltsätze für Westfalen. "Im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten haben Beschäftigte damit zukünftig die Chance, durch Weiterqualifizierung und Kompetenzerweiterung neue Tätigkeitsfelder und Höhergruppierungen zu erreichen", erklärt Jörg Esser, der die Umsetzung auf Landesbezirksseite begleitet. "In allen Betriebsteilen ist hierbei allein die bisherige Eingruppierung und Tätigkeit Grundlage für die Überführung in 13 aufeinander aufbauende Entgeltgruppen." Mit der Auflösung der bisherigen Unterscheidungen zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen wird mit diesem Tarifvertrag nun endlich eine durchlässige Entgeltstruktur geschaffen.

Gelsenkirchen

Einigung in der Schlichtung

Bei der Saint-Gobain Rigips GmbH in Gelsenkirchen konnte die Schlichtungskommission erst in der zweiten Runde ein Ergebnis erzielen. Zuvor waren die Angebote der Arbeitgeberseite "unterirdisch im Volumen und hatten eine viel zu lange Laufzeit", erklärt Mayc Nienhaus, zuständiger Gewerkschaftssekretär des Bezirks Gelsenkirchen.

Um ihrem Unmut darüber Luft zu verschaffen, dass die Verhandlungen gescheitert waren, hatten sich zuvor mehr als 40 Kolleginnen und Kollegen vor dem Eingang des Verwaltungsgebäudes versammelt. "Weil wir dem Arbeitgeber deutlich machen wollten, dass die Beschäftigten nicht für einen Appel und ein Ei zu haben sind, haben wir zur Tarifaktion gerufen. Die Enttäuschung der Beschäftigten war deutlich zu spüren", begründet Nienhaus die Initiative. Mit Erfolg: Das nun erzielte Ergebnis sieht für die Beschäftigten unter anderem eine Tabellenerhöhung von insgesamt 220 Euro und zwei Inflationsausgleichszahlungen vor.

Saint-Gobain Rigips mit Hauptsitz in Düsseldorf ist ein deutscher Hersteller von Trockenbau- und Putzsystemen. Das Unternehmen gehört zum französischen Konzern Compagnie de Saint-Gobain.



Saint-Gobain Rigips: Enttäuschte Beschäftigte demonstrieren.

Rätsel



Sudoku

mittelschwer

			sc	hwer	
				3	

		6	3					
	4						5	
2				6	5	1		
9				4		5		
		3	8		7	2		
		5		3				7
		2	6	9				5
	6						3	
					1	9		

6								3
						8	7	
		8	5		6		2	
		1		6		3		
			7		9			
		2		3		1		
	5		8		1	9		
	9	4						
1								4

Chaos-Kreuzworträtsel

Die Buchstaben des gesuchten Wortes stehen chaotisch im Fragefeld, und zwar von rechts nach links gelesen in der Reihenfolge des Alphabets. Stelle die Buchstaben zu schlüssigen Wörtern um und trage diese in Pfeilrichtung ein. Dabei kann zum Beispiel TRO sowohl ORT als auch TOR oder ROT heißen.

ZTPO KIHF TLIFE	▼	NLEED ONLL IEE	▼	•	TSD	•	ROEB	UNKFA	₹	SIE SRON NHA	▼	VRPIE	TLIEE	NIE	₹	•	TSLLI UTLL KGA
□		•			NKI IIB NEEEB	-		•		•		VTIEA TSL EEA	▶ ▼				•
TRN EED ZIDA	-				•		PNL EEA USREE	-				•		NLI	-		
L ▶				ROBA TLGA	•		•		SLIGE	•					TL UUNA	-	
TNKEE ZOO	-			•		UTRP HEA TRL	-							ULK	▶ ▼		
L ▶			URNFA UL	•		•			EE		SNIE	•				NN	
TSPL LEE	•							TSRE	>				UNNA	-			
ULGF	-				NLEEB	-					UNN GEB	-					

Kreuzworträtsel

Teilnahmebedingungen

Im Preisrätsel wird in diesem Monat ein Begriff gesucht, der Maßnahmen der Angleichung der Lebenssituation von Männern und Frauen umschreibt. Bitte sende die Lösung per Post an: Profil-Redaktion, Postfach 3945, 30039 Hannover; oder per E-Mail an: profil.preisraetsel@igbce.de - bitte deine Adresse mit angeben. Einsendeschluss ist der 13. März 2024 (Datum des Poststempels ist maßgebend). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinnerinnen und **Gewinner von Dezember 2023/** Januar 2024:

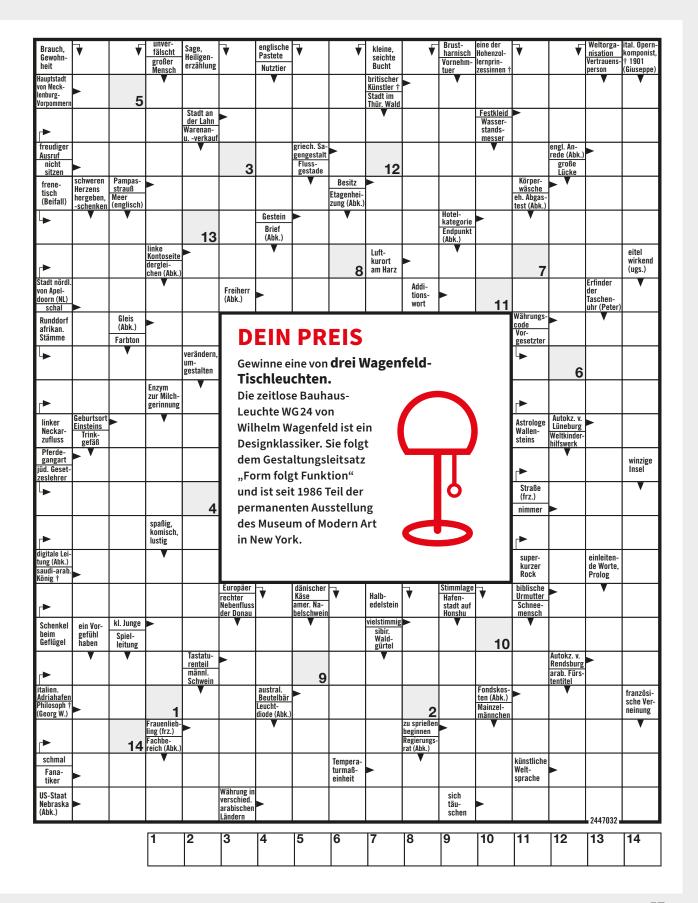
Lösungswort: Adventszeit Die komplette Auflösung des Rätsels ist in der Onlineausgabe ersichtlich.

Jeweils einen Kopfhörer Airpod Max von Apple gewonnen haben: Christoph Biermordt aus Weißwasser, Emil Erny aus Fürth, Frank Jachmann aus Leinefelde-Worbis, Dörthe Kaul aus Olfen und Martin Sander aus Neuburg. Herzlichen Glückwunsch!



Noch mehr Rätselspaß

In der digitalen Ausgabe von Profil gibt's wieder ein Bilderrätsel zu lösen. Erneut haben sich fünf Fehler eingeschlichen. Viel Spaß beim Suchen!





Das Gewinnerfoto

Das Foto von **Fritz Hofmann** zeigt den Fahrradparkplatz der BASF zwischen Tor 12 und Tor 13 am Stammsitz in Ludwigshafen. Der frühere freigestellte Betriebsrat und Hobbyfotograf schreibt zu seinem Foto: "Am Feierabend stellen die Kolleginnen und Kollegen ihre Werksfahrräder dort ab und fahren mit dem Auto oder dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause. Und wenn es dann in der Nacht geschneit hat, sieht es am kommenden Morgen so aus wie auf dem Bild. Die abgestellten Werksfahrräder bedeuten immer: Die Kolleginnen und Kollegen sind nicht auf der Schicht, sie sind im Feierabend oder haben frei."

Mitmachen und gewinnen

Feierabend. Jeder Mensch empfindet diesen ganz besonderen Augenblick an der Schwelle von Arbeits- zu Privatleben anders. Wie sieht dein ganz persönlicher Feierabendmoment aus? Welche Szenerie steht für dich symbolhaft für den Feierabend? Wir wünschen uns, dass du dieses Gefühl in einem Foto* einfängst und beim *Profil*-Fotowettbewerb mitmachst. Zu gewinnen gibt es auch etwas –

ein nagelneues iPad von Apple. Für jede neue *Profil*-Ausgabe wählt eine Jury aus Medienfachleuten ein Siegerbild aus.

Wichtig dabei: Schreib uns ein paar Zeilen zu deinem Bild. Warum steht es für dich für den Feierabend? Wann und wo wurde es aufgenommen? Was ist darauf zu sehen? Nicht nur das Bild zählt für uns, sondern auch die Geschichte.



Fotos (3): Fritz Hofmann, privat, Apple



GEMEINSAM FÜR EINE STARKE TARIFRUNDE CHEMIE!



Für ein starkes WIR! Jetzt Neumitglieder werben und Zusatzprämienpunkt sichern.



"Meine IGBCE"-App Alle News. Alles zuerst. Nur für Mitglieder.

#chemie24



igbce-profil.de





STARK IN DER GEMEINSCHAFT, STARK IN DER LEISTUNG.

 $\label{eq:continuous} \mbox{Hol dir deine Verstärkung für unterwegs: Unseren Coffee-to-go-Becher - hochwertig, nachhaltig und $\rm CO_2$-neutral produziert.}$

24 Becher verlosen wir für neue Abonnements* unseres kostenlosen Newsletters mit aktuellen Vorteilsangeboten und Special Deals.

